

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktäglichen Volkes

Abohrenmentspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.—Mt., für einen Monat 6.—Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon 2721 und 4596. — Postscheckkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Insetatenpreise: Die 7 geblattete Kolonialzeile oder deren Raum 1.00 Mt., bei Plakatvorstufe 2.00 Mt.; Familiennotizen, die 7 geblattete Zeile 1.70 Mt.; Reklame-Kolonialzeile 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluss der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Forderungen der Reparationskommission.

Paris, 15. März. Wie der Petit Parisien mitteilt, hat die Reparationskommission sich gestern versammelt, um Deutschland aufzufordern, den Artikel 233 des Friedensvertrages auszuführen, das heißt den Rest der Summe zu begleichen, der nach der Ansicht der Kommission noch nicht bezahlt wurde. Es handelt sich hier um die 20 Milliarden Goldmark. Bekanntlich hat Deutschland nach seiner Ansicht für 21 Milliarden seit dem Waffenstillstand an die Alliierten geleistet. Die alliierten Regierungen jedoch behaupten, daß nur die Summe von 8 Milliarden erreicht wurde. Die Reparationskommission wird scheinbar gemäß Artikel 233 spätestens am 1. Mai Deutschland den gesamten Betrag der Schuld mittellen, deren Erfüllung der Friedensvertrag vorschreibt. Das Blatt fügt hinzu, dieser Betrag sei notwendigerweise höher als die Summe, die das Abkommen von Paris festgelegt hat, mit andern Worten, sagt der Petit Parisien, wenn Deutschland auf seine Ablehnung verzichte, so würde es die Alliierten zwingen, die illestlose Ausführung des Vertrages zu verlangen. Das sei die Bedeutung der geistigen Sichtung der Reparationskommission.

180 Milliarden Goldmark.

Berlin, 15. März. Die der deutschen Regierung von der Reparationskommission übermittelten Schätzrechnungen der vormaligen Väter belaufen sich nach den bisherigen Berechnungen auf insgesamt rund 180 Milliarden Goldmark.

Der Betrag von 180 Milliarden Goldmark, der allerdings nur die Schadensanschreibungen der Alliierten darstellt, zu denen Deutschland sich noch äußern darf, übersteigt die Pariser Forderungen, die eine auf 42 Jahre verteilte Gesamtbildung von 228 Goldmilliarden und eine 12 prozentige Ausfuhrabgabe vorsehen, um mehr als das Doppelte. Es wäre also sinnlos, wenn die deutsche Regierung die Festsetzung des Reparationsbetrages durch die Reparationskommission abwartete; sie ist ebenso wie die Entente auf eine gültige Einigung auf dem Wege der Verhandlungen angewiesen. Denn der phantastische Betrag der Schadensrechnungen beweist deutlich, daß es sich nicht darum handelt festzustellen, was Deutschland schuldet, sondern was es zahlen kann.

Kahr ermuntert zur Rebellion gegen die Entwaffnung.

München, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Bei der geistigen Beratung des Staats des Innern im bayrischen Landtag ergriff Ministerpräsident o. Kahr das Wort zu einer längeren Rede, in der er den Ausnahmezustand verteidigte und die Polizeiherrschaft des Münchner Polizeipräsidiums Böhmer verherrlichte. Zur Frage der Einwohnerwehr wiederholte er die alten Märchen, die Einwohnerwehr sei nur zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung da, sie sei keine militärische Organisation und kein Bestandteil der Freiheit und Ordnung. Die Personalunion zwischen dem Verteiler der Einwohnerwehr und der Freiheit berechtigte nicht zu dieser Aussöhnung. Wenn nur 50 Prozent aller deutschen Männer die Qualität des Herren Eichrich hätten, würde Deutschland anders aussiehen. Der Ministerpräsident wiederholte die „Gründe“ für seine Ablehnung des neuen Entwaffnungsgesetzes, wie sie der bayrische Gesandte schon im Reichstag vorgetragen hat. Er könne sich nicht für die Entwaffnung der Einwohnerwehr aussprechen und könnte auch die Männer nicht verurteilen, die sich nicht entwaffnen lassen wollen. Bayern wird unter allen Umständen an seinem bisherigen Standpunkt festhalten. In seiner Rede brachte der Ministerpräsident heftige Angriffe gegen die Linke vor, ohne auch nur ein Wort über das Treiben der Rechtsparteien zu finden, und löste dadurch andauernd starke Unterbrechungen von links aus. Nach ihm sprach der rechtssozialistische Abgeordnete Kuer, der die Einwaffnung der Einwohnerwehr forderte und sagte, die Frage der Einwohnerwehr sei heute zu einer außenpolitischen Frage der deutschen Reichspolitik geworden. Es handle sich heute darum, ob Bayern gegen das Reich rebellieren oder die Anordnungen der Reichsregierung ausführen wolle.

Die Einwohnerwehr als monarchistische Putschtruppe.

München, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Einwohnerwehr in Pasing bei München beschloß, daß ihre Mitglieder nicht zugleich dem republikanischen Schuhbund angehören dürfen. Wer in beiden Organisationen Mitglied ist, wird mit Streichung von der Liste der Einwohnerwehr bedroht, sofern er nicht innerhalb vierzehn Tagen seinen Austritt freiwillig erklärt. Damit ist bewiesen, daß Staatsbürger, die nach der Weimarer Verfassung die Republik schützen, in der Einwohnerwehr nichts mehr zu suchen haben. Trotzdem wird immer behauptet, daß die Einwohnerwehr nichts mit Politik zu tun habe, daß sie nur Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und die Republik schützen wolle.

Man kann sich vorstellen, mit welcher Begeisterung diese Bahnner die republikanische Verfassung gegen einen monarchistischen Putsch verteidigen würden.

Talaat Pascha ermordet.

Ameniercrash an dem Armenierschläger.

Berlin, 16. März. Gestern vormittag ist in Berlin der ehemalige türkische Großweltarbeiter Talaat Pascha ermordet worden. Talaat Pascha hielt sich seit zwei Jahren mit seiner Frau an geblich ohne Kenntnis der deutschen Behörden in Berlin auf. Er wohnte unter dem Decknamen Ali Say mit seiner Frau in einer Pension am Knie in der Hardenbergstraße. Den Decknamen hatte er deshalb gewählt, weil er nach dem Vertrag von Versailles als Führer der jungtürkischen Bewegung der Entente hätte angesichts werden müssen, wenn es den deutschen Behörden bekannt gewesen wäre, daß er sich in Berlin oder überhaupt in Deutschland aufhielt. Er lebte vollkommen zurückgezogen, betätigte sich in seiner Weise politisch und stand, entgegen anderslautenden Meldungen, mit der deutschen Regierung in leichten Verbindung. Ebenso unterhielt er mit seinen Landsleuten kaum Fühlung. Wie fast alltäglich, so unternahm er auch gestern einen Spaziergang. Kaum hatte er seine Wohnung verlassen, als sich ihm ein jüngerer gut angezogener Mann näherte, ihn ansprach und nach kurzem Wortwechsel einen Revolver zog und von hinten einen Schuß auf ihn abgab. Die Angst drang durch den Kopf hindurch und Talaat Pascha war sofort tot. Der Täter war die Waffe weg und versuchte zu fliehen, wurde jedoch verfolgt und von einigen Passanten ergreift und von ihnen schwer mishandelt. Man brachte ihn zunächst zur Polizeiwache und von dort nach dem Charlottenburger Polizeipräsidium. Eine Vernehmung des Täters, der nach bei ihm vorgefundene Papieren der 25-jährige armenische Student Salomon Teplitzian ist, war nicht möglich, da er die deutschen Sprachen kaum mächtig ist und andererseits eine so schwere Kopfschädigung erlitten hat, daß er gestern zur Vernehmung unsfähig war.

Ohne Zweifel handelt es sich hier um ein politisches Verbrechen. Talaat Pascha ist neben Enver Pascha der Hauptverantwortliche für die Armenier-Schlägerei, die während des Kriegsjahre von der türkischen Regierung verübt worden. Sie ereigneten das Ende der Welt, durften aber in Deutschland unter der Kriegszensur nicht gebracht werden, damit der türkische Bündegenosse nicht gefährdet wurde.

Große Arbeitslosendemonstration in Weimar.

Weimar, 16. März. (T.U.) Große Arbeitslosendemonstrationen fanden gestern nachmittag vor dem Gebäude des thüringischen Landtages statt. Es waren Arbeitslose aus dem ganzen Lande nach Weimar gekommen. Die Lage wurde schließlich so bedrohlich, daß die Regierung Polizei aus anderen Städten in Autos nach Weimar holen ließ.

Nach andern Meldungen kam es am Abend auf dem Marktplatz zwischen den Demonstranten und nationalistischen Elementen, die eine Kundgebung gegen die Ententeforderungen veranstalteten, zu Zusammenstößen. Die Polizei räumte daraus den Marktplatz.

Der Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens bevorstehend?

London, 15. März. Wie die Blätter berichten, soll das englisch-russische Handelsabkommen vor dem Abschluß stehen. Russland soll aus Moskau Verhandlungen mitgebracht haben, die von der britischen Regierung als befriedigend angesehen werden. Pall Mall Gazette und Globe melde indes, das englisch-russische Handelsabkommen müsse noch dem Unterausschuß, zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die georgische Tragödie.

DA. Berlin, 15. März. Nach den letzten im Berliner Auswärtigen Amt eingegangenen Nachrichten aus Georgien gewinnt die Bolschewiten immer weiter an Boden, sodass sich die Lage der georgischen Regierung und des Landes höchst kritisch gestaltet. Nach der Belagerung von Suda in Nähe sich die roten Truppen nunmehr bedenklich Kutaisi, wohin sich die georgische Regierung nach der Niedigung von Tiflis zurückgezogen hatte. Da sie sich auch dort nicht mehr sicher fühlt, ist mit ihrer Überrednung nach Batum unmittelbar zu rechnen.

DA. Paris, 15. März. Wie dem Temps aus Konstantinopel gedreht wird, haben türkische Truppen im Einvernehmen mit den georgischen Behörden Batum nunmehr besetzt.

Eine neue griechische Offensive?

Nach in Konstantinopel eingelaufenen Informationen scheint eine griechische Offensive in der Richtung auf Eskişehir bevorzugt zu stehen. Griechische Truppenverstärkungen werden aus Budsbad meldet. General Papulos, der sich in Smyrna befindet, ist nach London abgereist.

Schweres Eisenbahnunglück bei Halle.

Ein verbrecherischer Anschlag.
Halle a. Saale, 16. März. In der vergangenen Nacht hat sich zwischen Annendorf und Halle ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, das durch verbrecherische Hände hervorgerufen worden ist. Die Verbrecher hatten beide Gleise aufgerissen, wodurch gegen 12 Uhr nachts zwei sich begegnende Güterzüge entgleisten. Die Lokomotiven der beiden Züge kürzten den Bahndamm hinab. Außerdem entgleisten die 10- und 20-Güterwagen. Bei dem Unglück wurden zwei Eisenbahnbeamte und ein Viehhüte getötet. Sechs Eisenbahnbeamte sind schwer verletzt. Der Motorfahrer ist sehr bedroht. Die Hauptstrecke nach Thüringen und vorwiegend auf 24 Stunden geholt. Der Personenverkehr wird über Leipzig geleitet. Von den Verbrechern hat man bisher noch keine Spur entdeckt.

Bayrische Katastrophenpolitik.

München, 11. März.

F. Die Einwohnerwehrfrage ist nun neu zum Konfliktstoff zwischen Bayern und dem Reich geworden. Über darüber hinaus ist sie zu einer Gefahr für das Reich selbst geworden. Der Reichstag hat gemäß der Forderung der Entente ein neues Entwaffnungsgesetz gegen den Widerstand Bayens genehmigt, das mit dem 15. März in Kraft treten soll. Durch die Weigerung Bayens, die Einwohnerwehr aufzulösen und zu entwaffnen, wird die Gefahr einer Besetzung weiteren deutschen Gebiets heraufbeschworen und die Möglichkeit, die Verhandlungen über die Wiedergutmachung erneut aufzunehmen, in weite Ferne gerückt. In Frankreich beschäftigt man sich bereits mit dem Gedanken, Strafmaßnahmen gegen Bayern selbst zu ergründen. Nicht nur die Pariser Boulevardpresse, sondern die Regierungskreise in Frankreich erwägen bereits den Gedanken einer Besetzung Bayens. Die Beziehung soll vom Westen und Osten zugleich erfolgen. Vom Rhein her über Frankfurt ist der Einmarsch französischer Truppen gedacht, und vom Osten sollen tschechische Truppen über Isch und Eger in Oberfranken einmarschieren. Der tschechische Ministerpräsident Benesch hat zwar erklärt, daß die Außenpolitik der tschechoslowakischen Republik eine durchaus friedliche sei, aber man müsse „für alle Eventualitäten“ bereit sein. Wer die völlige Abhängigkeit dieses Befallungsraums von Frankreich kennt, der weiß auch, daß diese Neuordnung des tschechischen Außenministers nicht anders verstanden werden kann, als daß er mit einer eventuellen Intervention in Deutschland rechnet, wenn sie von Paris befohlen wird. Vor wenigen Tagen ließ sich die Regierung 700 Mill. Kronen bewilligen, um die ihr plötzlich notwendig erscheinende Ausstattung der Mannschaften mit dreifacher Garnitur zu bereitstellen. In den Gebieten an der bayrischen Grenze werden die Ortschaften zum Zweck der Feststellung von geeigneten Räumen und Ställen zur Unterbringung von Mannschaften und Pferden durch tschechische Gendarmen besucht. Im Subkomitee des Verfassungsausschusses im tschechischen Parlament wurde ein Beschluss gefaßt, der besagt, daß zu einem internationalen Vertrag, durch den sich die tschechoslowakische Republik in einem bestimmten Maße zu einer Kriegsaktion verpflichtet, nicht die Zustimmung des Parlaments notwendig ist. Ein solcher Vertrag ist bereits mit der französischen Regierung abgeschlossen und der Beschluss des Verfassungsausschusses bedeutet nur die nachträgliche Billigung solcher Abmachung. Das alles scheint die bayrische Regierung nicht zu wissen, oder sie stellt sich absichtlich unwissend. Sie schürt die nationalistische Hebe in Bayern und trägt damit zur Verschärfung der Situation bei.

Die bayrische Presse hat einen wilden Feldzug gegen das Entwaffnungsgesetz eingeleitet und ermahnt die Regierung ständig, festzuhalten. Die deutschnationale München-Augsburger Abendzeitung schreibt: „Bayern kann zur Zeit an die Preisgabe der Selbstschutzorganisationen nicht im entferntesten denken und hat das der Reichsregierung in der Note vom 8. Februar klar und deutlich mitgeteilt. Die Koalition im Landtag hat sich geschlossen hinter die Note der bayrischen Regierung gestellt. Entweder muß die Note vollinhaltlich aufrechterhalten bleiben, oder die gegenwärtige Koalition und damit die Regierung ist schweren Erschütterungen ausgesetzt.“ Die Bayerische Volkszeitung erwidert ebenfalls heftig: „Widerstand gegen das Entwaffnungsgesetz und verlangt von der Regierung, daß sie an ihrem bisherigen Standpunkt festhält, „selbst auf die Gefahr hin, daß die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Bayern und dem Reich in dieser Frage bestehen, sich in bedauerlicher Weise noch verstärken sollten.“

Die Regierung bleibt auf ihrem bisherigen absehenden Standpunkt in der Entwaffnungfrage bestehen und nimmt die ihr von der Presse vorgeschriebene Haltung ein. Sie führt sich vor allem auch darauf, daß die Reichsregierung sich in ihrer Antwort auf die Entwaffnungsnote des Generals Nollet den bayrischen Standpunkt in der Einwohnerwehrfrage voll eigen gemacht hat. Als am Sonntag eine nationalistische Demonstration, die in schärfster chauvinistischer Tonart gegen die Sanctionen und die Entwaffnung Stellung nahm, unter Führung des Obersten Kylander zum Ministerpräsidenten kam, rief Herr o. Kahr aufs neue die Schuldfrage auf und erklärte: „Wir wollen den Schwindel von der Schuld des deutschen Volkes mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Es darf sich zeigen, wo die Gauner sind.“ Er sagte weiter, daß er seinen bisherigen Weg gehen und sich durch keine Gefahr davon abbringen lassen werde. Als ihm zugetragen wurde: „Vandalgras bleibt hart!“ antwortete der Ministerpräsident: „Bleibt er auch!“

Die bayrische Regierung wird also ihre unverantwortliche Erschöpfungkeit weiter beibehalten und sich durch die Gefahr einer Besetzung nicht davon abbringen lassen. Die München-Augsburger Abendzeitung spricht

es ganz deutlich aus, daß sie mit dieser Gefahr rechnet, aber gerade deswegen wirkt die Berliner Hast um so unerträglicher, mit welcher man Bayern entwaffnen will. Man weiß also, daß Bayern besiegt werden soll, und will gerade deshalb die Waffen nicht abliefern. Das kann keinen andern Sinn haben als den, die Einwohnerwehrkreis in Bayern zum bewaffneten Widerstand zu organisieren. Ein solches Beginnen ist Wahnsinn, aber es gibt in Bayern politische Abenteurer, die diesen Gedanken ernsthaft erwägen. Die bayerische Regierung spielt mit dem Feuer und rechnet, wohl nicht ohne Absicht, mit der Möglichkeit der Abtrennung Bayerns vom Reich durch eine Besiegung der Mainlinie durch Entente-truppen. Dabei treffen sich französisch-imperialistische und bayerisch-separatistische Pläne. Der Gedanke der Donauüberquerung trifft wieder in den Vordergrund, der von Dr. Helmuth in den Satz gelleitet wurde: "München-Budapest müssen sich die Hände reichen!" Dabei scheint man ganz zu vergessen, daß durch diese Politik die bayerische Industrie von der Kohlenfahrt abgeschnitten wird, und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit, des Hungers und Elends für die bayerische Arbeiterschaft heraufschwemmt wird.

Was jetzt in Bayern geschieht, ist Katastrophen-politisch schlimmster Art. Die Arbeiterschaft Nordbayerns hat erst vor Kurzem der bayerischen Regierung Fahrt zu verleihen gegeben, daß sie solchen Wahnsinn nicht mitmache, und wenn es zum Bruch mit dem Reich komme, dann würde das Münchner Tollhaus an der Donau ein Ende haben. Die nordbayerische Arbeiterschaft hält zum Reich. Aber auch in Südbayern ist das Proletariat entschlossen, gegen die Einwohnerwehrregierung zu kämpfen. Diese Einwohnerwehren sind nichts andres als die bewaffneten Kadres der Revolution, dazu da, um die Arbeiterschaft niederzuhalten. Sie sind aber auch die bewaffneten Formationen, die in den Plänen politischer Abenteurer eine große Rolle spielen, die jetzt offen zum Krieg gegen die Entente gehen. Würde die Entente in den Einwohnerwehren nur Einrichtungen zur Niederhaltung des Proletariats sehen, dann ließe sie mit sich reden, denn die Entente-Bourgeoisie kämpft ebenso gegen den Sozialismus wie die deutschen Kapitalisten. Aber die Alliierten sehen in den Einwohnerwehren eine werdende deutsche Revancharmee und deshalb fordern sie unmissverständlich ihre Entwaffnung. Wir sehen in der Einwohnerwehr in allererster Linie die bewaffnete Macht der Konterrevolution, mit der sie ihre schwarzen Pläne, auf Wiedererrichtung der alten Herrschaft durchsetzen will, mit der das Proletariat niedergemäppelt wird, wie es in Bayern schon geschehen ist und deshalb fordern wie ihre schleunigste Entwaffnung und Auflösung!

Das bayerische Proletariat hat nicht Lust, sich durch die Wahnsinnspolitik der Nationalisten aus neue in Not und Elend stürzen zu lassen und wird im entscheidenden Augenblick seine Macht in die Wagschale werfen, um der bayerischen Katastrophenpolitik Einhalt zu gebieten!

Aus der oben erwähnten Rede des Exobersten v. Kyllander verdient eine Stelle zitiert zu werden:
"Endlich müßten deutsche Männer auftreten, die erklärten, daß wir rein und die anderen schuldig seien. Der Reichstag habe Minister Dr. Simons in Berlin das Vertrauen ausgesprochen. Wir können ihm dies Vertrauen nicht aussprechen. Wie hätten von ihm erwartet, daß er den Gegnern in London ins Gesicht gezeigt hätte, daß sie Flüchte und Schutz seien. Die Entente läßt gegen uns einen einseitigen Krieg, während für uns jenes Papier von Versailles noch gelten soll. Jetzt müßte es heißen: Hinaus mit den Befehlshabern der Entente und mit den Kontrollkommissionen. (Sturmhafter Beifall.) Statt dessen aber wollt die Reichsregierung uns entwaffnen lassen. Sie geht also darüber hinaus, was die Feinde verlangt hätten. Unser Ministerpräsident habe in Berlin deutlich genug gesagt, was wir denken. Wir müßten uns hinter ihn stellen und ihn bitten, daß er seine Kündigung gegen Berlin nicht vereile. Niemals würden wir unsere Waffen hergeben, und das tötet wie nicht für Bayern allein, sondern, wenn wir sie einmal ergeisen, so sei das das einzige Mittel, um Deutschland zu retten."

So also redet ein Bundesgenosse des bayerischen Minister-präsidenten!

Diese Rede zielt auf eine formelle Kriegserklärung gegen die Entente hin.

Die Sanktionen.

Protest der Reichsregierung beim Völkerbund.

Berlin, 15. März. Die deutsche Regierung hat beim Völkerbund Protest gegen die Zwangsmassnahmen der Alliierten eingereicht, in dem sie im einzelnen nachweist, daß die Besiegung neuer Gebiete und die Errichtung der Rheinfrontlinie gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles verstößt.

Zum Schluss steht es in der Note:

Die Alliierten sprechen davon, daß sie sich bei ihrem Vor gehen durch die Sorge um den Frieden der Welt seien lassen. Dieses Vor gehen ist aber selbst eine unverantwortliche Störung des Friedens.

Bei der Errichtung des Völkerbundes, der die Beziehungen der Völker auf Gerechtigkeit und Ehre gründet, die gewissenhafte Beachtung der Verträge sichern und dem Rechte zur Herrschaft verhelfen soll, haben die Bundesmitglieder die Aufrechterhaltung des Weltfriedens als oberstes Ziel im Auge gehabt. Die Völkerbundsakte enthält demgemäß in Artikel 17 auch für den Fall von Streitigkeiten zwischen Bundesmitgliedern und solchen Staaten, die nicht zum Bunde gehören, beschränkte Vorrichtungen, die eine Zusage zur Gewalt solange verhindern sollen, als nicht alle Mittel einer friedlichen Lösung erschöpft sind.

Die deutsche Regierung, die die Völkerbundakte mitunterzeichnet hat, richtet an den Völkerbundrat das Eruchen, die ihm obliegenden Schritte zur Einleitung des in der Art vorgegebenen Schlichtungsverschreibens zu tun und dafür Sorge zu tragen, daß die von den Alliierten angewandten Gewaltmaßnahmen sofort aufgehoben werden. Die deutsche Regierung genügt ihrerseits schon jetzt der Vorbedingung für die Durchführung des Verfahrens, indem sie für dieses Verfahren die Pflichten eines Bundesmitgliedes auf sich nimmt.

Das Verfahren wird ergeben, daß Deutschland, von dem ernsten Willen bestellt, seine Vertragsschulden nach besten Kräften zu erfüllen, keinen Anlaß zu der Friedensförderung gegeben hat.

Die deutsche Ausnahmestellung vom englischen Unterhaus angenommen.

London, 16. März. (TU.) Das Unterhaus hat das Gesetz bereitstellend die Aborigenische Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren in zweiter Lesung angenommen und der allgemeinen Kommission des Unterhauses zur Prüfung überwiesen.

London, 16. März. Bei der Verhandlung über die 50 prozentige Ausfuhrabgabe von deutschen Waren erklärte Schatzkanzler Chamberlain, durch die gemeinsame Aktion der Alliierten würde ein so großer Teil des deutschen Handels in Mitteleuropa verloren werden, daß, wenn Deutschland nicht entweder bei der Durchführung mitwirke oder statt dieser Maßnahme andre unterstreiche, die von den Alliierten angenommen werden könnten, eine wirtschaftliche Blockade Deutschlands bestehen würde, die streng genauso sei, um Deutschland zur Vernunft zu bringen.

Nachdem Bottomson und Asquith das Gesetz heftig angefochten hatten, ergaß Lloyd George das Wort und führte aus, er glaube, daß der Plan ein gutes Ergebnis zeitigen werde, und wenn er das nicht tue, so werde er für den deutschen Handel denkbar als Strafmaßnahme wirken, daß Deutschland sich ergeben und selbst ein Abkommen vorstellen werde. Die Maßnahme sei ein Erfolg für Gewaltanwendung, für Waffengeltung, es sei eine friedliche Methode der Einnahme, es sei ein Ausweg, von dem er glaube, daß er allen Parteien gerecht werde.

Mit strategischen Gründen . . .

Paris, 15. März. (DA) Dem Temps zufolge hat der in Düsseldorf kommandierende General Gauchet folgendes erläutert: Außer Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort haben wir noch einige andre Orte, namentlich Meldorf und Hamm, aus strategischen Gründen besetzen müssen. Unser Vormarsch ist bis südlich Ratingen auf dem rechten Rheinufer gegangen und weiter nördlich bis zum Bahnhof westlich Oberhausen. Wir halten somit die ganze Eisenbahnlinie zwischen Düsseldorf und Duisburg, sowie das zwischen dieser Bahnhofsstrecke und dem Rhein gelegene Gebiet besetzt.

Eine wohlütige Folge der Sanktionen.

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet aus Aachen: "Die Grenzwachen am deutsch-holländischen Gebiet sind mit von französischen Truppen übernommen worden. Die Kontrolle der Pforte wird sehr scharf gehandhabt. Da sich bisher große Scharfschützen nach Holland zum Einkauf von Lebensmitteln begaben, ohne erlaubt worden zu sein, so bemächtigt sich der Bevölkerung eine gewisse Unruhe, doch diese Grenzüberschreitungen nicht mehr erlaubt würden. Ganze Karawane zogen am Tage nach der Bekanntmachung noch über die Grenze, um sich für längere Zeit mit notwendigen Lebensmitteln zu versorgen. Auch von holländischer Seite wird mitgeteilt, daß die französischen Grenzwachen Austrag haben, lehr streng aufzutreten. Der Grenzverkehr darf deshalb eingeschränkt werden."

Es handelt sich hier um die Stelle, über die bereits die Zeichungen in höchster Erregung mitgeteilt haben, daß ein ausgedehnter Schmuggel von Lebensmitteln und Luxuswaren getrieben würde und daß von der Eisenbahnoberwaltung dafür ganze Züge zur Verfügung gestellt worden sind. Dieses Vorgehen der Besatzungsstruppen dürfte also einmal ein gutes Werk sein.

Folgen der Sanktionen.

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus dem Haag wird gemeldet: Dem Handelsblad wird aus Düsseldorf mitgeteilt: Infolge der Sanktionen hat die Textilindustrie in Überfeld und Bremen ihre Bestellungen von Rohstoffen in den alliierten Ländern annulliert und gleichzeitig den größten Teil von Bestellungen aus fremden Ländern gestrichen. Die in Arbeit befindlichen Aufträge werden nur ausgeführt, wenn der Auftraggeber volle Zahlungsgarantien ohne jede Abzug und zwar durch einen Scheck auf eine neutrale Bank leistet. Verschiedene große Firmen haben sich dazu bereit erklärt.

Protest der französischen Kommunisten und Sozialisten.

Paris, 15. März. (WTB) In der heutigen Kammerversammlung wurde trotz des Antrages des Ministerpräsidenten Briand und des Finanzministers Doumer, an erster Stelle einige kleinere Gelegenheitswürfe zu erledigen, sofort in die Diskussion der vorliegenden Interpellationen über die Ergebnisse der Londoner Konferenz eingetreten. Briand erklärte jedoch, daß die Regierung erst am Donnerstag ihre Erklärungen abgeben werde, da an diesem Tage die Mitglieder der Beratung bewohnen könnten, die den Präsidenten der Republik auf seiner Reise begleiten.

Als erster Interpellant sprach Ugo Hennessy, der die Ausfuhrabgabe auf deutsche Waren bemängelt. Danach erklärte der kommunistische Ugo Marcel Cachin zur Begründung seiner Interpellation das Wort. Er verfasste eine Erklärung im Namen seiner Gruppe, wurde aber lebhaft unterbrochen und protestierte gegen die Beibehaltung französischer Streitkräfte in Cilicien und Syrien. Er sagte weiter, wenn Deutschland nicht entwaffnet sei, so sei das die Schuld der herrschenden Klasse in Deutschland und Frankreich. (Großer Lärm.) Die Abgeordneten der Rechten und der Mitte beklagten die Aufführungen des Redners mit ironischem Lachen, seine Worte blieben unverständlich. Schließlich sagte er, er wolle sich, der Regierung in ihren militärischen Untersuchungen zu folgen.

Ab. Ugo (Sozialist) erklärte, er begreife, daß Deutschland das Ergebnis der Volksabstimmung in Überholtzeit abwarten wolle. Auf alle Fälle beginnt der bewaffnete Friede mit den Gewaltstreichen angelicht der Kapitälität wieder. Düsseldorf ist ein Ausgangspunkt, wo ist das Ende? Einmal im Ruhrgebiet. Und wer sollte schließlich die Kosten für das Besatzungsheer und für die Zollbeamten bezahlen? Würden nicht von den 150 Millionen Goldmark, die die deutschen Zolleinnahmen brutto einklingen sollen, viel durch die Kosten verloren werden? Schon läßt man die Besatzungskosten seit dem Waffenstillstand auf 4½ Milliarden Papiermark. Sie hätten einen großen Teil der deutschen Zahlungen verschlungen.

Wie kann man zu einer praktischen Lösung? Man müßte ein internationales Wiederaufbauangebot machen, an dem alle Geschädigten, die Unternehmer und die Arbeiter beteiligt seien. Das Selbstfinanzieren für dieses Unternehmen müsse durch eine internationale Anleihe unter Mitarbeit von Amerika aufgebracht werden. Dann könnte Deutschland nicht mehr über seine Zahlungsunfähigkeit klagen. Ein derartiges Unternehmen sei schwer in die Tat umzusetzen; aber es sei nötig in Anbetracht des vorliegenden Wiederaufbauplans.

Der sellsam eisige Entwaffnungskommissar.

Die geheimnisvolle Affäre des Dynamitattentats auf die Siegesäule in Berlin ist noch immer nicht aufgeklärt. Die Angelegenheit selbst ist höchst mysteriös, es gehen die widersprechendsten Gerüchte darüber um, und die Berichterstattung darüber und die politische Auswertung der Affäre ist höchst seltsam. Auch hier zeigen sich starke Widersprüche zwischen den einzelnen Behörden. Die nächsten Tage dürften, wie der Polizeipräsident heute versichert, endlich eine Auflösung der mysteriösen Angelegenheit bringen. Schon jetzt kann gesagt werden, daß sich für die Verdächtigungen von Ausländern, die gewisse Kreise, die stets Interesse an nationalistischer Verhetzung haben, glaubten ausstreuen zu müssen, bisher keinerlei Anhaltspunkte gefunden haben.

Die sellsamste Rolle in der ganzen Sache spielt der Herr Entwaffnungskommissar. In Niederschlesien sind bei der Deutschen Hundertschaft von Waffen, Geschützen und Maschinengewehren gesunden worden und niemals hat der Herr Entwaffnungskommissar sich entschließen können, auch nur einen Pfennig an Belohnung für weitere Entdeckung solcher Munitionslager auszuschreiben.

Niemals hat die Daseinlichkeit etwas gehört, daß der Herr Entwaffnungskommissar etwa nur 10 000 Mk. Belohnung ausgeschafft hätte für die Entdeckung irgendeines großen Waffenlagers. Nun ist es aber bei dem angeblichen Dynamitattentat auf die Siegesäule deutscherweise, daß der Polizeipräsident selbst von einer angeblichen Fündschur spricht. Eine angeblich aus Militärbeständen stammende Dynamitpatrone ist gefunden worden. Der Herr Entwaffnungskommissar hat nichts Eiligeres zu tun, als zu der höchst mysteriösen Affäre eine höchst mysteriöse Tat hinzuzufügen: eine Belohnung von 25 000 Mk. auszuschreiben. 25 000 Mk. für eine Dynamitpatrone! Das ganze deutsche Volk vermögen würde nicht ausreichen, wollte der Herr Entwaffnungskommissar ent-

sprechende Belohnungen für die Geschützfund und weitere Waffenbeschaffungen in allen Teilen des Reiches aussetzen. Es scheint doch, daß diese Behörden ein seltsames politisches Interesse an dem Dynamitattentat auf die Siegesäule haben. Wenn den Herren ihre politischen Machtmittel verschenkt worden sind, so nicht zuletzt durch die kritische Haltung unserer Parteipresse, die sich somit ein neues Verdienst um die Bereitung eines nationalsozialistischen Heimatkampfes erworben hat.

Hohenzollernschiebungen.

Die verschobenen Kunstgegenstände.

Der preußische Finanzminister hat am 1. November v. J. an den Prinzen Friedrich Leopold von Preußen ein Schreiben bezüglich der von dem Prinzen aus dem Ordenspalais in Berlin und dem Schloss Klein-Glienicke entfernten Kunstgegenstände gerichtet, dem wir folgende interessanten Ausführungen entnehmen:

Die Tatsache, daß eine große Anzahl wertvoller Kunstgegenstände und Altertümer aus Ihren Besitzungen entfernt werden ist durch die Intendantur aufgenommen, welche ich durch einen der bekanntesten Berliner Sachverständigen haben vornehmen lassen, erhärtet. Die Verantwortung für das Entfernen der Gegenstände trifft Sie uneingeschränkt. Es dürfte auch Ihnen bekannt sein, daß eine Reichsverordnung, welche die Ausfuhr von Kunstgegenständen verbietet, erlassen worden ist und daß Übertretungen mit Strafe bedroht sind.

Bei der ungemeinigen Verzerrung dieser Kunstgegenstände liegt unter Umständen gleichzeitig ein Versuch gegen das Reichsgesetz über die Kapitalflucht vor, denn die Kunstgegenstände repräsentieren unter den heutigen Verhältnissen sehr bedeutende Kapitalwerte, welche dem Zugriff der Steuerbehörden nicht entzogen werden dürfen. Insoweit die verschwundenen Gegenstände bzw. der für dieselben erzielte Erlös ins Ausland verbracht worden ist, sind steuerrechtlich die Folgen der Kapitalflucht verwirkt.

Außer den Kunstgegenständen besaßen Sie, wie bekannt ist, eine sehr wertvolle Sammlung von Edelsteinen. Auch über ihren Verbleib haben Ihre Angestellten und Vertreter irgendwelche Auskunft nicht geben können. Hier liegt in ganz besonderem Maße der Verdacht Ihrer Verbringung in das Ausland im Sinne der Kapitalflucht vor. Auch hierfür werden Sie von den Steuerbehörden verantwortlich gemacht werden.

Das fälschende Wolffbüro.

In unserer Sonnabendnummer haben wir eine Meldung des Wolffbüros wieder, wonach in der englischen Unterhausdebatte der Arbeitervorführer Thomas gesagt habe, die Arbeiterpartei sei mit der Regierung darin einig, daß Deutschland die Verantwortung trage, daß man Deutschland zahlen lassen müsse, und daß, wenn man Deutschland gestatte zu entkommen, das Unrecht triumphieren würde. Indem die Arbeiterpartei nichts tun würde, um die Regierung in ihrer schwierigen und hoffnungslosen Aufgabe zu hindern, übernehme sie keine Verantwortung für die Politik, die jetzt befolgt werde.

Da uns die tapfere Haltung der englischen Arbeiterpartei gegenüber der imperialistischen Politik ihrer Regierung bekannt ist, hoffen wir sofort an die Meldung die Bemerkung, die Rede sei wahrscheinlich vom Wolffbüro falsch wiedergegeben worden. In der letzten Nummer des Manchester Guardian finden wir unsre Ansicht vollaus bestätigt. Nach dem englischen Blatt sagte Thomas:

Er sei von der Arbeiterpartei beauftragt worden schauspielen, daß sie an ihren öffentlichen Erklärungen festhalte, wonach Deutschland für die von ihm angerichteten Kriegsschäden zahlen müsse, soviel es menschlich möglich sei. Die Abreise des Ministerpräsidenten sei lediglich von politischen Zwecken mißleitet, ihr Erfolg sei dadurch noch nicht verbürgt, daß sie von einem Mann, der automatisch das Land befehliche, direkt wille. Der Ministerpräsident habe seine Aufgabe gebrochen, das Parlament zu befragen, bevor er Schritte gegen Deutschland unternähme. Die Arbeiterpartei wolle seinerseits Verantwortung für den Kurs übernehmen, den die Regierung einschläge.

Wie sich aus der Gegenüberstellung der beiden Meldungen ergibt, hat Thomas so ziemlich das Gegenteil von dem gelagt, was das Wolffbüro behauptete, das seinen scharfen Angriff gegen die Regierung in eine wohlwollende Neutralitätsdeklaration nach Art unter rechtssozialistischen Helden umdichtete. Unsre Interessen das WTB, damit versucht, die Stellung der englischen Regierung als im Januar festgestellt hinzustellen, wollen wir nicht untersuchen. Tatsache ist, daß es schon öfter Proben jener Fälschungsfunktion gegeben hat. Es ist also auch für die Zukunft geboten, seinen Meldungen, auf die die deutsche Daseinlichkeit leider angewiesen ist, mit größtem Misstrauen gegenüberzustehen.

Die Reichsregierung zur Überhöhlungsfrage

Berlin, 15. März. Der Vertreter der Reichsregierung erklärte, daß der Ausfall der Überhöhlung einen Verlust von 10 bis 12 Prozent — also von 800 000 Tonnen monatlich — der deutschen Kohlenförderung bedeuten würde. Das könnte die deutsche Wirtschaft auf keinen Fall ertragen, deshalb sei an die Stelle der bisherigen Überhöhlungsregelung, die zweimal wöchentlich 3½ Stunden Überhöhlung im Schiedspruch vorliegt, die Regelung, die getroffen werden, daß viermal in der Woche je eine Stunde Überhöhlung gefahren werden unter der Zusticherung an die Arbeiter, daß die Regierung bis zum 15. April ein Gehege einbringen werde, durch das die siebenstündige Arbeitzeit im Bergbau geleglich geregelt werde. Auf besondere Fragen erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, daß dies zwar zunächst eine Anregung der Schiedsprüfungshörde sei, daß die Zustimmung des Kabinetts zu diesem Vorschlag der Gesehainbringung zu erwarten sei. Der Regierungsvorsteher erwähnte weiter, daß eine besondere Kommission eingesetzt werden sei, um technische Verbesserungen im Bergbau zu studieren und durchzuführen. In dieser Kommission seien Vertreter der Gewerkschaftsverbände, der Arbeitgeber, der Bergbau-Aufsichtsbehörden wie auch der zuständigen Ministerien. Die Kommission versucht zunächst durch forschtägliche vergleichende Studien mit dem Bergbau anderer Länder, die Basis für die notwendigen technischen Verbesserungen zu finden. Der Schiedspruch sieht weiter vor, daß die Lebensmittelzuschüsse, die zwei Mark pro Tonne beitragen, nunmehr durch die Bergwerksverwaltung in bar an die Arbeiterschaft auszuzahlen sind. Über die Verwendung der 5 Goldmark, die Entente für die Bergarbeiter zahlte, sei ein Bericht der Bergarbeiterverbände abgefaßt worden, daß die Bergarbeiter selbst mit der Verwendung einverstanden seien.

Der Regierungsvorsteher machte noch darauf aufmerksam, daß der Schiedspruch nur als Ganzes abgelehnt oder angenommen werden könne. Die Christlichen und politischen Gewerkschaften hätten dem Vertrag bereits ihre Zustimmung gegeben, während von

den Freien Gewerkschaften wie den Hirsch-Dunderischen bisher ablehnende Kundgebungen bekanntgeworden seien. Eine offizielle Entscheidung dieser beiden leichten Verbände liege aber noch nicht vor.

Der Darstellung der Reichsregierung ist die Erklärung des Bergarbeiterverbandes entgegenzuhalten, daß der Anfall der Überschichten keine wesentliche Verminderung der Förderung zur Folge haben werde, da durch das Verfahren der Überschichten die Arbeitskraft unverhältnismäßig stark ausgesogen werde. Die Bergarbeiter sind nicht mehr gewillt, sich diesen Raubbau mit ihrer Arbeitskraft gefallen zu lassen, sie lehnen aber in ihrer großen Mehrheit erst recht die Zunutung des Schiedsspruches ab, die Überschichten so zu verfahren, daß dies einer Rückkehr zum Nichtstundentag gleichkommen würde.

Überdies aber scheint der Herr Regierungsvertreter ganz vergessen zu haben, daß die Bergarbeiter die Verhandlungen über ein neues Überschichtentkommen an die Bedingung geknüpft haben, daß die Regierung die Sozialisierung des Kohlenbergbaus in Angriff nehme. Über diese heikle Frage schweigt sich aber der Regierungsvertreter gründlich aus.

Bayern pfeift auf die Reichsverfassung.

Im Paragraph 100 der Reichsverfassung heißt es: „Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden.“ Die bayrische Regierung kennt diese Bedeutung sicher auch, aber dies hat sie nicht abgelehnt, einen chemischen Kriegsrechtswilligen zu erläutern. Die neue Berliner Zeitung berichtet darüber:

„Der deutsche Zahnarztmeister Karl Halt, der 1914 als Kriegsfreiwilliger mit dem Münchener Leibregiment ins Feld zog und mit diesem Regiment den ganzen Feldzug mitspielte, bis er im Sommer 1918 als Leutnant in englische Gefangenschaft geriet, wurde nunmehr nach Ablauf der durch das Ordensstatut vorgeschriebenen äußerst umfangreichen und äußerst genauen Erhebungen zum Max-Josephs-Ordensritter ernannt. Es ist dies die höchste Auszeichnung. Der Inhaber erhält den persönlichen Adel.“

Der nächste für den Adel Reise wird wohl Eiserich sein.

Die Wahlen in Mecklenburg.

Schwerin, 15. März. (Vorläufiges amtliches Wahlergebnis: es fehlen noch 47 Stimmbezirke.) Es entfallen auf die Deutschnationalen 61909, auf die Deutsche Volkspartei 51055, auf den Dorfbund 17231, Wirtschaftspartei 10252, Demokraten 12806, Sozialdemokraten 126183, Unabhängige 2420, Kommunisten 14330 Stimmen. Bei den Wahlen im Jahr 1920 hatten erhalten: Deutschnationale 71810, Deutsche Volkspartei 48717, Dorfbund und Wirtschaftspartei zusammen 24188, Demokraten 22203, Rechtssozialisten 128473, Unabhängige 24567, Kommunisten 1178 Stimmen. Bis jetzt können als sicher gewählt gelten: 14 Deutschnationale, 11 Deutsche Volkspartei, 4 Dorfbündler, 2 Wirtschaftspartei, 3 Demokraten, 28 Sozialdemokraten, 0 Unabhängige und 3 Kommunisten.

Stöcker aus der Tschecho-Slowakei ausgewiesen.

Wie Prager Blätter melden, wurde der reichsdeutsche Komunist Walter Stöcker, der als Delegierter der vereinigten deutschen kommunistischen Parteien am Reichenberger kommunistischen Parteitag teilnahm, aus dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik ausgewiesen. Ihm werden staatsgefährliche Treibereien zum Vorwurf gemacht.

Österreichs Garantien für eine internationale Anleihe.

Paris, 16. März. (T.U.) Wie aus London gemeldet wird, gab der österreichische Bundeskanzler Manz gestern in einer Sitzung der Sachverständigen einen Bericht über die Garantien, die Österreich für eine internationale Anleihe geben konnte. Die angebotenen Garantien bestehen in der Verpfändung der Zölle, der Tabak- und Salzmonopole und der Einnahmen der Staatsbahnen. Neue Monopole für Petroleum, Zucker und Alkohol sind in Aussicht genommen und sollen ebenfalls verpfändet werden. Manz erklärte, daß der Wert der im Laufe des Jahres aus dem Auslande für Österreich benötigten Einfüsse mindestens 12½ Millionen Pfund Sterling betragen dürfte.

Nationalistischer Wahlsieg in Paris.

Paris, 14. März. Bei den neuerlichen Stichwahlen im zweiten Wahlbezirk von Paris siegten die Kandidaten des nationalen Blocks Le Corbeiller und Bonnet mit rund 70 000 Stimmen über die beiden Kommunisten Loriot und Gouaring, welche rund 58 000 Stimmen erhielten. Es handelt sich um Erfolgswahlen für den Präsidenten der Republik Millerand und den rechtsstehenden verbotenen Sozialisten Lauche.

Die Kronstädter Revolution.

Ausdehnung der Russlandsbewegung?

Berlin, 16. März. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Aus Riga wird gemeldet: Sowjettruppen unternahmen gestern einen Sturmangriff auf Kronstadt. Sie stürmten in breiten Kolonnen vor, waren aber einem mörderischen Trommelfeuers ausgesetzt und erlitten eine schwere Niederlage. Andere Meldungen besagen, daß Scharen von auständischen Arbeitern und Soldaten sich mit der austälerischen Armee Antonov vereinigen, die sich in Kutsch gruppieren und sich bereits der Gegen von Moskau nähern soll. Aus London wird gemeldet, daß die russische Schwarze-Meer-Flotte geneutert und die roten Kommissare über Bord geworfen habe. Auch die Kaspiische Flotte soll sich in den Händen der Auständischen befinden.

Kopenhagen, 15. März. (WTB.) Ein Telegramm aus Helsingfors besagt: Wie das Finnische Notisbytan aus Moskau erfährt, breite sich die revolutionäre Bewegung ständig aus. Die Kämpfe in Kronstadt und Peterburg haben in den letzten Tagen einen sehr heftigen Charakter angenommen. Die Sowjets machen einen mißglückten Versuch, Artillerieoffiziere von Moskau nach Petersburg zu kommandieren. Die Truppen weigerten sich, an den Operationen gegen Kronstadt teilzunehmen.

Wir geben diese Meldungen, die völlig unkontrollierbar sind, unter alleinem Vorbehalt.

Aufstand auf Kronstadt.

OE. Teriot, 15. März. Am 14. März dauerte das Bombardement der Küste durch Kronstadt an. Der Leuchtturm von Tolbukhin hat durch das Feuer von Krasnaja Gora gesunken. Dieser Leuchtturm diente als Beobachtungsposten der Kronstädter Belagerung. Sowjet-Flugzeuge werfen Bomben über Kronstadt ab. Das Revolutionskomitee von Kronstadt hebt in einem Aufruf an das gesamte Weltproletariat hervor, daß durch diese bolschewistische Mordregel das Leben von Frauen und Kindern bedroht sei. Der dritte Sturmangriff der Bolschewisten in der Nacht auf Sonntag aus der Richtung von Oranienbaum dauerte 15 Minuten und ist abgeschlossen worden. Es wird bestätigt, daß während des zweiten bolschewistischen Angriffs das 6. Sowjetregiment seine Kommissare verhaftet und sich Kronstadt ergeben hat. Die Verhandlungslage Kronstadts ist schwierig. In Abbruch des Lebensmittelangels ist schon vom 12. März an eine Herabsetzung der

Nationen angeordnet worden. Eben aus Kronstadt hier eingetroffene Personen melden, daß die Sitzung dennoch zuverlässig sei. Die Arbeiter haben den inneren Sicherheitsdienst übernommen. Frauen melden sich zum Sanitätsdienst. Die Bevölkerung hilft warme Kleid in die vordersten Kampfstellungen zu schaffen. Die Petersburger Presse bringt nach wie vor nur Aufruhe und allgemein gehaltene Artikel, die zur Anspannung aller Kräfte im Kampf auffordern. Die militärischen Berichte, die sie von der Kronstadt-Front bringen, sind kurz und geben kein Bild der Ereignisse. Ein Teil der Petersburger Matrosen wird in die Schwarze-Meer-Flotte versetzt. Die Kriegsschiffe Gaugut und Poltava feuern nicht, was auf die Unzuverlässigkeit der Bevölkerungsmassen zurückgeführt wird.

Nach Meldungen aus Riga berichten Funkstrecken aus Moskau, daß die Sowjettruppen drei Forts von Kronstadt eingenommen und große Beute gemacht hätten. Tschitschirin erläutert die Meldung, daß die Sowjetregierung den Kronstädter Matrosen ein Ultimatum gestellt, als falsch. — New York Herald veröffentlicht ein Interview mit Lenin, das dieser einem Moskauer Korrespondenten des Blattes gewährt hat. Lenin erklärt darin, die Revolution von Kronstadt sei in Wirklichkeit nur ein kleiner Zwischenfall. Sie bedrohe die Maßnahmen der Sowjetregierung ebensoviel, wie die Unruhen in Island das Britische Reich.

Vom russischen Kommunistenkongreß.

OE. Riga, 15. März. Auf dem Moskauer Kongreß der russischen kommunistischen Partei hat die Kontrollkommission Entschlüsse über umfangreiche Amtsverträge verantwortliche Kommunisten gemacht. Nach amtlichen Meldungen erläuterte Lenin in seinem Schluswort nach der Debatte über die äußere und innere Lage der Sowjetrepublik, daß das demokratische Prinzip im Parteileben nicht genügend durchdrückt werde. Er wandte sich gegen die von Schanowski und Frau Kollontai geführte Gruppe der Arbeitervorposition, deren Vorschlag, die Leitung der Wirtschaft einem allzuflüssigen Organ der Verbraucher zu übergeben, er kleinbürgerlich und fondalistisch nannte. Die Erklärungen der Arbeiterbewegung hätten erwiesen, daß die Diktatur des Proletariats nur durch die kommunistische Partei verwirklicht werden könne. Lenin hielt in diesem alle praktischen Vorschläge, die die Arbeiter jeweils zu der Lösung der Tagesfragen machen würden, willkommen. Danach erließte die Partei den Bericht über dessen Tätigkeit, worin die Sanierung der kommunistischen Partei als die nächste Aufgabe des Zentralomitees bezeichnet wird. Nach der Diskussion wurde eine Resolution gefasst, die die Tätigkeit des Zentralomitees im allgemeinen billigte, jedoch auf dessen ungünstige Einheit hinwies, die sich besonders im Gewerkschaftsstreit offenbart habe und das Verhalten der Platten zur Partei ungunstig beeinflußte. Der Besluß erlaubte die Heraushebung von freien Kräften zur führenden Arbeit in der Partei für notwendig.

Kein Landarbeiterstreik in Polen.

OE. Warschau, 14. März. Angesichts des von den Landarbeitern für den 14. März angekündigten allgemeinen Landarbeiterstreiks hat der vom ehemaligen Inneminister Sczic geführte Gütesichererstand in letzter Stunde den Vorstoß der Landarbeiterorganisationen ausgegeben und Verhandlungen mit allen drei Landarbeitergruppen, den Sozialisten, den Nationalen und den Christlichen, begonnen. Daraus ist der Landarbeiterstreik abgesagt worden.

Der Mörder Dalos verhaftet.

Nach Meldungen aus Madrid ist ein 22jähriger junger Mann, namens Matos, der sich als Anarchist bezeichnet und die Beteiligung an dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Dalos nun aufgestanden haben soll, verhaftet worden. Matos soll auch die Namen der beiden andern Beteiligten verraten haben. Er gibt an, das Attentat als Vergeltung für die gegen Arbeiter verübten Gewalttaten ausgeführt zu haben.

Deutschland.

Wehrmännische Arbeit?

Die Vertreter der Amsterdamer Gewerkschaftsinstitutionen bereiten bereit, die Übereinkünfte einzuhalten: der französische Genoss Jouhaux, der holländische Genoss Timmen und der polnische Genoss Teller, sind nach ihrer Ankunft aus Berlin in Berlin durch einen wild gewordenen Spiegel verhaftet worden. Der Genoss Teller hatte im Juge eine Tasche liegen lassen, in der sich — erschrecklich zu sagen — fremdsprachige Schriftstücke befanden. Das genügte dem Spiegel, der die Kommission im Juge offenbar seit langem bewachen mußte, zu einer Verhaftung der drei Kommissionsmitglieder zu schreiten. Selbst der wachhabende Offizier der Polizeiwache auf dem Bahnhof Friedrichstraße konnte die Haftentlassung nicht herbeiführen, sondern die drei ausländischen Genossen mußten nach dem Polizeipräsidium transportiert werden, um erst dort auf Veranlassung des Polizeipräsidiums entlassen zu werden.

Das Bezeichnendste an diesem Zwischenfall ist die Tatsache, daß offenbar ausländische Gewerkschaftskommissionen in Deutschland mit einem Spiegelnetz umgeben werden, so daß es wohl oder übel zu solchen Missgriffen kommen muß. Wir erlauben uns die Frage an Herrn Weizmann zu richten, ob dieser überreifige Spiegel wieder einer seiner Beamten gewesen ist, die seltsamerweise niemals den Herrn Bauer oder Herrn Bischoff, sondern immer nur sozialistische Arbeiter verhaftet.

Die Erhöhung der Postgebühren.

Am Reichstagsausschuß zur Beratung des Postgebührengeheges wurden an der Regierungsvorlage einige Änderungen vorgenommen. Danach wird die Gebühr für die Postkarte und den einfachen Brief im Dezember um 10 Pf. niedriger sein als im Fernverkehr, also 30 bezw. 50 Pf. gegenüber 40 bezw. 80 Pf. betrügen. Ferner wurden die Zeitungsgebühren gegenüber der Regierungsvorlage erheblich verbilligt.

Haupmann Pfeiffer vor Gericht.

Der Staatsanwalt als Verteidiger Pfeifers.

Der noch immer vorhandene leidige Raummangel hinderte uns leider, die Prozeßberichte immer sofort wiederzugeben. In Abbruch der besonderen Bedeutung des Prozesses glaubten wir jedoch, die außerordentlich wichtigen Vorgänge in Stargard unsern Lesern nicht vorbehalten zu dürfen. Wir haben die Berichterstattung über den Pfeiffer-Prozeß deshalb auch nach der Verteidigungsrede des Anklageverteidigers, die wir zur besonderen Beachtung empfehlen.

In Hinterpommern möchte bestimmt kein Pfeifer, aber der Weizen blüht für die Pfefferleute. So ist es auch zu verstehen, daß der Staatsanwalt, der Vertreter der Anklage gegen den Freikorpsführer Pfeiffer, dem als Verteidiger fungierenden Rechtsanwalt vorgezogen und dessen Völkertüchtigkeit in zwingender Form nachweist.

Ein drittes Dokument Zeugen war zwar noch nicht vernommen und Zeuge Rabold sollte zur weiteren Vernehmung erst später eintreten. Aber Ankläger und Angeklagter waren beide der Überzeugung, daß darauf verzichtet werden könne. Also begann der Ankläger mit seiner Vorgangs geschrieben, vielleicht

sich von Berlin mitgebrachten „Anklagerede“. Er begann mit einem Auspruch eines römischen Historikers. Dieser sagte von seiner Zeit, daß sie nur Bild für Kleines und Nützliches habe das Große und Bewegende aber nicht erkenne. An dieses Wort will sich der Staatsanwalt bei diesem Prozeß unwillkürlich erinnert haben. Auch in Deutschland sei man heute geneigt, über den kleinen Dingen im Innern die weltbewegenden Vorgänge im Verein zu übersehen. Damit verrät der Ankläger schon von vornherein, welche wichtige Bedeutung er seiner eigenen Anklage zusetzt und wie vollständig er seine Anklage verkannte. Für den Staatsanwalt war der Angeklagte jedenfalls nicht Pfeifer, sondern die Pfefferpresse. Gegen sie zog er mit seiner ganzen Leidenschaft vom Leber. Ohne alle Unterlagen habe sie einen in dieser Zeit von geradezu wohltuendem Idealismus besetzten Mann einer Tat verdächtigt, die nur mit Zuchthausstrafe ihre Söhne finden könnte. Schwarz auf weiß lasse sich schnell herstellen. Alles, was die Presse über Pfeiffer berichtet habe, seien Phantasierzeugnisse.

Von dieser „Feststellung“ ausgehend, verlor der Staatsanwalt alle irgendwie belastenden Momente zu zerfließen. Nichts blieb nach seiner Aussage mehr übrig. Alles war vollkommen löschen. Auch die bekannten Einzeichnungen in die Akten ließen keine Abschlüsse auf eine militärische Organisation zu. Das Wort „Abteilung“ sei auch gar keine militärische Bezeichnung. Auch unter den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft militärische Anordnungen sprach, daß man von Stäben und Kompanien spreche, hat nichts weiter auf sich. Das war nur eine „Nachwirkung“ langer Gewöhnung und Disziplin. Waffen seien in keinem einzigen Fall nachgewiesen worden. Da Einwohner wehrten im Felde von Waffen kein könnten, habe mit Pfeiffer nichts zu tun und wenn das Vorhandensein von Waffen auch erwiesen wäre, so sei doch noch nicht erwiesen, daß diese zu einem Rechtsverstoß bestimmt sind. Es blieben nur noch die diffizierten Telegramme, in denen von „Sekt“ und „Molot“ die Rede war. Das seien allgemein üblich gewordene Bezeichnungen, aber auch sie ließen keinen Abschluß auf eine militärische Organisation zu. Und was endlich die von Pfeiffer an seine Leute bezahlten täglichen Geldzulagen anbelangt, so stellten auch sie nur die Verteilung von Fahrtzulagen dar und könnten nichts Belastendes ergeben. Endlich sei es doch nur anerkennenswert, daß sich Pfeiffer auch um die Kleidung seiner Leute bemüht und diesen Uniformen und Stiefeln beschäftigt habe.

Alles in allem: Kein Engel ist so rein! Das sagte der Staatsanwalt zwar nicht, aber es bildete den großen Unterton seiner Rede. Und schon wollte er auf Freisprechung plädiert, als der Zeuge Rabold erschien. Der Staatsanwalt bricht ab und Rabold tritt vor das Zeugentischlein. Aus seiner Tasche legt er Papiere vor. Energiisch verwohrt er sich gegen die in den Presseberichten enthaltenen Verdächtigungen, als habe die Freiheit in ihren Veröffentlichungen leichtfertig gehandelt. Sie habe sich nicht auf das Material von Lenberg und Brünnewitz gestützt. Wenn über diese Zeugen abschließend gerichtet werden müsse, so sei das doch nur kontrapositionär für jene, welche mit diesen Leuten gearbeitet haben. Der Vorsitzende unterbricht den Zeugen. Seine Aussagen würden den Rahmen einer Zeugenvernehmung überschreiten. Rabold betonte, daß in diesem Prozeß dauernd Angriffe gegen die Reaktion geübt werden seien. Die Freiheit habe hier nicht unter Anklage und es müsse ihm das Recht eingeräumt werden, die Angriffe zu widerlegen. Weder der Staatsanwalt, noch das Gericht, noch der Angeklagte können die Freiheit irgendeines Dokuments abstreiten. Rabold bittet den Vorsitzenden, dies vor aller Öffentlichkeit festzustellen. Der Vorsitzende kommt diesem Wunsch nach.

Rabold entfaltet darauf Originale dokumente, aus denen einwandfrei hervorgeht, daß die Arbeitsgemeinschaft Pfeiffer militärisch organisiert war und auch Verbindungen zu anderen Freikorps hatten. Großenteils waren ihm diese Schriftstücke von einem Herrn überbracht worden, über den er das Redaktionsgeheimnis zu wahren verpflichtet sei. Dieser habe unter andern berichtet, daß es im Pfefferpresse Hauptquartier in Arnswalde kaum weniger toll ausgesehen sei wie im Stappengebiet von Charleville.

Dem Vorsitzenden sind diese Papiere fast nur lästig. Er wirkt Rabold vor, durch deren verspätete Vorlegung die Untersuchung nur erschwert zu haben. Er will es sogar verhindern, daß die Freiheit nicht alle derartigen Dokumente höchstens in einem „All“ ordnet angelegt habe, worauf ihm Rabold aber prompt erwiderte, daß die Freiheit durch verschiedene Haussuchungen und Überfälle vor einer derartigen habschischen Registrierung der Alten gewarnt sei.

Nach einigen weiteren Zwischenfällen erklärt der Staatsanwalt, daß die Beweisaufnahme für endgültig geschlossen und der Prozeß in seinem Vladoyer fort. Er sieht auch in den neu vorgelegten Dokumenten keine Beweise. Die Angaben Rabolds würden größtenteils nur auf Mitteilungen von dritter Seite beruhen, der hier nicht als Zeuge aufgetreten sei. Er schließt: „Es liegt nichts vor, was den Angeklagten irgendwie belasten könnte. Die gebrauchten militärischen Ausdrücke verleugne ich nicht, sie erklären sich aus der jahrelangen Gewohnheit der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Ich beantrage daher Freispruch des Angeklagten.“

Was der Verteidiger selbst noch zu sagen hatte, wissen wir nicht. Seine Rede war ihm durch den Vertreter der Anklage in allen Punkten vorweggenommen. So hat den Pfefferleuten der Prozeß in Stargard wenigstens die Ehre gebracht, daß die Stellung von Verteidigern in Zukunft überflüssig ist. Die Anklageten können sie sich fürderhin ersparen. Die weitere Lehre besteht in dem Nachweis der völligen Völkertüchtigkeit der Staatsanwälte selbst, denn weit davon entfernt, etwa selbst nach belastenden Momenten zu spüren, setzte der Staatsanwalt Rabold in seine ganze Kraft darauf ein, daß vorliegende Material zu erledigen und eine Anklagerede gegen die Pfefferpresse zu halten, wobei die Presse selbst nur als Zeuge auftrate und keine Widerrede erheben dürfe. „Völkertüchtigkeit mit Politik macht kritiklos“, meinte der Staatsanwalt. Für seine Person hat er den schlagenden Beweis hierfür erbracht. Daß er sich auch noch auf die anerkannte Objektivität der deutschen Richter berie, wirkte wie eine blutige Goldbrücke.

Der Berichterstatter der Freiheit schließt seinen Bericht: Am Bahnhof von Stargard war eben großer Empfang der Oberschlesier. Die Militärmusik spielte. „Deutschland, Deutschland über alles“, sang es uns bei der Abfahrt nach...

Bon Nah und Fern.

Drei Todesurteile.

Bonum, 14. März. Das Schwurgericht hat den Mechaniker Henckeler aus Gelsenkirchen, den Arbeiter Klein aus Bonn und den Schlosser Heining aus Marl bei Neuss zu Tode verurteilt, ferner den Kaufmann Henckeler aus Gelsenkirchen zu zehn Jahren Jüngthaus, zehn Jahren Ehrentrecksvocht und Stellung unter Vollzugsaufsicht. Die Angeklagten hatten am 24. August v. J. den Zehnwagen der Betriebsfeuerwehr in Gelsenkirchen, der eine Lohnmeldsumme von 16500 M. enthielt, beraubt und dabei drei Zehnbeamte getötet und einen schwer verletzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Fleischer in Leipzig.

Verantwortlich für den Interessenten:

Friedrich Pfeiffer, Vorort-Berlitz.

Von Freitag, den 11. März bis Freitag, den 18. März

Billige Hosen-Woche

Jetzt erst recht, nachdem durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen die Notwendigkeit der Stärkung des Binnenmarktes erwiesen ist, muß die Bedarfsdeckung breiterer Schichten unseres Volkes erstes Ziel der Wirtschaft sein. Durch einen abermaligen Preis-Abbau wollen wir den Einkauf dessen Kleidungsstückes, des Beinleides, in dem offenbar der größte Bedarf vorliegt, ermöglichen. Ohne Rücksicht auf frühere Herabsetzungen, ohne Rücksicht auf die alten Einkaufspreise, nur mit Rücksicht auf die neue Wirtschaftslage, ermöglicht durch neue große Einkäufe zu ganz besondern niedrigen Preisen stellen wir

unser gesamtes Hosen-Lager, über viertausend Stück, zum Sonderverkauf

Reguläre Preise auf den Preis schildern vermerkt M. 65.- 75.- 85.- 95.- 110.- 125.- 140.- 165.- 190.- 215.- 225.- 240.- 290.-

Preise der billigen Woche M. 50.- 60.- 70.- 80.- 90.- 100.- 120.- 130.- 140.- 165.- 175.- 190.- 240.-
noch tieferer Liste, die Sie beim Einkauf mitbringen wollen

Brühl 26/32

H. Hollenkamp & Co. - Leipzig

Ede Reichen

Erstes Herren-Kleidungshaus

Bunt u. Leberw., ger. Bild 12
Bausch. Landwurst Bild 24
Bauschloch. Sied. Bild 24
Bausch. Schinten Bild 26
Sied. ger. nichttran. Bild 14
Volkshausweine Lebensmittel
Herm. Stollberg Butters. Krobs 20.

Biederverkäufer!
Hausrat! Händler!
Trikotagen und Strumpfwaren erhalten Sie zu Fabrikpreisen bei
Hähnel & Breiter Mechanische Striderei Leipzig, Brühl 14/16
Muster-Durchgang gegen Nachnahme.

Ohne Geld nur durch monatlich. Miete gelangen Sie in d. Besitz v.
Beleuchtungs-Körper Gaskocher, -Herde usw. Leipziger Beleuchtungs-Zentrale Nikolaistraße 25.

Gnserate für die fällige Rummel bestimmt, erhitzen bis spätestens 9 Uhr vorne, um Erziehungstage.

Warnung an alle Gasverbraucher!

Seit einiger Zeit werden von Haus zu Haus sogenannte **Gasparer** vertrieben, wobei die Verkäufer sich unter Vorzeigung falscher Ausweiskarten als Vertreter unserer angesehenen Gesellschaft ausgeben. Da diese Leute wissen, dass der Name der Thüringer Gasgesellschaft für Güte bürgt, ist es ihnen nur zu oft gelungen, ihre für die Gesundheit gefährlichen Einrichtungen für teures Geld abzusetzen.

Wir erklären hiermit, dass wir

sogenannte Gasparer nicht vertreiben oder vertreiben lassen

weil es sich um Einrichtungen handelt, die **Gas verschwenden** und obendrein alsbald gesundheitlich sehr gefährlich werden können.

Alle Gaskocher, Gasherde, Gasback- und Bratöfen usw., die wir verkaufen, brennen einwandfrei und wirtschaftlich in jeder Beziehung, so dass die Anwendung von Hilfsmitteln überflüssig ist.

Nach erfolgtem Umbau unserer Musterküche werden wir eine Reihe von Vorträgen und praktischen Vorführungen für die Bedienung und Behandlung von Gaskoch-, Brat- und Backapparaten veranstalten, wozu wir noch besonders einladen werden.

Inzwischen bitten wir bei Unzufriedenheit mit der Wirkungsweise von Gasapparaten unsere Firma mit Beseitigung der Mängel zu beauftragen.

THÜGINA
INSTALLATIONS-ABTEILUNG DER THÜRINGER GASGESELLSCHAFT
LEIPZIG

Dittrichring 15. FERNR. 3985/4085/9034/60532 Eisenbahnstr. 134

Spottbillig

Getragene und neue

Anzüge und Hosen

nur prima Qualitäten und
feinste Schneider-Arbeit
auch Herren-, Damen- und
Kinderkleider kaufen Sie wie
albtbelannt beim billigen

Kanner
EISENBAHNSTR. 5

Laden.

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. I*

Obstbänme

Riesenauswahl in all. Form.
u. Größen. Blumen, Kirchen,
Münzen, Beeren, Rosen, doch und
niedrig. Verkaufsstelle zu billigen
Friedrich, Jr. Becker, Göhl.
vert. Baierle Str. Bierleweg.

Haut-, Geschlechts-
u. Harnfeld, vorz. neu. Schwäche
behandl. Dr. med. Dörl. nicht
aprobiert. Mittal. naturf. Geheilte Leipziger Kurpracht 5.
Sprechst. von 8-2 u. 4-8 Uhr. I*

USPD Alt-Leipzig, Bezirk Osten

Freitag, den 18. März, abends 1/8 Uhr

General-Beratung

im Restaurant Gutenberg, Johannisgasse 19-21.

1. Jahresbericht. Aussprache. 2. Neuwahlen. 3. Vereinsangelegenheiten.
Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Berband

Zahlstelle Leipzig

Telephon 8407

Sitzung: Gerberstr. 1, II. Hotel Olympia, Zimmer 16-18 und 23-24. Geschäftsstelle: Zimmer 16-18 von 9-12 u. 4-8 Uhr, Sonntags bis spätestens 9 Uhr. Zimmer 23 von 9-6, Sonntags von 1-8 Uhr. Zur glatten Abwicklung der Geschäfte ist es notwendig, die Geschäftsstelle auch pünktlich einzugehen.

Maschinen- und Sägereiarbeiter Freitag, den 18. März 1921, abends 7 Uhr, im Volkshaus (Wittelsbach). Wichtige Branchen-Versammlung. Tagesordnung: 1. Untere sozialpolitische Forderungen an die geschäftsführenden Körperläden. 2. Branchenangelegenheiten.

Kistenmacher Freitag, den 18. März 1921, abends 5 Uhr, findet im Volkshaus (Wittelsbach) statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Lehrlingsfrage. 2. Branchenangelegenheiten.

Deutscher Transportarbeiter-Berband.

Generale Verwaltungsstelle Leipzig.

Gehirrührer, Arbeiter u. Arbeiterinnen in den Getreide- u. Zuliefermittel-Händlungen. Freitag, 18. März, abends 1/8 Uhr. Versammlung im Volkshaus, Zeitzer Straße Kolonnade. Die Sitzungsleitung.

Patentanwaltsbüro-Sack,
Leipziger Brühl 2.

Familien-Nachrichten

Die überaus grosse Anzahl von Glückwünschen, Geschenken und Ehrungen, welche uns aus Anlaß unserer

SILBERNEN HOCHZEIT zutreff geworden, machen es uns unmöglich, jedem einzelnen unsern Dank abzustatten. So sprechen wir hierdurch allen, welche an diesem Tage liebvolly an uns gedacht, unsern herzlichsten Dank aus.

HEINRICH UEHMANN u. FRAU

Dank. Es ist mir ein herzensbedürfnis, für die beim Heimgehen meiner lieben Tochter

Toni

mir so zauberlich dargebrachten Beweise ernstester Teilnahme aufrichtig zu danken. Insbesondere Danke der Jugend von Wiedersehen für Schleifer und Krang, den Vereinen für die herrlichen Blumensträuße und die leichten Grüße in Wort und Bild, den Herren für das bereitwillige Tragen zur letzten Ruhestätte und Herrn Pfarrer Volpert für seine herzlichen, fröhlichen Worte.

Wiedersehen, am 15. März 1921.

In diesem Web **Emma verw. Krell**

zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Statt Karten!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter

Thekla Hüning

sagen wir hierdurch allen Beteiligten unseren tiefsten Dank.

2. Kleinstschober, am 16. März 1921.

Arthur Hüning nebst allen Hinterbliebenen.

Für die aufzürige Teilnahme beim Hinscheiden

meiner lieben Frau, meiner guten Mutter, sagen wir allen Freunden und Kollegen unseren herzlichsten Dank.

2. Plagwitz, den 14. März 1921.

Otto Franke u. Tochter.

Am 14. März verließ im Krankenhaus St. Georg nach kurzem aber schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

August Kund

im Alter von 63 Jahren.

Wahren, Bahnhofstraße 21.

In tiestem Schmerze

Emilie verw. Kund

im Namen sämtlicher hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, 1/4 Uhr, von

der Halle des Wahrener Friedhofes aus statt.

Am 14. März, abends 7 Uhr, verließ nach schwerem

Krankenlager, im Alter von 63 Jahren, mein lieber

Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Ernst Friedrich Thäringen

2. Schönberg, Walstraße 24, v.

Um Rüdes Beiseid bitten **Die Hinterbliebenen.**

Beerdigung am 17. März, nachmittags 1/3 Uhr,

von der Kavalle des Johanniskirchhofes aus.

Für die wohltuenden Beweise lieboller Teilnahme

beim Heimgehen unserer lieben Entschlafenen, Frau

Frieda Posta

lagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten

wie den lieben Hausbewohnern unten her. Danke.

2. Connewitz, Neugärtner Straße 48

Rob. Posta und Tochter.

Die Einführung meines lieben Mannes, des

Gastwirts **Adolf Fischer** findet Freitag, nachm.

3 Uhr, auf dem Südfriedhof statt.

Altmühlstraße 9. Frau Margarete verm. Fischer geb. Zoller.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 16. März.

Parlangelegenheiten.

Stadtverordneten-Fraktion.

Sitzung, heute 1/2 Uhr, Rathaus, Zimmer 300.

Ortsverein L.-Ost. Die Genossen brauchen am Donnerstag nicht in die Grüne Rue zu kommen.

Nordbezirk. Donnerstag, den 17. März, abends 1/2 Uhr, im Rödau-Klausen, Funktionärszung.

Gruppenrat X. Lederrindustrie, Donnerstag, den 17. März, nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Hotel Victoria, kleines Restaurantzimmer.

Gruppenrat VII. Holzindustrie, Donnerstag, den 17. März, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 101.

Zum Jahrestag des Volkshausbrandes

findet

Freitag, den 18. März, abends 7 Uhr
im Volkshaus, großer Saal

Versammlung

aller

Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre

statt.

Tagesordnung:

1. Die Bilanz der Märzlage 1920. Ref.: Gen. Klem.

2. Der Wiederaufbau des Volkshauses.

Referent: Genosse Kroneberg.

Ein dreißiger Eingriff in die Selbstverwaltungsrechte der Stadtgemeinde.

Wie wir schon berichtet haben, hat die Kreishauptmannschaft zu der Wahl der Stadträte Dr. Merkels und Dr. Bühring entschieden, daß die Wahl entgegen den Beschlüssen des Rats und der Stadtverordneten und gegen den Willen der beiden Stadträte auf Lebenszeit gestoppt soll, während alle Beteiligten die Wiederwahl Dr. Merkels auf zwölf Jahre und Dr. Bührings auf sechs Jahre vollzogen haben. Die Kreishauptmannschaft hat sich vom Rat der Stadt Leipzig über die Wahl der Stadträte Bericht erstatte lassen und dann hat sie „gefunden“.

Vorweg sei bemerkt, daß der „Befund“ der Kreishauptmannschaft nicht vom Kreishauptmann lange, sondern von einem der Verwaltungsjuristen ausgesetzt ist, die in ihrer langen Beamtenlaufbahn es nicht weiter als bis zu einer Ämterstelle in der Kreishauptmannschaft gebracht haben. Die Verantwortung für den „Befund“ trägt aber der Kreishauptmann, solange er nicht das Gegenteil in der Öffentlichkeit nachweist. Diese Feststellung ist wichtig, denn der kreishauptmannschaftliche „Befund“ ist sowohl im sachlichen Inhalt als auch im Tone eine Prachtleistung annahmender gehörntäglicher Reaktion und juristischer Gehirnverrentung. Unterzeichnet ist das Machwerk mit Freiherr von Dert.

Der Freiherr hat ausgeknobelt, daß es nach den gesetzlichen Bestimmungen — wie er sie auffaßt — unzulässig sei, von den Stadträten einen Verzicht der Wahl auf Lebenszeit zu verlangen, und daß die ehrenwörtliche Verzichtserklärung der beiden Stadträte ungültig sei. Daher sei die Wahl nicht auf Zeit, sondern auf lebenslänglich erfolgt, alle andern Abmachungen (über Ruhelohn) seien ungeschäftlich. Die angebliche oder wirkliche Verfehlung der angeführten Paragraphen hat den Bureaucraten so aus dem Gleichgewicht gebracht, daß er nicht nur seinen ganzen juristischen Scharfsinn aufbietet, um das gefürchtete Paragraphenwerk wieder in Ordnung zu bringen, sondern daß er sich auch anstrengt, seinen „Befund“ in eine Form zu kleiden, der man deutlich die Absicht anmerkt, die „nachgeordneten Organe“ zu verlegen. Einige Wendungen des freiherrlichen „Befundes“ sind so, daß sogar ein Freiherr sie als Beleidigung empfinden müßte.

Wie ein zürnender Gott aus längst vergessener Zeit schleudert der paragraphenkundige Freiherr die Blüte seiner Missbilligung. Er missbilligt den Rat der Stadt, er missbilligt die beiden Stadträte, er missbilligt die Stadtverordneten. Jawohl, da ist ein Bureaucrat, der sich glücklich mit Ach und Krach gebürdet einen Platz in der Kreishauptmannschaft eressen hat und der sich nun herausnimmt, die von der Bürgerschaft gewählten Stadtverordneten zu missbilligen! Paragraphenkundiger Freiherr, lassen Sie sich gezeigt sein! Die Stadtverordneten pfeifen auf Ihre Missbilligung! Da auch die beiden Stadträte die gegen sie ausgesprochene Missbilligung entschieden zurückgewiesen haben, und da der Geistesblitz des Freiherrn auch den Gesamtat nicht erleuchtet hat, so wird wohl der Freiherr gar kein Geisteslicht sein; vielleicht leuchtet er nur wie eine besehende Falgsel.

Geradezu verblüffend einfach hat sich der Freiherr die Begründung seines „Befundes“ gemacht; er scheint alle Welt nach seiner eigenen geistigen Verfassung einzuschätzen. So sagt z. B. die Begründung, die Wahl sei auch deshalb als lebenslänglich zu betrachten, weil nach der Debatte im Stadtverordnetenkollegium „den Wählern ganz klar sein mußte, daß das Gesetz nur eine lebenslängliche Wahl zulasse“. In der angezogenen Debatte hat aber nur der Pfarrer Jeremias die Ansicht der Kreishauptmannschaft vertreten. Das genügt dem Freiherrn, den Stadtverordneten genügte es aber nicht, weil sie geistig nicht so anspruchlos sind. Im weiteren Verlauf der Begründung wird die Sellung der Stadtverordneten mit „wucherischer Ausnützung der Zwangs- und Notslage der Stellungsuchenden“ bezeichnet. Das sei eine „Nötigung“, wörtlich heißt es dann: „Diese

Handlungswise erscheint vom sittlichen Standpunkt um so verwerflicher.“ Besonders schön ist auch folgender Satz: „Die Abgabe des Ehrenwortes vermag das richtige Versprechen ebenso wenig zu einem verpflichtenden, den Abgebenden bindend zu machen, als das ehrenwörtliche Versprechen eines Verbrechens oder einer andern geschwätzigen Handlung.“

„Wucherische Ausbeutung, Nötigung, verwerflicher sittlicher Standpunkt, Verbrechen“ — das alles erlaubt sich die vorgezeigte Instanz der Gemeindeorgane als Aussichtsbehörde. Man könnte diese Schimpfwortsammlung unbeachtet lassen, weil die Beschimpften es ablehnen, auf das Niveau dieses Verfassers herunterzusteigen. Aber damit wäre nur die persönliche Seite der Angelegenheit erledigt. Viel wichtiger ist jedoch der sachliche Inhalt des freihauptmannschaftlichen „Befundes“. Die Paragraphenschusterlei des Freiherrn ist in Wirklichkeit ein dreister Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, gegen den mit allen Mitteln vorgegangen werden muß. Der „Befund“ des Freiherrn ist ein neuer Beweis dafür, wie notwendig die Gemeindeverfassungsreform ist, die in den verstaubten Periodensammlungen der vertrockneten Bureaucraten in den Aussichtsbehörden gründlich aufzuräumen. Es wird die höchste Zeit!

Teuerungszahlen für Leipzig.

Nach den Berechnungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig betrug der Mindestaufwand einer aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern von 12, 7 und 1½ Jahren bestehenden Familie in je 4 Wochen in Leipzig (in Mark):

1. Für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung: Teuerungszahlen I (T 1).
2. Für Genußmittel, Körperpflege, Kleidung (ohne Neuanschaffungen), Erholung Wirtschaftsgegenständen, Verkehr, Kultur- und Unterhaltungszwecke, Abgaben; Teuerungszahlen II (T 2).
3. Für alle wichtigeren Lebensbedürfnisse (ohne Neuanschaffungen von Kleidung): Gesamtleuerungszahlen (T 1 + T 2):

	(T 1)	(T 2)	(T 1 + T 2)
vom 3. Januar bis 30. Januar	921	470	1391
10. " " 0. Februar	913	472	1385
17. " " 13. " "	912	472	1384
24. " " 20. " "	902	474	1376
31. " " 27. " "	896	473	1369
7. Februar " 6. März	876	472	1348
14. " " 13. " "	875	472	1347

Der Mitte Dezember eingetretene Rückgang der Teuerungszahl 1 hat infolge weiteren Fällens der Preise für Fleisch und Fische und trotz des Stiegens der Preise für Gemüse und neuerdings für Milch angehalten. Die Teuerungszahl 2 hat keine wesentliche Veränderung erfahren.

Die Teuerungszahlen I sind nach der Anweisung der Reichsstatistik, die Teuerungszahlen II nach den vom Statistischen Amt der Stadt Leipzig aufgestellten Grundzahlen, beide unter Mitwirkung eines Ausschusses von Vertretern der Leipziger Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und des Groß- und Kleinhandels berechnet; vergl. D. Bübendorff, Preise und Kosten der Lebenshaltung in Leipzig, in Heft 1, 2 und 3 der Mitteilungen des Statistischen Amtes (Verlag von Wilhelm Schmitz, Rosenthaler Buchhandlung in Leipzig, Preis 3 M. und 20 Prozent Teuerungszuschlag).

Die Arbeitsmarktlage in Leipzig im Monat Februar 1921.

Die Zahl der männlichen Personen, die volle Erwerbstätigkeit besitzen, hat gegenüber dem Vormonat eine Abnahme von 649, die der weiblichen eine Zunahme von 62 erfahren; zusammen bezogen 13 001 (im Vormonat: 13 588) Personen mit 12 037 Familienangehörigen volle Unterstützung. Bei den Abteilungen des Arbeitsmarktes waren mit dem aus dem Vormonat übernommenen Reife 21 586 (23 067) Arbeitsuchende, 17 170 (18 443) männlich und 4416 (4624) weiblich, eingeschrieben. Den männlichen Arbeitsuchenden lontten 6893 (6394) und den weiblichen 2749 (2373) offene Stellen, zusammen 875 mehr als im Vormonat, angeboten werden. Befest wurden insgesamt 8078 (8051) Stellen, und zwar 6548 (6026) mit männlichen und 2130 (2025) mit weiblichen Arbeitskräften. Nach auswärts wurden 334 Männer und 70 Frauen vermittelt. Auf 100 männliche Arbeitsuchenden entfielen 40 (im Vormonat 34,6) und auf 100 weibliche 62 (51,3) offene Stellen. Eine geringe Besserung der Arbeitsmarktlage für die Arbeitsuchenden beider Geschlechter ist demnach unverkennbar. In den männlichen Abteilungen war der Abgang um 1071 höher als der neue Zugang an Arbeitsuchenden, in den weiblichen war der Zugang um ein geringes höher als der Abgang. In der Abteilung für Hausangestellte war die Nachfrage nach Mädchen außergewöhnlich hoch. Von 714 vorliegenden Stellenangeboten konnten nur 236 wegen Mangels an Stellenuchenden befriedigt werden. In den meisten Fachabteilungen war das Vermittlungsgeschäft belebter als im Vormonat. Von 1589 Arbeitsuchenden im Baugewerbe erhielten 1197, davon 84 auswärts, Arbeit. Die Fachabteilung für Maler brachte von ihren 584 Arbeitsuchenden 306, davon 18 nach auswärts, und die der Steinseher von 111 Arbeitslosen 54 in Stelle; von 41 vorhandenen Dachdefern erhielten 16 Arbeit. Von 3049 männlichen und 484 weiblichen arbeitslosen Arbeitskräften der Metallindustrie wurden 937 bzw. 142 in Arbeit gebracht, 10 nahmen auswärts Stelle an. Für das Buchbindergewerbe wurden von 315 vorhandenen weiblichen Arbeitsuchenden 100 und von den 353 männlichen 62 angefordert. Die Abteilung für Schneider hatte 218 männliche und 167 weibliche Arbeitsuchende und vermittelte 64 Stellen, davon 13 nach auswärts, und 225 weibliche Arbeitskräfte. Von 105 erwerbslosen Schuhmachern wurden 31, davon 2 nach auswärts, in Stelle gebracht. Von 270 erwerbslosen Bäckern erhielten 22, 2 auswärts, Aushilfsarbeit. In der Abteilung für Fleischer wurden von 188 Erwerbslosen 17 in feste und 33 in Aushilfsstellen vermittelt, 4 erhielten auswärts Stelle. Die laufmännische Abteilung hatte 689 männliche und 502 weibliche Arbeitslose und vermittelte 181 männliche, davon 12 nach auswärts, und 200 weibliche, davon 2 nach auswärts; 25 bzw. 16 waren Aushilfen. Die Abteilung für Musiker vermittelte ihren Arbeitsuchenden 1815 Arbeitsangebote und die für das Gastwirtschaftsgewerbe 598 Aushilfs- und 50 feste Stellen. Die seit kurzem eingerichtete und mit einem Fachmann besetzte Abteilung für Wissenschaften beginnt sich zu entwickeln; eine stärkere Anspruchnahme der Abteilung, die sich für die Unterbringung der 54 männlichen und 28 weiblichen Erwerbslosen große Mühe gibt, ist sehr wünschenswert. Die Vermittlung für die Textilindustrie ist wesentlich abgesunken; männliche Arbeitskräfte wurden 17, weibliche 88 vermittelt. Die Abteilungen für ungelernete Arbeiter haben bessere Vermittlungsergebnisse als im Vormonat erzielen können. Die männliche Jugendabteilung konnte noch 90 Lehrstellen für Ostern beziehen. In der Sonderabteilung für Erwerbsbeschränkte schwoll die Zahl der Erwerbslosen weiter an; für 516 Arbeitsuchende konnten nur 37 Stellen beschafft werden.

Aufruf an die sozialistische Jugend Sachsen!

März — — Märzgedanken!

Vor 75 Jahren war es, als sich gleich einem Frühlingssturm das deutsche Volk erhob, um sich vom „königlichen“ Absolutismus zu befreien.

Das Proletariat und die Jugend an der Spieße lieg auf die Pariseraden und befeige mit seinem Blute die königlichen Gardes. Doch das Proletariat wurde um seine Verdienste betrogen. Der wachsende Kapitalismus umstürzte das Proletariat und wir, die Jugend, lebten doppelt unter dieser Dual. Da kam der Weltkrieg.

4½ Jahre lang zerstörten sich die Völker Europas, gejagt von der Kriegsfurie von Sieger- und Revanchegesellten.

Millionen von Deutschland allein reden ihre zerstörten, zerstörten Glieder aus den zerstampften und zertrümmerten Fluren Frankreichs, Russlands usw. Millionen sterben dem Hunger zum Opfer. Da machte das deutsche Volk dem Schreden ein Ende und die Revolution brachte abermals über die Lande. 26 Thronen hinwegreihend und dem Wahnsinn Krieg zunächst ein Halt gebietend. Doch die zu Tode gehegte Arbeiterschaft hielt ihre Stellung nicht und die Konterrevolution schlug mit ihren weißen Gardes blutig das Proletariat. Um die heutige Zeit, vor einem Jahre, wagte es die Bourgeoisie, im

Kapp-Putsch

ihre alte Macht wieder herzustellen. Noch einmal siegte das Proletariat, weil es zehn Tage lang so stemmlich einig war. Es war wiederum Arbeiterschlund in Strömen geslossen. Barricaden gebaut worden. Wir Jungen standen mit in den vordersten Reihen, und mancher unserer Freunde bezahlte sein Ideal mit seinem ach so jungen Leben.

Sozialistische Jugend heraus, unsre Toten rufen aus ihren Gräbern. Sie stehen zwischen uns, und wir rufen mit ihnen: Die Revolution ist nicht tot, sie lebt weiter fort!

Tiefe Trauer und unsagbarer Schmerz fordert uns auf zur Rache, seien wir gerüstet! Auf uns, die sozialistische revolutionäre Jugend, blickt die Zukunft!

Schaffen wir die Einheitsfront des Proletariats, mit welcher wir das Kapital, die Reaktion zerstören werden. Doch wird dieser Kampf nicht in einem nationalen Rahmen ausgefochten werden, denn im Weltkrieg bilden sich drohende Wetterwolken zusammen. Das Entente-Kapital läßt seine Militärmachine spielen und übermorgen schon kann sie uns bedrohen. Denken wir daran, der Kampf des Proletariats wird ein Kampf des Weltproletariats gegen das Weltkapital sein. Wir, die Jugend, wollen mit dabei sein und in den vordersten Reihen stehen. Nicht umsonst sei alles Blut unserer Genossen geslossen.

Die Märzgefallenen von 1848 und 1920 werden gerächt werden; die Wiener Internationale Arbeitsgemeinschaft der Tat marschiert!

Hoch lebe die Weltrevolution!

Die sozialistische, revolutionäre, internationale Jugend reicht sich die Hände!

Unser die Zukunft! Unser der Sieg!

Bezirksleitung der S. P. D. im Freistaat Sachsen.

„Die unabhängige Sonntagsromödie.“ Unter dieser Überschrift bringt der Rote Kurier am Dienstag einen Artikel über die Demonstration der Unabhängigen Sozialdemokratie. Der Artikelbeschreiber versucht in der kleinlichsten Weise die Kundgebung revolutionärer Arbeiter herabzuheben. Die unabhängige Demonstration auf dem Augustusplatz war gerade beendet, als der Zug der Kommunisten am Augustusplatz vorbeiging. Die unabhängigen Demonstranten sahen sich den Zug an, daraus macht der Rote Kurier: „Die unabhängige Komödie fand so ein plötzliches läufiges Ende.“ Weiter heißt es: die roten Schleifen an den grünen Kränzen erinnerten die Leipziger Arbeiter an den Verrat der USP. in den Märztagen.

Dabei waren die meisten der in Leipzig gefallenen Märzkämpfer Mitglieder der Unabhängigen Partei. Kommunistische Führer waren es, die sich in ihrer Angst im Kohlenkeller in der Augustusstraße versteckten!

Welch eine widerliche Methode, aus elendem Parteidankenzield eine revolutionäre Demonstration zu beschimpfen. Selbst ein alldämmiges Heftblatt vom Schlag der Leipziger Neuesten hat sich bisher noch nicht herausgenommen, in solcher Weise gegen eine revolutionäre Aktion zu schreiben.

Nebenbei wollen wir bemerken, daß die armeligen Schwierigen, die täglich die Unabhängigen begeifern, bis heute noch kein Wort berichtet haben über den gegen ihren eigenen Parteidankens Frach vor dem Leipziger Gericht verhandelten Mordprozeß; wie sie auch noch nicht ein Wort über den Prozeß des Märzkämpfers Jilmann berichtet haben. Wie lange werden sich die Arbeiter eine solch schändige Kampfweise noch gefallen lassen?

Die am 15. Februar fällig gewesene Reichseinkommensteuer ist zu zahlen. Das Stadtsteueramt schreibt: Die in der Bekanntmachung des Stadtsteueramts vom 1. März 1921 gefestigte achtjährige Frist zur Begleichung dieser Steuer ist abgelaufen.

Eine schriftliche Mahnung erfolgt nicht mehr. Reste werden ohne weiteres durch das Vollstreckungsamt eingezogen werden. Wer die Zwangsvollstreckung verhindern will, zahlte schleinigt an die Steuerbehörde die etwa in Rücksicht gesetzten Steuerabzüge.

Nicht rechtzeitig gezahlte Steuer ist mit 5 Prozent von der Fälligkeit an zu verzinsen.

Geldmünzskarten, wie sie jetzt zur Konfirmation als Postkarte oder im Umschlag in großer Anzahl verschickt werden, kosten, wenn das Wort „senden“ bzw. „lenden“ daraufgeschrieben wird, das als handschriftlicher Vermerk angesehen wird, nach einer unter Auschluss der Öffentlichkeit erschienenen Verfügung der Post volles Karten-, bzw. wenn im Umschlag verfaßt. Briefporto, gehen also nicht als Drucksache für 10 Pf. Der Empfänger muß 40 bzw. 60 Pf. Strafporto bezahlen, was sich bei einem einigermaßen größeren Bekanntkeitskreis, da die Verfügung noch sehr wenig bekannt ist, zu einer ganz netten Summe anhäuft.

Ein Stück Mittelalter bedeutet so vielen Müttern die Zukunft ihres Kindes vom ländlichen Aufenthalt oder, wie sonst, der Hinweis im Warteraum des Schularztes auf eine derartige Zurückweisung, nämlich die Zurückweisung der Kinder, die an Bettinaßen leiden. Mit Recht tritt Scholmer in der Zeitschrift für Schulgesundheitspflege gegen diese Mittelalterlichkeit auf. Es sollte doch praktisch möglich sein, auf diese Besonderheiten Rücksicht

zu nehmen. Gerade diese Kinder haben die Erholung meist besonders nötig, und die Zahl dieser Kinder ist, wie Scholmer sagt, größer, als man im allgemeinen annimmt.

Jugendbüch. Der amerikanische Schutz der jugendlichen Arbeiter ist nicht sehr groß. Dennoch leisten manche Staaten der nordamerikanischen Union einiges. So besteht, wie die amerikanische Vereinigung für Arbeiterschutz mitteilt, in mehreren Staaten ein gesundheitlicher Überwachungsdiensst für die in Fabriken, hier und da auch für die im Handelsgewerbe tätigen Jugendlichen. In Kontakte ist die Beschäftigung Jugendlicher von einem ärztlichen Beurteilung abhängig gemacht, das nicht nur die allgemeine Tauglichkeit, sondern auch die besondere Tauglichkeit für die bestimmte Arbeit zu bestätigen hat. In New York werden die jugendlichen Arbeiter periodisch untersucht.

Vom Dividendenzegy in Leipzig. Die Moritz Preischer Nachf. Aktien-Gesellschaft in Leuchten hat einen Gesamtgewinn von 2630 171 M. (i. B. 566 928 M.) erzielt. Zu Aufschreibungen dienen nach dem Gewinnbericht 47 0027 (102 077) M., während einem Werkerhaltungskonto 500 000 (0) M. überwiesen werden, so dass ein Reingewinn von 600 302 (163 572) M. verbleibt. Hierzu sollen 15 (i. B. 12) Prozent Dividende und 15 (0) Prozent Sondervergütung auf das auf 1,5 (1) Millionen Mark erhöhte Aktienkapital verteilt werden, während für Gratifikationen an Arbeiter und Angestellte 50 000 (5000) M. verwendet werden und 61 863 (18 011) M. auf neue Rechnung kommen.

Es ist also ein sehr reicher Gewinn zu verzeichnen gewesen, das beweist nicht nur die Dividendenauschüttung, sondern auch die Rückstellung eines Kontos von einer halben Million Mark!! Den Arbeitern dagegen werden — als Gratifikationen — ganze 50 000 M. überwiesen. So „teilt“ der Kapitalismus.

Julius Busch eröffnet seine Vorstellung in der Alberthalle Mittwoch abend 7½ Uhr, worauf wir unsere Leser auch hierdurch noch besonders ausmerksam machen.

Allgemeines Arbeiterbildung-Institut. Die für den ersten Feiertag angelehrte Aufführung: 1913 findet nicht statt, an dessen Stelle wird Der kategorische Imperativ. Lustspiel von Bauernfeld, gegeben. Die Aufführungen von Paganini am 20. März (Karten hierzu Buchhandlungsfiliale Volkshaus) und 28. März finden statt.

Sozialistischer Redes und Vesperabend: Morgen, pünktlich 1,8 Uhr abends, Vortrag der Genossen Graf über: Die Entwicklung des Staates in Australien. Voral: Speisesaal der Volksschule.

Arbeiter-Esperanto-Gruppe, Leipzig, Donnerstag, den 17. März, im Volkshaus, Sonnabend, den 19. März, im Rest. Wilhelmshöhe, Martinstraße, abends 7 Uhr: Sektion Osten.

Bogestimmen. Das Naturkundliche Heimatmuseum (Tröndlinring 1, Gewerbeausstellung) veranstaltet am Sonntagvormittag zwei Führungen zum Studium der Bogestimmen in den südlichen und in den nordwestlichen Auenwald (Führer M. Kirchner und P. Eissert). Die Einzelführungen liegen Freitag 3 bis 9 Uhr und Sonnabend 8 bis 1 Uhr im Museum aus. Am Freitagabend 18 Uhr erfolgt eine vorbereitende Besprechung der Vortragsjäger und -räuber im Ausstellungszimmer des Museums. Teilnahme an den Führungen frei.

Veranstaltungen der Arbeiterturns- und Sportvereine.

Ostern 1921 findet in Jena der 17. Verbandstag des Arbeiter-Wasserpolo-Bundes statt. Aus dem zur Beratung stehenden Material heben sich zwei Punkte besonders hervor: die Diplomfrage und die Frage der Leistungsklassen. Beide sind Fragen grundähnlicher Natur, und fordern die Anpassung an die bürgerliche Sportbewegung. Vertreten werden die Forderungen durch Berlin und Süddeutschland, bekämpft von den rheinischen, norddeutschen und sächsischen Vereinen. Körperfikur oder Bensport? Welche Lösung ist nun für das Proletariat die richtige? Der Arbeiter-Schwimmverein Leipzig vertreibt die Ansicht, dass der gesamte Arbeiter-Sport als eine Kulturaufgabe zu betrachten ist, zu lösen an einem Volke, das durch lange Kriegsjahre körperlich und moralisch zerstört ist. Vor dem Kriege verstanden es die Führer der bürgerlichen Sportbewegung ausgezeichnet, diese dem militärischen Deutschland dienstbar zu machen. Sport war bei ihnen militärische Vorbereitung. Nationalistischer Propaganda für ein Deutschland, Deutschland über alles begegnete man überall. Heute kämpfen die sozialistischen Parteien mehr denn je um eine neue Gesellschaftsordnung. Ist es da nicht Pflicht aller Arbeiter-Sportler, dahingehend zu wirken, dass mit der bürgerlichen Sportausstattung gebrochen wird? In den Sportvereinen betätigt sich hauptsächlich die Jugend, ob diese nun im Sinne der bürgerlichen Sportbewegung zu ungesunden Ehrgeiz und Egoismus angepoart wird, oder ob sie im sozialistischen Sinne zu gemeinschaftlichen Leistungen im Rahmen eines großen Ganzen angehalten wird, das sind Fragen von so grundlegender Bedeutung für die Arbeiter-Sportler, dass man auf die Entscheidung des Verbandstages gespannt sein darf.

Kohlenausgabe für Erwerbslose!

Besteller, die Gutscheine in Händen haben, müssen die Briefkette wie folgt abholen:

Sonnabend, den 19. März, von 9 bis 4 Uhr: Bayerischer Bahnhof (Maz & Co., Löhninger Straße); Plagwitz (Maz & Co., Elisabethallee); Eisenburger Bahnhof (Maz & Co., Rosslastrasse). Montag, den 21. März, Freiladebahnhof Guttau (Werner, Gleis 21).

Die Neuankündigungen haben nicht auf den Ausgabestellen, sondern in der Geschäftsstelle Gerberstraße 3, Hof, Zimmer 2 zu erfolgen. Der Preis für die neue Belieferung ist 11,00 M. pro Zentner. Gutscheine für noch freigegebene Briefkette sind sofort einzulösen.

Der Arbeitslosenrat.

Lebensmittelkalender für Donnerstag, den 17. März.

Für Haushaltungen.

Ausgabe. Schweinefleisch (hieselige Schlachtung) an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene auf die vom Ortsamt für Kriegsfürsorge ausgestellten roten, grünen, gelben, grauen, brauen, blauen und weißen Bezugspunkten auf dem Schlachthof, Schauamt II, 9–3 Uhr: Ruckstube M–Q. Pfund 10,70 M. Es erhalten ein bis zwei Köpfe ein Pfund, drei bis fünf Köpfe zwei Pfund, sechs und mehr Köpfe drei Pfund.

Für Händler.

Auslandzucker: Bezugskartenentnahmen: Kleinhändler an Großhändler.

Nährmittel für Kleinkinder und Schwangere: Bezugskartenentnahmen.

Polizeinachrichten.

Warnung vor einem Spieghuben. In den letzten Tagen ist in mehreren kleinen Städten in der Nähe Leipzig ein Mann aufgetreten, der Schnittwarengeschäfte ausgelöscht und sich als Intendanturbeamter oder als Beauftragter eines Gefangenendepots ausgegeben hat. Er hat sich dort alle möglichen Stoffe und andere Waren, die er angeblich für ein Gefangenelager einkaufen sollte, vorlegen lassen und dann unter irgendeinem Vorwande verstanden, die Geschäftsinhaber bezw. Verkäufer zu bewegen, sich für kurze Zeit aus dem Geschäftsstofl zu entfernen. Während dieser Zeit ist der Gauner dann unter Mitnahme von Waren, die ihm schließlich erreichbar waren, verschwunden. So sind ihm in Taucha ein Stück rot- und weißfarbener Blumenstoff, in Eilenburg eine Rolle roter Infettstoff und in Wurzen 17 Meter schwarzer Stoff in die Hände gefallen. Für seine Diebereien scheint er kleinere Städte zu bevorzugen, doch ist es nicht ausgeschlossen, dass er ähnliche Gaunereien auch in Leipzig versuchen wird. Es wird deshalb vor ihm gewarnt. Bei seinem Auftreten veranlassen man keine Geisnahrme.

Der Täter wird beschrieben als ungefähr 30 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, bartlos und bekleidet u. a. mit hellgrauer Peleiner.

Verlechter gesucht! Am Silvesterabend v. J. vormittags gegen 11 Uhr, ist in der Richard-Wagner-Straße, in der Nähe des Park-Hotels, ein ungefähr 12 Jahre alter Schüler, der auf einem Fahrrad fuhr, von einem großen Jagdbund angelitten und ungerissen worden und hat wahrscheinlich dabei Verletzungen erlitten, denn er hat nach Zeugenaussagen über heftige Kopfschmerzen geklagt, der Knabe hat sich dann aber entfernt, bevor seine Personalkräfte festgestellt worden sind. Da weitere polizeiliche Ermittlungen notwendig sind, sollte sich der Knabe umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache melden.

Schändung städtischer Nutzungen! Vor einer in den Anlagen vor der Russischen Kirche stehenden Blechgruppe sind in einer der letzten Nächte eine große Anzahl Zweite- und drittklassigen und gehoben worden. Die Zweite werden wahrscheinlich dabei Verletzungen erlitten, denn er hat nach Zeugenaussagen über heftige Kopfschmerzen geklagt, der Knabe hat sich dann aber entfernt, bevor seine Personalkräfte festgestellt worden sind. Da weitere polizeiliche Ermittlungen notwendig sind, sollte sich der Knabe umgehend bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache melden.

Unfälle! Von einem Personenstraßenwagen umgerissen und überfahren wurde am 11. d. M. nachmittags gegen 2 Uhr an der Ecke des Johanniskirchplatzes und der Holzmarktstraße eine 24-jährige, in der Holzmarktstraße wohnende Arbeiterin. Das Auto fuhr ihr über leichter Unterhose hinweg, doch können ihre Verletzungen nur leichter Natur gewesen sein, da sie sich ohne fremde Hilfe in ihre Wohnung begeben konnte. — Ueberfahren von einem Kraftwagen wurde an demselben Tage gegen 14 Uhr nachmittags an der Ecke der Teubner- und Holzmarktstraße ein in der Karolastraße wohnender Marktkaufmann. Er wurde am rechten Oberarm leicht verletzt und nach der in der Nähe befindlichen Sanitätswache gebracht. Ob fremdes Verschulden vorliegt, wird die in beiden Fällen eingeleitete Untersuchung ergeben.

Geschädigte gesucht! Bei der Kriminalabteilung befindet sich ein junger mehrmals wegen Totschlags bestrafter Arbeiter von hier in Haft, in dessen Besitz eine große Anzahl lederne Briefhüllen, Herren- und Damen-Vortemonnaies, wertvolle Schmuckgegenstände sowie eine sehr kostbare silberne ungesetzliche Damenhandschuh, 20×20 cm groß, mit Kettenhenkel und runden ziselierten Bildern, in dessen Mitte auf einer Seite das Monogramm "F. W." eingraviert ist, gefunden wurden. Die Eigentümer haben sich bis jetzt nicht ermitteln lassen. Sie werden gebeten, sich sofort bei der Kriminalabteilung zu melden.

Aus der Umgebung.

Baunsdorf. In den Verhandlungen über die Forderungen der Erwerbslosen wird uns noch mitgeteilt: Der Erwerbslosenrat fordert in einer Eingabe aus Gemeindemittel eine laufende Notstands zusatzsumme von 2 M. täglich, rückwärts ab 25. 11. 20, den Unterschiedsbetrag zwischen Kran tengeld und vollem Erwerbslosenunterstützung, eine Aufwandsentschädigung von 10 und 2,20 M. Jahrgeld, fürt den Vorsitzenden des Erwerbslosenrates, eine solche von je 15 M. für zwei Delegierte zum Kreistag zu bewilligen. Diese Forderungen waren die Ursache des Aufmarsches des gesamten Ortsvereins der USP. nebst Anhänger aus der Umgegend. Nur einige Arbeitslose waren da. Genosse Hickmann für die USP-Faktion beantragte, die Aufwandsentschädigungen und den Unterschiedsbetrag zu bewilligen, die Zahlung der Notstands zusatzsumme aus Gemeindemitteln aber abzulehnen. Der Gemeinderat möge beklagen: Die Forderung der Arbeitslosen betrifft Notstands zusatzsumme ist voll berechtigt; es darf nichts untersucht gelassen werden, diese Forderung bei den Behörden mit Nachdruck zu vertreten und vom Staat eine Summe zu diesem Zweck zu erwirken. Inwieweit die Gemeinde den Arbeitslosen helfen könne, muss erst der Finanzausschuss prüfen, da Untersagen seitens der Verwaltung fehlen. Die Gemeinde hat bisher außer 48 500 M. Unterstützung schon ganz erhebliche Summen zur Verbesserung von Kätoffeln, Kohlen und Hülsenfrüchten für Arbeitslose aufgebracht. Der Neukommunist G. als Vertreter der kommunistischen Taktik im Gemeinderat beantragte Annahme der Forderungen, trotz Kenntnis der Finanznot, Fehlens jeder Unterlage und trotz der in Aussicht gestellten Beratung im Finanzausschuss. Er glaubte auch nicht, dass die gesamte USP die Forderungen nicht annehmen. Wie der Exkribende an einem Strohalm, klammerte er sich an eine zufällig genannte Summe. Ihm wurde vom Genossen Krieg und Viehweger entgegnet, dass es eine Unverantwortlichkeit und Stimmgewicht sei, zu sagen, die USP schneide die Forderung überhaupt ab. Als verantwortliche Mehrheit müssen wir jedoch die Ausführbarkeit eines Beschlusses prüfen. Der Ausschuss müsse und werde auch einen Weg der Hilfe finden. Sehe man unsre Einwände nicht ein, so sei der Zweck der Übung klar, man wolle Agitationstross sammeln. Selbst der theatralische Auszug des gesamten USP. mache keinen Eindruck auf uns. Wir lennen unsre Pflicht als Arbeitervertreter und Sozialisten. Das war das Zeichen für die Regie, einzuhaken. Für die kommunistischen Zuhörer war jetzt der Augenblick gekommen, „mitzuwirken“. Ein einstimmiges Geheue steht ein. Ein weiterer Redner wurde auf eine Bemerkung hin als Hanswurst bezeichnet und mit Zitzen „So stinks aus“ bedacht usw. Kurz und gut, als die Sachkenntnis den kommunistischen Vertreter im Sitze ließ, griff man zu stärkeren Mitteln. Man muß ja um jeden Preis „Opposition“ spielen und findet da am ehesten willkürliche Helfer bei denen, die politisch von jeher rückständig waren. Die kommunistischen Schreier könnten für sich das Recht in Anspruch zu nehmen, öffentlich Gesicht über unsre Gruppen zu halten, denen das Gemeinwohl über das eigene geht. Der Gemeinderat beschloss gegen zwei Stimmen mehr den Anträgen der USP.

Taucha. Am Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet auf dem Friedhof eine Gedächtnisfeier zu Ehren der Märtyrersassinen verbunden mit der Einwidmung des Grabes unseres lieben Opfers statt. Die Arbeiterstadt von Taucha und Umgegend wird aufgefordert, sich hieran recht zahlreich zu beteiligen.

Der Arbeitsbildungsausschuss Taucha.

bz. Bensheim. Die Verwaltung des Altertums Brands hat am 28. Februar von der Arbeiterstadt des Gutes verlangt, am 1. März die bisherige achtfündige Arbeitszeit aufzuheben und dasselbe neun Stunden täglich zu arbeiten. Die Arbeiterstadt des Betriebes lehnte aber dieses freundliche Angebot ab und ließ der Verwaltung die Ablehnung durch den Betriebsrat mitteilen. Rechtlich begründet war dieses Ablehnen seitens der Arbeiterstadt, weil ein Betriebskongress beschlossen hat, den Achtfünfundsechzigstunden zu beziehen, das Verlangen der einzelnen Gutsverwaltungen nach der neuen oder zehnfündigen Tagesarbeit nur gegen einen Überstundenzuschlag von 100 Prozent zu leisten. Da nun die Gutsverwaltung von Brands nicht daran denkt, diese 100 Prozent zu zahlen, hält es natürlich auch die Arbeiterstadt nicht für nötig länger als acht Tagesstunden für diese nach Mehrarbeit verlängerte Gutsverwaltung sich zu binden. Die Standhaftigkeit der Teilnehmer dieses Betriebes scheint nun den Inspektoren des Gutes, Herrn Bauchhaupt, ganz aus dem Häuschen gebracht zu haben. Er hat erklärt: Ich will doch einmal sehen, ob ich nichts mehr zu sagen habe! — Schnellig von dem autoritätsgläubigen Herrn Inspektor — Flugs ist er hingegangen und hat einige Schulkinder für Gutsarbeiten eingestellt, natürlich ohne vorher den Betriebsrat zu unterrichten. Diese Maßnahme des Herrn Inspektors rüst uns ein kleines Vokabular vom Herbst 1920 ins Gedächtnis. Es gab da einige junge Leute im Dritte, welche schon längere Zeit arbeitslos waren. In der Annahme, die Gutsverwaltung könnte im Herbst noch sehr gute junge Leute beschäftigen, wurde einer dieser Arbeitslosen, 15 Jahre alt, vom Arbeitsnachweis an das Altertum verweisen, und zwar in der ganz bestimm-

ten Voraussetzung, dass er Beschäftigung erhalten würde. Der Erwerbslosenfürsorgeausschuss und der Arbeitsnachweis hatten sich aber verrechnet. Der Herr Inspektor sandt den jungen Mann zu schwach! Jetzt aber können 12- bis 14-jährige Schulkinder nach Ansicht des Herrn Inspektors mit Pferden und so weiter arbeiten. Es liegt System in dieser Handlungswelt; denn für Schulkinder hat man noch keine Taxe geschaffen und darf in dieser Hinsicht auch keine schaffen, aber für junge Burgen besteht ein Tarif und hat insgesamt auch die Entlohnung danach zu erfolgen. Kindern hingegen zahlt man nach Belieben. Wir erwarten von allen Arbeitern, welche Kinder haben und aus irgendwelchen Anlass das Verlangen an die Eltern stellen, auf dem Gute zu arbeiten, den Kindern die Arbeit zu untersagen. Diejenigen Eltern aber, deren Kinder bereits dort arbeiten, möchten wir um Solidarität ersuchen, indem sie die Kinder dem gewünschten Gutsoptektor entziehen.

Arbeiter, Kollegen! Nehmt Solidarität! Unterstützt die Gutsarbeiter in ihrem schweren Kampf!

Beuth. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Beginn des Kursus: Die gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit. Lehrer: Dr. Erkes. Dauer 8 Abende. Teilnehmerkosten zum Preise von 2 Mark und am Eingang der Schulaula noch zu haben. — Arbeitslose Genossen haben gegen Vorzeigen der Partei- und Arbeitslosenlegitimation freien Betritt.

p. Schleiden. Stadtverordnetensitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt die bürgerliche Fraktion, die Aussprache über die Bürgermeisterwahl in nichtöffentlicher Sitzung stattfinden zu lassen. Unsere Genossen stimmen dagegen mit der Begründung, dass die Aussprache die Öffentlichkeit nicht zu schaden habe. Und dies hat sich auch als richtig erwiesen. Die Aussprache war lebhaft. Die Bürgerlichkeit ließ alle Münzen springen, um die Wahl zu verhindern. Die Bürgerlichkeit ließ alle Münzen springen, um die Wahl zu verhindern. War doch der zu wählende Kandidat Angehöriger der USP. Sie schoben aber vorsichtigerweise sein Alter in den Vordergrund und erklärten, dass der zu Wählende eine verbrauchte Kraft sei. Die beiden übrigen zur engeren Wahl gestellten Bewerber sind schon beide in anderen Orten als Bürgermeister gewählt. Der einzige Ueberbleibende, Bürgermeister Balzle, Eichwalde bei Berlin, erhielt 13 Stimmen. 11 Jettel stellten eine Wahl abgegeben worden. Außer den Bürgerlichen haben auch die Kommunisten welche Jettel abgegeben. Nach der Wahl verließen die Bürgerlichen demonstrativ den Sitzungssaal. Nur zwei Herren blieben anwesend. Sie unterließen die Vollziehung der Unterschrift in das Eiserne Buch. — Die städtischen Körperschaften haben einstimmig dem Lehrer Apel für die mehrjährige mühselige künstlerische Leistung den Dank ausgesprochen. — Beschluss wurde die Einziehung des sogenannten Totentanzes. Hierbei leistete sich der Herr Thiele eine Tollfrosigkeit, indem er die Anlieger des Schießgrabens indirekt des Diebstahls verdächtigte. Der Saal im Bahnhofshotel wird durch Umbau und Anbau einer neuen Bühne vergrößert. Die entstehenden Kosten wurden bewilligt. Die Ausschachtungs- und Maurerarbeiten beim Bau des städtischen Neihenwohnhauses werden in eigener Regie ausgeführt. Die Steuerordnung über die Besteuerung des steuerfreien Einkommens wurde an den Magistrat zurückgewiesen mit der Begründung, die Grenze des steuerbaren Einkommens bei ledigen Personen auf 15000 M. und bei kinderlosen Verheiraten auf 20000 M. festzulegen zu wollen. Bei Verheiraten mit Kindern steigt sich die Grenze bis 28000 M.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtag.

Der Landtag soll am Freitag auf zwei und eine halbe Woche in die Ferien gehen. Da vorher neben einer Reihe dringender Vorlagen noch der Nachtragsetat erledigt werden muss, werden die Sitzungen in dieser Woche wieder sehr umfangreiche Tagesordnungen aufzuweisen, die, wie üblich, im Galopptempo erledigt werden. Geklungen wurden einige kleinere Vorlagen verabschiedet. Von grundähnlicher Bedeutung waren davon der Entwurf über die Errichtung eines Rücklagenfonds für die Landwirtschaftsbehörde des Wirtschaftsministeriums und eine Vorlage über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer. Bei dem ersten Entwurf machten die bürgerlichen Vertreter wieder ihre Bedenken geltend. Sie wittern in der Bewirtschaftung einiger Güter durch das Ministerium schon so etwas wie Sozialisierung; das stimmt die Vertreter des Privateigentums immer trübs. Die Vorlage ist lediglich die Konsequenz eines früheren Beschlusses der Volksammer. Und da die Bewirtschaftung bald eingerichtet und an den Dingen nichts mehr zu ändern ist, begnügten sich die bürgerlichen Redner denn auch mit der Warnung vor weiteren detestigen Experimenten.

Die Vorlage der Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer ist nur eine notwendige Folge des in der Reichsverfassung ausgesprochenen Grundzuges der Trennung zwischen Kirche und Staat. Sie hebt den jetzt von der Kirche ausgebüllten Zwang auf und stellt es in das Ermeisen des Lehrers, sich vertraglich zu kirchlichen Handlungen zu verpflichten. Voraussetzung ist dabei, dass der Schuldienst in seiner Weise beeinträchtigt wird. Der Entwurf wurde dem Rechtsausschuss zur Weiterberatung überwiesen.

Einen breiten Raum nahm in den Verhandlungen die Befreiung über eine Eingabe der Wiedergenossenschaft Mohorn in Melthen ein. Die Genossenschaft stellte Entschädigungsansprüche an die Regierung, weil auf der Mohornwiese eine Schule ausgebaut war, der eine Anzahl Tiere zum Opfer gefallen sind. Die Regierung hatte, obwohl sie keine Verpflichtung anerkannte, ein Angebot gemacht, das der Genossenschafts nicht genügte. Eine Eingabe an den Landtag hatte nur den Erfolg, dass der Prüfungsausschuss beschloß, die Angelegenheit der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Gegen diesen Beschluss hatten die Interessenten Protest erhoben, und Herr Donath mithilfe sich gestern in einer langen, zum größten Teil unverständlichen Rede ab, dass der Landtag die Pflicht habe, den Geschädigten 400 000 M. zu überwölben. Ein entsprechender Antrag wurde nach längerer Aussprache abgelehnt. Es bleibt bei dem Entschied des Ausschusses.

Das Designt in der Stadthalle.

Kirche angehören, eine besondere Zeit für die Gestaltung festzulegen, unverhältnismäßig hohe Gebühren für die Gestaltung dieser Personen zu fordern und zu drohen, daß Dissidenten nicht auf den kirchlichen Friedhöfen bestattet werden können.

Der Elster-Saale-Kanal.

Die sächsische Regierung hat dem Landtag die v. aus schon vor mehreren Wochen angekündigte Deutschtat über den Bau des Elster-Saale-Kanals gegeben lassen. Es wird darin eingehend die Entwicklung der Kanalstrasse und die Abmachungen mit den übrigen deutschen Regierungen geschildert. Es ist eine neue Planung ausgearbeitet worden, die von der Saale bis zum Elster-Hafen eine Länge von 19,2 Kilometer hat, also kürzer ist als die früheren Planungen. Die Leistungsfähigkeit der vorgesehenen Einschleusen und damit des Kanals beträgt jährlich mehr als 5 Millionen Tonnen und bietet die Gewähr, daß die Schleusentreppe für absehbare Zeit dem Verkehr genügen wird. Anfang wird auf einen Verkehr von jährlich 1,5 Millionen Tonnen gezeichnet. Der Bau des Kanals erfordert 14 Brücken, darunter 3 Überführungen von Hauptstraßen und eine Eisenbahnbrücke. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch durch Schleusungen wird auf rund 64 500 Kubikmeter geschätzt. Diese Wassermenge kann dem Kanal durch den bereits bestehenden Karl-Heine-Kanal aus der Elster zugeführt werden. Die Kosten des Kanals belaufen sich einschließlich der Hafenanlagen auf 22 Millionen Goldmark, mithin auf etwa 300 Millionen Papiermark. In den Baukosten ist der Aufwand für den Landverkehr mit enthalten. Es soll mehr Land als unbedingt nötig erworben werden, um Privatspekulationen zu verhindern und den Staat an der Wertsteigerung des Grund und Bodens teilnehmen zu lassen. Der Aufwand hierfür wird auf rund 3 Millionen Mark geschätzt. Wegen etwas nötiger Entstehung dieses Landes bleibt die Vorlage eines besonderen Gesetzes vorbehalten. Die jährlichen Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltskosten des Hafens einschließlich Verzinsung und Tilgung des Baukapitals des Hafens werden auf 302 500 Goldmark geschätzt. Die Kanalabgaben sollen so bemessen werden, daß eine hängende Verzinsung der Baukosten einschließlich Tilgung erreicht wird. Der Haushaltsaufschuss des sächsischen Landtags hat bereits die ersten 2 Millionen Mark für die Vorarbeiten des Kanals bewilligt.

Ein Fabrikant, der Maschinen stiehlt und nach dem Ausland verkauft!

Das Oberlandesgericht Dresden hatte sich mit folgendem Fall zu beschäftigen: Der Kartonagenfabrikant R. hatte von dem Fabrikanten Leonhardt in Dresden einen Raum ermisst und darin vier Maschinen aufgestellt. Als er auf einige Zeit vertreten mußte, übertrug er dem Vermieter den Schlüssel zur Aufbewahrung. Dieses Vertrauen hat L. in kaum glaublicher Weise missbraucht, indem er die sämtlichen vier Maschinen nach dem Ausland verkauft. Es handelt sich um zwei Stopfmaschinen, die er für 100 000 M. verkaufte, und um zwei Hülsenmaschinen, für die er 30 000 M. bekam. Als die Tat entdeckt wurde, hatte der saubere Patron die 100 000 M. bereits für sich verbraucht, während ihm die 30 000 M. abgenommen werden konnten. Das Schöffengericht hatte nur Unterschlagung angenommen und auf zwei Tage Gefängnis erkannt. In der Berufungsinstanz wurde L. dann wegen Diebstahls zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach dem Sachverständigengutachten sollte der Angeklagte unter dem Schutz von § 51 des Strafgesetzbuchs gehandelt haben; die dafür angeführten Gründe haben das Landgericht jedoch nicht überzeugt, da L. ein Verhalten an den Tag gelegt hatte, aus dem sich ergab, daß er feineswegs unrechtmäßig ist und es auch nicht bei Begehung der Tat gewesen ist. Von einer Überrumpfung des Angeklagten durch die ausländischen Aufseher könne keine Rede sein, vielmehr habe vorher L. mit seiner Frau über den geplanten Diebstahl gesprochen. Die Revision des Angeklagten wurde vom Oberlandesgericht kostenpflichtig verworfen.

Das Hochschulstudium des Volkschullehrer

war Gegenstand einer Besprechung, die in Gegenwart eines Vertreters des Finanzministeriums und unter Teilnahme von Lehrern aller Schulen bis zur Universität im Unterrichtsministerium stattfand. Als Grundlage für die fünfjährige Volkschullehrerbildung in Sachsen wurden von der philosophischen Fakultät Leipzig folgende Vorschläge unterbreitet: 1. Das Universitätsstudium der Volkschullehrer dauert mindestens sechs Semester und umfaßt als Wissenschaften Pädagogik, Philosophie, Staatswissenschaften. 2. So steht den fünfjährigen Volkschullehrern frei, neben diesen fächern noch ein besonderes Fachstudium zu ergriffen, was die Studiendauer um 2 Semester verlängert. 3. Die Prüfung in diesem Wahlfach ist nach Maßgabe der Bildungsordnung, die mit diesen Fachstudien verfolgt werden, in einer besonderen Prüfungsordnung festzulegen. 4. Die praktische Ausbildung der Volkschullehrer wird einem selbständigen neben der Universität stehenden pädagogischen Institut übertragen, das unter der Leitung eines persönlich verantwortlichen Direktors steht und dem ein Dozentenbeirat beigegeben wird. Der anwesende Vertreter des Finanzministeriums wies auf die finanziellen Schwierigkeiten hin. Die Einzeländer seien nicht imstande, die Kosten zu tragen; es müsse versucht werden, sie auf das Reich abzuwälzen; denn die Regelung der Lehrerbildung sei eine Forderung der Reichsverfassung. Entscheidende Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reiche seien im Klusse. Bevor dies nicht zu Ende geführt sei, könnten die Einzelstaaten Endgültiges nicht beschließen.

Schleitau. Auf der Staatsstraße Schleitau-Schwarzenberg ereignete sich ein Autounfall, bei dem der Vermessungstechniker Krahn aus Scheibenbergs seinen Tod fand.

Chemnitz. An den Wahlen zur Zentralratsversammlung der Volksschulen nahmen von 378 stimmberechtigten Eltern und 244 Lehrern 255 Eltern und 204 Lehrer teil. 5 Wahlzettel waren aufgestellt. Die Bürgerlichen erhalten 111, die Mehrheitssozialisten 207, die Kommunisten 33, der Chemnitzer Lehrerverein 190, die Grüne Kreisbund (Lehrergruppe) 71 Stimmen; demnach erhalten die Sozialdemokraten 9, die Bürgerlichen 5, die Kommunisten 1 Eltern, der Chemnitzer Lehrerverein 2 und Gruppe Kreisbund 1 Lehrer. — Der Rat der Stadt beschloß, bei der Alarmanlage in Helmersdorf Arbeitserwohnhäuser mit insgesamt 18 Wohnungen zu errichten; die Herstellungskosten betragen 1 322 000 Mark.

Klaustau. Einer bissigen Säckereikonfessionstrafe an der Krausenstraße wurden in der Sonnacht für etwa 12 000 Mark Hemdenstoffe und andere Waren gestohlen. — Der bissige Kriminalpolizei gelang es, zwei seit Monaten im Lande herumtreibende Überzieherdiebe, einen Handlungsbünden aus Pirna und einem Goldkümmel aus Bayern, festzunehmen.

Iwitschau. Vor einem Straßenbahnwagen schwanden die Pferde eines Militärlastwagens, wobei durch letzteren ein 70-jähriger Mann überfahren und getötet wurde. — In Blankenburg wurde längst ein schwerer Straftatzeug ausgeschaltet. Die Spur der Täter führte nach Iwitschau. Hier sind nun zwei der Räuber festgenommen worden.

Kranenberg. Bei der Wahl zum Elternrat für die Volks- und Fortbildungsschule wurden für die Liste der kirchlich gesetzten Vertreter und des Bürgerrates 489, für die Liste des Gewerkschaftsrates 420 Stimmen abgegeben. beide Listen erhalten je vier Stimmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein kommunistisches Urteil über die Tätigkeit der Betriebsräte.

Das erste Jahr der Tätigkeit der Betriebsräte ist zu Ende gegangen. Die Erwartungen über die Erfolge, die erzielt werden konnten, durften nicht allzu hoch geschaubar werden, weil es den Vertretern der Arbeiterschaft bei Schaffung des Gesetzes nicht gelungen war, dem Regierungsentwurf den reaktionären Charakter zu nehmen. Das Betriebsordengesetz, das der Arbeiterschaft ge-

boten wurde, bedeutet nicht viel mehr, als eine Fortführung der bereits bestehenden Angestellten- und Arbeiterausschüsse.

Von Anfang an war sich jeder klassenbewußte Arbeiter klar darüber, daß weitergehende Rechte zur Durchführung der Produktionskontrolle erst erkämpft werden müssten und nur in diesem Bewußtsein wurde die Arbeit aufgenommen. Ganz unbegreiflich und jeder Objektivität hat ist deshalb ein in Nr. 27 des Roten Kurier über die Tätigkeit der Betriebsräte gefalltes Urteil. Es heißt da: „Was haben die ersten, geleglichen Betriebsräte im großen und ganzen geleistet? Es wird wahrscheinlich keinen Arbeiter geben, der Ihnen dafür ein Loblied singen wird.“ Unter der Obhut der Gewerkschaftsbürokratie haben sich die meisten Betriebsräte in dem verlorenen Jahre ihrer Tätigkeit tatsächlich in Betriebsräten entwöhnt, wie sie das Betriebsrätegebot dem Unternehmertum verordnet hat. Stattdessen durchbrechen des BAG, im Interesse der Arbeiter haben sich die meisten zu Hütern des entsprechenden Profitinteresses der Unternehmer gemacht.

Oft haben sie mitgeholten, wenn der Unternehmer unbedeute Hecker aus dem Betrieb entfernen wollte, oft haben sie, statt es auf den Kampf ankommen zu lassen, Bestimmungen unterschrieben, die die Freiheitlichkeit der Betriebsräte einschränken und ihre Ausbeutung durch die Unternehmer erhöhen.

Nicht selten sind der Vorstand des Betriebsrates die vom Unternehmer meistgeliebten Leute, statt, wie es bei einem Betriebsrat, der wirklich die Interessen seiner Wähler vertreibt, sein mühte, der vom Unternehmer bestehende Mann im Betrieb zu sein.“

Ein solches Urteil, ganz allgemein über die Tätigkeit der Betriebsräte zu stellen, ist eine unverantwortliche Herausforderung derselben, es zeigt aber auch, wie verständnislos der Artikelsetzender der praktischen Arbeit gegenübersteht. Die Gewerkschaften erkannten sofort die ihnen zufallenden wichtigsten Aufgaben: die Zusammenfassung und notwendige Schulung der Betriebsräte, um so zu brauchbaren Kampforganen für die Durchführung der Produktionskontrolle und die Übernahme der Produktion auszubilden.

Doch in dieser Beziehung erfolgreich gearbeitet wurde, dafür zeugt der Verlauf des ersten Betriebsrätekongresses. Kommunistisch freilich wird diese wirkungsvolle Organisationsarbeit als Obhut der verhöhlten Gewerkschaftsbürokratie bezeichnet.

Die Trennungswirkung, die von der Münzgasse in Berlin aus beobachtet wurde, lag vielleicht mehr in ihrem Sinne. Aber auch die

notwendige Kleinarbeit im Interesse der Arbeiterschaft wurde aufs eiste gerichtet.

Welche Fülle von Arbeit gab es für die Betriebsräte für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bewältigen. Was für aufreibende Kämpfe mußten dabei geführt werden. Die anhaltende wirtschaftliche Krise nahm die Unternehmer sehr oft zum Anlaß, Betriebsstilllegungen, Einschränkungen oder Arbeitseinfassungen vorzunehmen. Auch hiergegen führten die Betriebsräte den härtesten und oft auch erfolgreichen Kampf. Wer eine solche Tätigkeit kurzweg als im Interesse des kapitalistischen Proletariats bezeichnet, ist unfähig, objektiv zu urteilen. Geradezu unverständlich ist die Behauptung, daß die Betriebsräte nicht selten die besten Freunde der Unternehmer gewesen seien. Wie oft wurden die Betriebsräte gemacht regeln wegen der energischen Interessenvertretung der Belegschaft. Jedenmal lieber bezahlen oft die Unternehmer bei Entlassung die im Gesetz vorgesehene Entschädigung, nur um ein längeres Verbleiben des Betriebsrates im Betriebe abzuwehren. Erinnert sei noch an den Streik der Metallarbeiter. Wenn die Betriebsräte wirklich alle als gute Freunde des Unternehmers galten, wären nicht so viele von ihnen als Opfer auf der Straße geblieben. Die Unternehmer wußten sehr wohl, warum sie sich gerade die Betriebsräte als Opfer ausgeführt hatten.

Der Artikel im Roten Kurier Klingt aus in der Aufforderung, nur kommunistische Betriebsräte zu wählen. Nur diese seien befähigt, wirklich erfolgreiche Arbeit zu leisten. Der Artikelsetzender vergisst dabei, daß es auch bisher schon kommunistische Betriebsräte gegeben hat. Wo blieben deren große Taten?

Die Neuwahlen zu den Betriebsräten stehen bevor. Bei der Auswahl der Kandidaten hierzu darf nicht entscheidend sein der Besitz eines Partebuches der U. P. D., sondern die moralische und fachliche Eignung der Bewerber, entsprechend dem Auftrag der Betriebsrätekommunikation. Die Tüchtigsten und Fähigsten müssen gewählt werden, nicht die Schreter und Phrasenreiter.

Die Internationale der Angestellten!

Bis zum Jahre 1914 bestand eine Internationale Angestelltenföderation mit dem Sitz in Gent, die auch eine eigene Zeitschrift herausgab. Diese Föderation ist verschwunden. Auch im Anschluß an den Internationalen Gewerkschaftsbund bestand eine Angestellten-Sektion, die nun nach dem Krieg versucht, die zerstreuten Händen wieder anzulöpfen.

Wie Genosse Aufhäuser im leichten Mittelungsbuch der ASA mitteilt, wurde am 7. Oktober 1920 nach Amsterdam ein Kongress einberufen, der von den meisten Ländern, darunter England und Frankreich, besucht wurde. Insgesamt waren 682 000 Mitglieder vertreten.

Deutschland und Österreich stellten dort Nutzige, wonach alle Gruppen von Privatangestellten, darunter Techniker und Werkmeister, einbezogen werden sollen.

Auf Grund dieser Vorschläge ist dann auch der Internationale Bund der Privatangestellten in Amsterdam gegründet worden. Die einzelnen Berufsgruppen werden wieder ihre Fachgruppen bekommen.

Ausgenommen werden nur solche Organisationen, die den Gewerkschaftszentralen angehören und die ihrerseits dem IGB angeschlossen sind. Zum Sekretär ist Smith - Amsterdam, zum Präsidenten Otto Urban vom deutschen Zentralverband gewählt worden.

Organisatorisch gedenkt man die Arbeit folgendermaßen zu leisten: Die Berufsverbände schließen sich erst zur Berufsinternationale zusammen, die dann zum Internationalen Bund der Privatangestellten stoßen. Dann soll ein enges Verhältnis zum Internationalen Gewerkschaftsbund hergestellt werden.

Der Zweck und die Bedeutung dieses Zusammenschlusses geht konform mit den Zielen der gewerkschaftlichen Internationale und ihrer Mitglieder. In ihrem Beschuß zur Gewerkschaftsinternationale liegt die Ufa: „Die freien Gewerkschaften der Kopf- und Handarbeiter aller Länder bedürfen des festgefügten Zusammenschlusses.“ Jede diktatorische Zentralisation wird abgelehnt, denn die Direktiven haben die Gewerkschaften ausschließlich von ihren Mitgliedern entgegenzunehmen.

Aufhäuser schließt seine Arbeit mit folgenden Worten, denen wir nur hörtschön können:

Wenn die freigewerkschaftlich denkenden Angestellten Deutschlands bestehen sind, den Gedanken der internationalen Arbeitersolidarität unter Wahrung der hier angeführten Geschäftspunkte realer Gewerkschaftspolitik zu verwirklichen, werden sie im Kampf gegen den internationalen Kapitalismus sieghaft sein müssen.

Zur Gauvorstandswahl im Buchdrucker-Verband.

Am 11. März fand im Volkshaus eine äußerst stark besuchte Buchdrucker-Versammlung statt, die sich u. a. mit der Ausstellung der Kandidaten zum Gauvorstand beschäftigte. Nach dem § 9 des Statuts hat der Vorstand zu bestimmen, in welchen Postalen die Wahl stattfinden soll. Der Gauvorstand hatte beschlossen, als Wahllokale eine Anzahl Gastwirtschaften zu benennen, wie dies auch in andern Verbänden, z. B. bei den Metall- und Holzarbeitern, geschehen war. Mit dieser Regelung ging der Gauvorstand bewußt von der bisherigen Übung ab. Er tat es, weil die beglückte Beschriftung besteht, daß, wenn die Wahl in den Betrieben vorgenommen wird, eine ungünstige Beeinflussung solcher Kollegen vorgenommen wird, die sich sonst um das Ver-

bandsleben und die umstehenden Probleme nicht kümmern. Diese Regelung stand aber bei den rechtsfreudigen Kollegen kein Gegenseite, sie stellten deshalb in der Versammlung den Antrag, wie bisher in den Betrieben abzustimmen. Der Antrag war nach dem Statut unzulässig, denn die von einer Generalversammlung beschlossenen Bestimmungen können nicht von einer Mitgliederversammlung angetroffen werden. Deshalb hätte der Vorsitzende den Antrag gar nicht zur Abstimmung bringen dürfen. Er tat es aber dennoch, weil der Antrag seinen persönlichen Interessen am besten dienen vertrat. Alle Register sagten der Kollege Hesselbarth, um den neuen Hoffnungsträger für sich zu setzen. Sein Ziel erreichte er auch, weil auch eine Reihe Kollegen, die sonst nicht mit ihm übereinstimmen, glaubten, es handle ein wichtiges Recht der Kollegen aufzugeben, wenn sie darauf verzichten, in den Betrieben die Abstimmung vorzunehmen. Man mag zu der Frage stehen, wie man will, jedenfalls ist es durch die Abstimmung in den Betrieben den rechtsgerichteten Führern viel leichter möglich, alle indifferenteren und geistig bequemen Kollegen zu beeinflussen und über die die Opposition tragende Idee hinwegzutäuschen. Dabei kommt ihnen zugute die Trennungswirkung der Gewerkschaften in anderen Verbänden und Orten, die sie als Popanz auch hierbei an die Wand malen und ganz zu Unrecht der Opposition schlechthin unterstehen.

Es erscheint deshalb nicht ungewöhnlich, daran zu erinnern, daß die Opposition nicht daran denkt, den Verband zu schädigen. Die Kollegen der Opposition wenden sich nur gegen die einseitige reformistische Einstellung der Verbandsbürokraten, gegen den Stolz der Arbeiterschaft, der in der Tarifgemeinschaft seinen Ausdruck findet, und gegen die engen zünftlerischen Streitungen, die sich im Verbande der Buchdrucker überall breitmachen. Sie wollen, daß auch die Buchdrucker sich eingliedern in das Heer der sozialistischen Klassenkämpfer, sie wollen den Verband umgestalten und mit den Verbänden der anderen graphischen Berufsgruppen zu einem großen leistungsfähigen Industrieverband vereinigen. Der Kampf der Opposition gegen den Arbeiterschaftsgedanken ist nicht neu. Es sei nur daran erinnert, daß der jüngste Rechtslosigkeit Pollender seinerzeit vom Verband ausgetreten ist, weil er vergeblich gegen die Tarifgemeinschaftspolitik des Verbandsvorstandes ankämpfte. Diejenigen Kollegen, die heute Pollender als ihren politischen Führer betrachten, scheinen dies freilich nicht mehr zu wissen, sonst könnten sie unmöglich die Opposition wegen ihrer Streitungen verdammen. Sie scheinen gar nicht zu merken, daß sie mit ihrer Argumentation geradezu lächerlich machen. Der Kampf der rechtsstehenden Kollegen unter Führung Hesselbarths mutet stark an als ein Kampf um die zentralistische, und es ist nicht Schuld der Opposition, daß der ganze Streit auf persönliche Gebiete geriet.

Am Mittwoch nächster Woche müssen sich die Buchdrucker entscheiden, wen sie in den Gauvorstand entsenden wollen. Den klarstehenden Kollegen kann die Wahl nicht schwer fallen. Nur die

Viele Glück — Sitz!

bieitet die Gewähr dafür, daß die Interessen der Kollegen in Zukunft aufs beste gewahrt werden.

Zur Abwehr der kommunistischen Spaltungswirkung

ist der Deutsche Eisenbahnerverband dazu geschritten, die Ortsgruppe Halle mit Wirkung vom 14. März aufzulösen und neu aufzubauen. Zu diesem Zwecke liegen im Bureau der Ortsverwaltung Halle, Dönhauerstraße 10, parterre, Zimmer 1—2, Ostseite aus, in die sich alle diejenigen Kollegen der Halleischen Ortsgruppe eintragen wollen, die ehrlich bestrebt sind, an dem Wiedergrund der Organisation mitzuwirken.

Die Voraussetzung ist Anerkennung unserer Verbandszählungen, der Beschlüsse der Verbandsinstanzen sowie der Abschlüsse der 2. Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes war zu diesem Vorgehen gebrängt worden, weil die am 18. Februar resp. 9. März gewählten Ortsverwaltungsmitglieder sich weigerten, schriftlich zu bestätigen, daß sie das Verbandsstatut und die Abschlüsse des IGDV als bindend anerkennen.

Auch im Deutschen Bauarbeiterverband geht der Vorstand mit dieser Maßregel vor. So ist dieser Tag des Bezirksverein Chemnitz ausgelöst worden. Auch dieser wird nun auf neuer Grundlage aufgebaut werden.

Holzarbeiter-Verband. Das am Montag veröffentlichte Resultat der Wahlen zum Verbands- und Gautag ändert sich wie folgt:

Es wurden insgesamt 2332 Stimmen abgegeben, davon erhielten Stimmen: Verbandsstag: Jahr 1583, Mittag 1490, Noche 1246, Fenster 1134, Plittrich 1109, Janus 1001, Volt 949, Freitag 849, Freitags 803, Vergaft 594, Biermann 428, Gaustag: Jahr 1522, Elters 1271, Hörig 1206, Damann 1087, Warnstorff 1004, Klaus 852, Eitner 542, Seidel 646, Brumme 518, Thiel 548.

Die Differenz bei Eitner beruht auf einem Schreibfehler. Außerdem wurden zum Verbandsstag 45 und zum Gaustag 110 kommunistische Stimmaßteile abgegeben. Ungültig waren 273 beziehlich 320 Stimmaßteile abgegeben. Gewählt sind zum Verbandsstag die ersten sieben, zum Gaustag die ersten sechs Kollegen.

Gehäftsstellen des Dolzarbeiter-Verbandes.

Der Metallarbeiterstreit in den Betrieben Hamburgs scheint sich nach einer Bormärktemeldung zu einer großen „Aktion“ auszuweiten. Der Unternehmerverband hat ein Ultimatum gestellt, das aber infolge seiner unannehbaren Bedingungen von den Streikenden aufgewichen werden mußte. Schon vor einiger Zeit hatte die Hamburger B. A. P. D. einen offenen Brief an den Metallarbeiter-Verband gerichtet, in dem sie aufforderte, den Streik zu einem politischen zu machen. Nun haben die Betriebsräte der Metallarbeiter natürlich abgelehnt. Nun haben die Betriebsräte der Metallarbeiter gestern abend beschlossen, die S. A. P. D. und die B. A. P. D. aufzufordern, sich bis zum Ablauf des Unternehmerverbands-Ultimatums zu erklären, ob sie gewillt sind, auf Grund desselben den Kampf zu dem Thingen zu machen. Sie sollen durch einen gemeinsamen

Der Taugenichts.

Von Anton Tschechow.

11] Da kam aber schon meine Schwester. Als sie bei mir den Doktor erblickte, wurde sie gleich sehr unruhig und erklärte, sie müsse heim zum Vater.

"Kleopatra Alexejewna," sagte ihr Blagovo sehr eindringlich, beide Hände ans Herz drückend: "was kann Ihrem Herrn Vater passieren, wenn Sie mit Ihrem Bruder und mit einer halben Stunde verbringen?"

Er gab sich recht natürlich und verstand seine Lebhaftigkeit auch den andern mitzuteilen. Meine Schwester dachte eine Weile nach, wurde dann auf einmal, wie damals beim Pidats, lustig und sang zu lachen an. Wir gingen ins Freie, legten uns ins Gras, lebten unser Gespräch fort und blickten auf die Stadt, wo alle nach dem Westen gerichteten Fenster, in denen sich die untergehende Sonne spiegelte, wie golden aussahen.

So oft von nun an meine Schwester mich besuchte, kam sofort auch Doktor Blagovo, und sie stellten sich bei der Begrüßung so, als sei ihre Begegnung bei mit einer ganz zufällige. Meine Schwester hörte unsern Debatten mit einem andächtigen, entzückten und forschenden Gesichtsausdruck zu, und mir schien es, als ginge ihr allmählich eine ganz neue Welt auf, die sie bisher nicht einmal im Traume gesehen hatte und die sie jetzt zu ergründen suchte. Kom der Doktor einmal nicht, so war sie still und traurig, und wenn es vorsam, daß sie, auf meinem Bett liegend, weinte so weinte sie aus persönlichen Gründen, von denen sie mit nichts erzählte.

Im August sagte uns Rettich, wir sollten uns auf die „Strände“ begeben. Zwei Tage, bevor wir aufbrachen, kam plötzlich mein Vater zu mir. Er sah sich ohne Elfe, wischte sich, ohne mich anzusehen, sein rotes Gesicht ab, holte dann aus der Tasche unsern Stadtbogen und las mit langsam, jedes Wort betonend, die Nachricht vor, daß mein Altersgenosse, der Sohn des Reichshofsdirektors, zum Abteilungschef am Rentamt ernannt worden sei.

"Und nun sieh dich an," sagte er, die Zeitung wieder zusammenlegend: "du bist ein Bettler, ein Lump und ein Taugenichts! Selbst Leute aus dem Bauern- und Kleibürgerstande streben nach Bildung, um irgend etwas zu werden, aber du, ein Polosniew, du strebst nach dem Schmutz! Ich bin aber nicht hergekommen, um mich dir zu unterhalten. Dich habe ich schon ausgegeben," fuhr er mit erstickter Stimme fort und stand auf. "Ich bin gekommen, um dich zu fragen, wo deine Schwester ist, du Taugenichts! Sie ist gleich nach dem Mittagessen vom Hause weggegangen, und nun ist es bald acht, und sie ist noch immer nicht da. Sie geht jetzt oft aus dem Hause, ohne mir davon auch nur ein Wort zu sagen, und ist viel wenig ehrenhaftig als früher. Ich habe darin keinen schlechten, gemeinen Einfluß. Wo ist sie?"

Er hielt den mit wohlbekannten Regenschirm in der Hand, und ich stand schon stramm wie ein Schuljunge, in der Erwartung, daß er mich wieder schlagen würde. Er bemerkte aber meinen Blick auf den Regenschirm, und das hieß ihn wahrscheinlich ab.

"Lebe wie du willst!" sagte er. "Ich nehme meinen Segen von dir."

"Gott im Himmel!" murmelte die Kinderfrau hinter der Tür: "Dein armer, unglücklicher Kopf! Mein Herz ahnt Unheil!" Ich arbeitete auf der Strecke. Den ganzen August regnete es und war es kalt und feucht. Das Getreide blieb auf den Feldern liegen, und auf den großen Gütern, wo man mit Maschinen mähte, lag der Weizen nicht in Schalen, sondern in Häufen, und ich erinnere mich noch, wie diese traurigen Haufen von Tag zu Tag dunkler wurden und der Weizen verdarb. Das Arbeiten fiel uns sehr schwer, weil die Regengüsse alles verdarben, was wir fertig machten. In den Stationsgebäuden zu wohnen und zu schlafen war uns verboten, und wir hausten in den schmutzigen, feuchten Erdhütten, in denen im Sommer die bewußten „Eisenbahner“ gewohnt hatten. Nachts konnte ich vor Kälte nicht schlafen, und auch weil mir über Gesicht und Hände die Aßeln ließen. Wenn wir aber an den Brüden arbeiteten, kamen die „Eisenbahner“ Abend für Abend in ganzen Scharen, um die Männer zu verhauen; das war für sie eine Art Sport. Sie schlugen uns, stießen uns die Finsel und verbarben, um uns zum Streit zu provozieren, unter Arbeit, indem sie z. B. die Wärterhäuschen mit grüner Farbe anstrichen. Um den Kelch unserer Leiden vollzumachen, sing Rettich an, uns sehr unplötzlich zu entlohen. Alle Männerarbeiten in diesem Revier waren an einen Unternehmer vergeben worden; dieser hatte sie von sich aus einem andern übergeben, und dieser andre gab sie Rettich, wobei er sich 20 Prozent ausbedang. Die Arbeit war schon an sich wenig lohnend, und da fanden auch noch die Regengüsse hinzu; die Zeit verging unnütz, wir taten nichts. Rettich war aber verpflichtet, seine Arbeiter für den Tag zu bezahlen. Die hungrigen Männer drohten ihm zu verprügeln, nennen ihn einen Gauner, einen Blutsauger, einen Judas, er aber leiszte, hob die Hände verzweifelt zum Himmel und ging alle paar Tage zur Frau Tschepakowa, um sich Geld zu leihen.

(Fortsetzung folgt.)

Carmen.

Zur Aufführung für das Arbeiter-Bildungs-institut.

Die letzten Opernaufführungen des Arbeiter-Bildungs-instituts machten die Arbeiterschaft mit dem deutschen und dem italienischen Hauptvertreter der dramatischen Richtung der neueren Musik bekannt, mit Wagner und Verdi. Nun soll die Arbeiterschaft auch den bedeutendsten französischen Meister dieser musikalischen Art kennen lernen, Georges Bizet in seinem besten und reifsten Werk Carmen.

Es ist dieselbe Entwicklungslinie, der die französische Opernmusik gefolgt ist, wie wir sie aus der Geschichte der deutschen und der italienischen Oper kennen, nur natürlich durch die nationalen Geistseigentümlichkeiten in den Einzelheiten ein wenig abgewandelt. Wir sehen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in die gesamte Kunst, nicht nur in die Musik, eine neue Anschauung und ein neues Empfinden einzehen, das, was die Kunstsprache „Naturalismus“ nennt. In diese Zeit fiel der ungeheure Aufschwung der europäischen Naturwissenschaft und Technik, denen sich das Interesse der damaligen Menschheit um so stärker zwandte, als gerade die vorhergehende Zeit der Romantik im Gefühlsschwung und in einem möglichst subjektiven Erfassen der Welt geschwelt hatte. Die Reaktion auf die Übertriebung dieses Kultus der Empfindung war unausbleiblich: So wandte man sich auf allen Gebieten der Kultur einer möglichst objektiven Betrachtung der Wirklichkeit zu. In der Philosophie folgten auf die Idealisten die Positivisten, die keine abstrakte Philosophie der Möglichkeiten mehr geben wollten, sondern eine praktische Auslegung und Erforschung des Menschenlebens mit seinen Gelegenheiten. Die Maler suchten nicht mehr irgendwelche Schwärmerische und poetische Gefühle darzustellen, sondern die Natur bis in ihre Einzelheiten getreu wiederzugeben. Auch die Musik, in die die neue Bewegung am spätesten eindrang, wandte sich von dem Streben nach absoluter Schönheit und Monumentalität der von ihr wiedergegebenen Gefühle ab und bemühte sich, besonders in der Oper, das reale dramatische Geschehen wirklichkeitsgetreu auszumalen und zu illustrieren. Diese Unterordnung der Musik unter das dramatische Geschehen ist die bedeutendste Wandlung, die die Oper im 19. Jahrhundert erlebt hat.

Die Musik ist die freiste, körperloseste aller Künste. Sie entnimmt ihre Inhalte nicht der Welt des Stofflichen, wie es die Malerei, und die andern Künste mehr oder weniger tun, sondern arbeitet nur mit den Empfindungen des Menschen, die sie durch die Folge der Töne, ihre Zusammenordnung, ihre Klangfarbe usw. zu erwecken versteht. So lädt sich für sie schwer ein sicherer Maßstab aus der Welt der Wirklichkeit finden, sie scheint ihren eigenen Weg zu gehen, ihren eigenen Gesetzen zu folgen. Dies aber konnte den Menschen des 19. Jahrhunderts, deren Streben nach dem objektiven Erfassen des Wirklichen ging, nicht genügen. So nahm man der Musik ihre Selbstständigkeit. Man stellte einen dramatischen Stoff, also einen der Wirklichkeit näheren und an ihr mehbarer Stoff, als Herrscher über sie und gab ihr die Aufgabe, diesen Stoff mit ihrer feinen Empfindungsprache zu untermalen und dadurch seelisch zu vertiefen. Und man schätzte ihren Wert jetzt danach ein, wie gut sie es verstand, sich der beherrschenden Dramatik anzupassen und sie zu illustrieren.

In Deutschland war es Richard Wagner, der um diese Zeit diesen neuen „musikdramatischen“ Stil zur Vollendung brachte, in Italien Verdi, in Frankreich Bizet. Es ist klar, daß neben dem Gemeinsamen, das diese drei Dichter aus einer gleichen geistigen Erstörung haben müssen, doch auch die nationalen Eigenartlichkeiten große Unterschiede in ihrer Musik entstehen lassen müssen. Das Grundprinzip war immer, in der Musik eine möglichst scharfe Zeichnung der Opernhandlung und der handelnden Personen zu geben; aber eine Kunst, die nur einem Prinzip dient, kann nichts lebendig sein. Die persönliche Eigenart des Künstlers muß ihr stets erst die Seele einhauchen, sehr häufig unter Verlust gegen das abstrakte Prinzip. So finden wir, als etwas Köstliches bei Wagner sein deutsches romantisches Schwärmen für Sagenstoffe und Heldengestalten der Vorzeit, die eigentlich in den „Naturalismus“ seiner Werke nicht recht hineinpassen. Bei Verdi ist es die Liebe zur Tonchwelge und zum Formalen und volkstümlich Schönen seiner musikalischen Themen, die seine Eigenart bedingt und die Einheitlichkeit der musikalischen Wirklichkeitsdarstellung zertreibt. Bizet als treuer Schüler der französischen Naturalisten, die die konsequenteren von allen waren, hat die naturalistische Form noch am treuesten gewahrt. Die „Schlager“, die volkstümlichen und leicht eingänglichen, musikalisch aber meist wertlosen Stellen seiner Musik, wie z. B. das berühmte Motiv „Auf in den Kampf, Torero“ aus Carmen, sind nicht aus Liebe zu derartiger Aufzehausmusik entstanden, sondern dienen dazu, die Personen seiner Oper, die ohne jede Idealisierung dem wirklichen Leben entnommen sind, als einfache und zum Teil etwas banale Menschen zu charakterisieren. Dadurch, daß er folgerichtig den Weg der Wirklichkeitsdarstellung geht, kommt Bizet dazu, seinen Gestalten solche an sich undramatische „Schlager“ in den Mund zu legen. Hätte er übermenschliche Helden gezeichnet wie etwa Wagner, so hätte er dies nicht nötig gehabt, da er aber wirkliche Menschen mit all ihren Schwächen zeichnen wollte, mußte er

diese Formen benutzen. Der einzige Verstoß gegen den strengen naturalistischen Stil, den man bei ihm findet, ist die Liebe zu einer gewissen monumentalen, klassischen Schönheit der Musik, die bei ihm immer wieder die demokratische Unterordnung der Musik unter das dramatische Geschehen stört und ihn selbständige musikalische Wege gehen läßt. Doch verleiht gerade sie seinen Werken den Charakter einer großen harmonischen und abgerundeten Schönheit, die ihren zeitlosen Wert bedeutend erhöht. Selbst Menschen, für die der „Naturalismus“ nicht mehr die Sprache ihres Empfindens ist, können so in diesen Werken noch unendlich Vieles finden, was ihrem Empfinden entgegenkommt.

„Carmen“ ist Bizets lehrtes und reifstes Werk. Es ist ihm nie vor dieser Oper so trefflich gelungen, Zustände, Handlungen und Menschen bis in die feinsten Eigenheiten musikalisch zu schreiben. Die Oper spielt in Spanien. Schon die Schilderung des spanischen Milieus ist eine glänzende Leistung des Meisters. Die Personen sind sämtlich echte Typen aus dem spanischen Volksleben: Carmen, die leichtfertige und verbrecherische Kolotte, José, der einsame und empfindungsstarke spanische Soldat, Escamillo, der athletische, brutale und eingebildete Stierkämpfer, alle diese Gestalten werden dem Hörer der Oper durch die Musik menschlich unendlich klar gemacht und näher gebracht, als das die geschickteste Charakterdarstellung in Wörtern vermöchte. So erläuterte es sich auch, die Handlung im einzelnen nachzuschreiben, deren Grundmotiv das der Versöhnung des Mannes durch die Frau ist. Der biedere José wird durch die Versöhnungslüste Carmens, die ihn anfangs liebt, dann aber nur noch als ihr Werkzeug benutzt, in die Raubzüge des Schmugglers und Räubers gedrängt und rächt sich schließlich, als sie ihn um des Stierkämpfers Escamillos willen im Stiche läßt, durch ihre Ermordung. Diese Handlung ist eben dadurch, daß sie jeder moralischen Überhöhung entbehrt, außerordentlich lebenswahr, und somit der geeignete Stoff für einen Komponisten wie Bizet.

Was er aus ihr gemacht hat, das werden die Hörer deutlich fühlen und empfinden. Es wird auch jedem klar werden, daß alle die bekannten Schlager wie das Terzett oder die Habanera der Carmen „Ja die Liebe hat kleine Flügel“ nicht das Wesentliche an der Carmenmusik sind. Die wunderbaren musikalischen Gemälde des spanischen Lebens im ersten Akt, die Schilderung der schwulen und wilden Stimmung in einer kleinen spanischen Kneipe im 2. Akt, das glänzende Bild des romantisch-verwegenen Schmugglerlebens, wie es der 3. Akt gibt, und vor allem der 4. Akt mit seiner grandiosen dramatischen Steigerung bis an das Ende, das sind die Werte, die der Hörer zu erfassen versuchen muß. Auch die Charakterisierung der einzelnen Personen, die bis in die kleinste musikalische Einzelheit durchgesetzt ist, die sich sogar bis in die Führung der einzelnen Stimmen gegeneinander im Duett und Terzett erstreckt, muß dem empfänglichen Hörer ohne weiteres klar werden. Nur eins ist vonnöten: Der Hörer muß sich ganz dem Gehörten hingeben, versuchen, alle außerhalb der Oper liegenden Dinge einmal beiseite zu lassen. Nur dann, wenn diese Einführung mit ihren kritischen und geschichtlichen Anmerkungen zu dem Werke dieses Aufnahmen mit dem Empfinden nicht stört, hat sie ihren Zweck erreicht. Denn das Kunst-Erleben ist von dem Kunst-Erkennen streng geschieden. Pz.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Die Intendanz macht darauf aufmerksam, daß die für Freitag, den 18. März, angekündigte Vorstellung von Königskinder nicht um 6½ Uhr, sondern erst im 7 Uhr beginnt. Die Vorstellung vom Waffenschmied am Sonnabend beginnt dagegen nicht um 7 Uhr, sondern erst um 7½ Uhr. — Richard Wagners Parsifal wird in diesem Jahre nur zweimal aufgeführt, und zwar am Sonnabend, dem 26. und Ostersonntag, den 27. März, beide Male bei aufgehobenem Antret. Für den 2. Ostersonntag ist Verdis Mastenhall, der in den letzten Wochen nicht mehr gegeben wurde, bei aufgehobenem Antret angelegt. Der neu eingesetzte Oberon ist für Mittwoch, den 31. März, vorgesehen. Die bereits angelündigte Neueinstudierung des Barbier von Bagdad von Cornelius und Leo Blechs Verliegel ist, wie bereits mitgeteilt, für Sonntag, den 3. April, in Auskunft genommen.

Theatergemeinde Leipziger Schauspielhaus. Wie die städtischen Theater sieht sich auch Vorstand und Ausschussrat des Schauspielhauses nach eingehenden Beratungen genötigt, den Grundpreis zu erhöhen. Er wird vom 2. April ab 9 M., statt 7 M. wie bisher, betragen. Die Genossen, die mit der Einlösung ihrer Kontrollkarten noch im Rückstand sind, können die Beträge hierfür unserer Tagesfasse bis zum 1. April 1921 in der alten Höhe zuführen. Unter dieser Voraussetzung werden die abgelaufenen Kontrollmarken auch noch im 9. Spielabschnitt angenommen. Kontrollmarken, die nach dem 2. April bezahlt werden, ganz gleich welchen Spielabschnittes, müssen mit dem neuen Preis bezahlt werden.

Gertrud und Ursula Falke, die als Tanzkünstlerinnen bekannte Töchter des Dichters Gustav Falke, geben am 21. März im Theatersaal des Kristallpalastes ein einmaliges Gastspiel.

Ein Waggon schwarze Herrenstoffe eingetroffen!

Posten 1

3500 Meter 140 cm breites schwarzes Tuch

halbschwere Ware, auch für Damen-Kostüme und Mantel bestens geeignet
Verkauf im 1. Stock (Masch-Ablieferung)

M. 39.—

Gegen Einsendung von 60 Pf. senden wir Muster, jedoch nur nach auswärtig. — Interessenten aus Leipzig und Umgebung wosel sich die Ware, ohne jeden Kaufzwang, am Stück ansehen.

Posten 2

2000 Meter 140 cm breites schwarzes Tuch

schwere Ware, in Stärke und Haltbarkeit dem Militärtuch ähnlich
Verkauf im Erdgeschoss (Hosen-Ablieferung)

M. 39.—

Für M. 45.— fertigen wir aus diesem Stoff eine Hose einschließlich Justaten an, so daß sie für jede Hosenlänge von 120 cm Stoff auf M. 91.50 zu stehen kommt. Eine ganz vorsichtige, unverzüglich, Diensthoose.

H. Hollenkamp & Co. - Leipzig

Erstes Herren-Bekleidungshaus

Gte Reichelt.

20112-92

Reichstag.

Berlin, 15. März 1921, 1 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagessitzung verliest Präsident Löbe das Telegramm der Deutschen in Paraguay, das die Abwehr der mahlenden Forderungen der Entente billigt und verspricht, fest hinter der Reichsregierung zu stehen. (Beifall.)

Anfragen.

Auf die Beschwerde des Abg. Dr. Levi (Komm.) über die Verhaftung einer sowjetrussischen Handelsdelegation in Endlöhnen durch deutsche Grenzorgane wird die Verhaftung von der Reichsregierung bestritten.

Abg. Frau Zieg (U. Soz.) verlangt Auskunft über den Verbleib von 4½ Millionen Mark, die vom Reichsverband für See- und Küstenschiffen ausgebracht wurden, um den aus dem Seehafenbetriebenden Mitgliedern die Wiederaufnahme des Fischereibetriebs zu ermöglichen. Die Summe wurde dem Reichskommissariat für Fischversorgung, Herrn von Flügge, übermittelt, die Fischer Kuxhavens aber konnten trotz eifriger Nachforschung nicht erfahren, wo das Geld geblieben ist. — Die Reichsregierung wußte bisher von dieser Summe nichts und erklärt, einige Zeit zu brauchen, bis Aufklärung geschaffen werden kann.

Abg. Geyer-Leipzig (Komm.) führt Beschwerde über die Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Thomas in Augsburg. — Die Reichsregierung ist zur Beantwortung noch nicht in der Lage, da vor der bayrischen Regierung noch keine Auskunft eingegangen ist.

Auf der Tagessitzung steht dann die erste Beratung des Reichshaushaltplanes für 1921 in Verbindung mit Gesetzentwürfen zur Vereinigung des Süßwarensteuergesetzes und des Industriesteuergesetzes, sowie zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes, schließlich des Entwurfs eines Süßstoffgesetzes. — Der Haushaltplan geht auf Antrag Mumum (Dtsch.) an den Haushaltsschluß, die Steuervorlagen an den Steuerausschuß.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache über das

Reichsministerium des Innern.

Präsident Löbe: Die Redner der zweiten Rednerreihe sollen nur 30 Minuten sprechen, denn es muß möglich sein, im Laufe der Woche die Haushaltspläne für 1920 und 1921 zu erledigen. Wir wollen dann nach den Osterferien ohne die bisherige Hesitation in gründlicher Weise an die gefeierbaren Arbeiten herantreten, und wir wollen unsre Zeit so einteilen, daß die Abgeordneten auch ihren andern Geschäftshäfen nachgehen können. (Beifall.) Die Plenarsitzungen sollen dann täglich nur von 2–6 Uhr stattfinden, und alle 14 Tage sollen ein Sonnabend und ein Montag sitzungsfrei sein.

Abg. Hofmann-Ludwigshafen (Zentr.): Die Ausgestaltung des Schulwesens ist Sache der Länder. Wir sind grundsätzlich gegen die Reichsschulen. Die föderalistische Anwendung des Ministers in der Frage der Anmeldung zur Teilnahme oder Nichtteilnahme am Religionsunterricht kann uns nicht befriedigen. Religion ist schenliches Lehrfach. Da gibt es höchstens Dispens, aber nicht positive Anmeldung. Wir machen keine weiteren Schulkompromisse wie in Weimar.

Abg. Beuermann (D. Bp.): Auf dem Schulgebiet hätten wir viel schnellere Kulturbelastungen müssen, das Reichsschulamt muß mit der höchsten Autorität ausgestattet werden. Die Vorrede zu dem Entwurf der Verfassung für die Schulen lassen muß man bestimmen oder von einem Pädagogen schreiben lassen. Staatsbürgerkunde muß getrieben werden, aber im Sinne der Volksverjährung. Denn zu der von Ihnen (nach links) angestrebten Völkerverjährung können Sie nur auf dem Wege der vorhergehenden Völkerverjährung gelangen. Der Religionsunterricht darf auf keine andre Weise betrieben werden, als wir es schulmäßig gewohnt sind.

Staatssekretär Schulz: Dem allgemeinen Drängen auf kulturelle Fortschritte steht leider die Vergewisserung des Reiches entgegen. Der Reichsschulausschuß hat sich durchaus bewährt. Die Reichsschulkonferenz hat eine große Bedeutung und brachte viel Material für die Schuleleistung der nächsten Jahre. Statt einer Wiederholung der Konferenz wird das Reichsministerium des Innern aber von Fall zu Fall Nachausschüsse einberufen. Hoffentlich gelingt die Förderung der Lehrerbildung trotz der Bedenken der Finanzverwaltung. Der erste Versuch, ein einheitliches Schuljahr durchzuführen, ist am Widerstand Bayerns gescheitert. Dort hat man sogar Plakate dagegen verbreitet. Es geht um die Zukunft unserer Jugend.

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.): Die Verherrlichung des Reichsministers des Innern als Kultusminister durch den Abg. Leicht klängt mir wie bittere Ironie. Uns erscheint der Minister doch mehr als Religionsminister alten Stiles. Es liegt im Wege der heutigen Demokratie, der in die Reihen der bestehenden eingezogenen Nachkommenchaft der Altkundvierziger, sich nach Rechts anzupassen. Geschäftigkeit herrscht genug im Reichsministerium des Innern, aber es fehlt an einer aus der Not der Zeit herausgeborenen Idee und an der Entschlusskraft ihrer Durchführung. Der Reichsminister bekommt föderalistische Anwendungen nur dann, wenn es sich darum handelt, reaktionäre Vorechte einzelner Länder zu schützen. Der bürgerliche Politiker von größtem Ausmaß, Herr Stinnes, der ein Symbol darstellt für die machtpolitische Idee des heutigen Kapitalismus, kümmert sich nicht um Kulturpolitik. Ihm ist es auch nicht so sehr um nationale Bedenken zu tun als um die Aufrichtung einer vielleicht internationalen Wirtschaftsmacht. Dem stellen wir die Einheitsfront des internationalen Proletariats entgegen. (Zurufe rechts.) Nein, hier handelt es sich nicht um den Hass gegen einen einzelnen Mann, sondern um die Erkenntnis der beiden maßgebenden Mächte der Gegenwart aus ihrer geschichtlichen Notwendigkeit heraus. Der Aufstieg der Tüchtigen schlägt an den Vorrechten der Besiegten und an finanziellen Hindernissen. Unser Antrag auf obligatorischen Besuch der Schulkindergarten soll der erste Schritt sein zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft und einem einheitlichen Aufbau des Schulwesens.

Abg. Sibrowsky (Dem.): Wir wünschen eine wahrhaft nationale Schule, wollen aber die Mitwirkung der Familie nicht ausschließen. Wir brauchen eine Reichszentrale für Jugendwohlfahrt. Wenn wir dem Gedanken der Einheitsschule zustimmen, dann werden wir auch über die finanziellen Schwierigkeiten hinwegkommen.

Abg. Müller-Franken (Soz.): Am nächsten Sonntag findet die Abstimmung in Oberschlesien statt; da sitzen nun die Beamten und Arbeiter, die sich für Polen eingesetzt haben, da sie lebendig werden, wenn die Abstimmung, wie wir hoffen, für Deutschland ausfällt. Nach dem Friedensvertrag ist eine Maßregelung unzulässig, wir halten aber eine Erklärung des Reichsministers für wünschenswert.

Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung denkt nicht daran, nach der Abstimmung irgendeine Politik der Rache zu treiben. (Beifall.) Wir wollen es nicht so machen wie Herr Korant, der heute bereits denjenigen, die sich für Deutschland eingesetzt haben, Rache angedroht hat. (Hört, hört!) Beihilflich der negativen oder positiven Erklärung beim Religionsunterricht gibt der Wortlaut der Verfassung keine bestimmten Richtlinien. Es wäre besser, wenn die Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, eine Erklärung abzugeben hätten. Da aber ein Verfassungsbruch nicht vorliegt, kann gegen die Länder, die anders verfahren, nicht eingeschritten werden. Bei den Polizeikosten im Haushalt handelt es sich meist um Zuschüsse an die Länder und um Gas für Tumultschäden, die entstanden sind durch

Ausruhr und Brüche. Die Linkspolitiken haben keine Verantwortung, hier Beschwerde zu führen; sie sollten vielmehr dazu beitragen, daß diese Kosten geringer werden. An der Aufgabe, die Notlage der deutschen Wissenschaft und Kunst zu beseitigen, sollte das ganze Volk mitarbeiten.

Staatssekretär Albert: Der Ausschluß zur Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung soll keineswegs ein Begräbnis erster Klasse sein. Mit einer Verminderung der Ministerien ist es nicht getan, die Sparmaßnahmen müssen vom Reiche auf die Länder übergehen.

Abg. Frölich (Komm.): Die Erklärung des Ministers in der ebergschen Frage kann in der Bevölkerung nur Heiterkeit hervorrufen. Die alte Regierung hat die politische Bevölkerung ausplündert. (Große Entrüstung rechts.) — Pfui auf! — Gegenreuter (Komm.): Über die Verhandlungen des Reichstages muß ein parlamentarisch noch nicht verdornter Magen Elek empfinden. Man fordert für Militär- und Sonderrevolutionäre Zweide Hunderte von Millionen, aber für Kulturzwecke hat man kaum 20 Millionen übrig. (Großer Lärm rechts.) Sie (nach rechts) reden von Kultur und gewähren den Beamten nicht das Existenzminimum, sondern lassen sie verhungern. Was Sie gestern hier aufgeführt haben, ist nichts als Komödie und Vollsitzung. Die Sozialdemokratie trägt das Kainzeichen an ihrer Stirn. Wir fordern die Arbeiterschlüsse zum Sturz der Regierung auf.

Abg. Ledebour (U. Soz.): Während unserer Parteidiskussion in Halle habe ich von einem Moskowiter einen Brief erhalten, der dazu gedungen war, mich zu ermorden. Mir wurde gedroht, daß Leute wie ich, Kautsky usw. wegen Brembung der revolutionären Arbeiterbewegung erschossen werden sollen. Bei den Feststellungen, die meine Parteifreunde im Hinblick auf diesen Brief machen, kamen wir zu folgendem Resultat. Der terroristische Briefschreiber hat sinngemäß erklärt, daß innerhalb der Parteiorganisation eine Unterorganisation gebildet sei zur Bekämpfung revolutionärer Führer. Weiter erklärt der Mann, daß gerade er zu meiner Ermordung deshalb beauftragt worden sei, da er infolge angeblicher Unzurechnungsfähigkeit nicht vor Gericht gezogen werden könne. Es ist dies dasselbe Rezept, nach dem der Abg. Haas hier vor dem Reichstage erschossen worden ist. Durch die mahlenden ehrenhaften Angriffe des Abg. Levi gegen mich bin ich gewungen, völlige Ausklärung zu schaffen. Die kommunistische Partei hat sich niemals gegen derartige Vorlommisse gewandt. Nicht nur wir sind solche Drohungen zugegangen, sondern auch Parteifreunde aus Westfalen. Die Kommunisten haben kein Wort der Verurteilung gegen derartige Vorlommisse gefunden. Ich bezeichne diese Organisation als eine Mörderzentrale. (Stürmische Unruhe b. d. Komm.) Auch rechts bestehen derartige Mörderzentralen, die bei Liebigs und Rosa Luxemburg so gut funktioniert haben. Diese Mörderzentralen sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung, für die es einen legitimen Ausdruck ganz einfach nicht gibt. (Heiterkeit.) Wenn Ihre Partei all die Aufforderungen und Auflösungen zu Mordhandlungen nicht abschüttelt, so machen Sie sich zu Mörderköpfen. Ich habe seinerzeit unter Lebensgefahr während der Spartakuskämpfe den Matrosen im Marstall ins Gewissen geredet, daß sie den damaligen Stadtkommandanten Wels nicht umbringen dürfen, und ich werde weiter kämpfen gegen jeden Terror. Von dem Augenblick an, wo ich den Moskauer infamen Versuch, unsere Partei, zu sprengen, und uns unter das Moskauer zentralstaatliche Diktat zu stellen, aufgetreten bin, war ich bei den Kommunisten der Bestgehobte und Bestverdiente. Ich werde aber weiter so handeln, wie Haase, weiß ich nicht will, daß diese Verfehlung der deutschen Arbeiter mit terroristischen Ideen weitergeht und ich hoffe, daß der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter diese Terroristen abschütteln wird.

Präsident Löbe: Ich habe die ausführliche Bespruchung dieser Angelegenheit angelassen, weil sie auch schon im Ausschluß vorgebracht wurde; ich bitte aber die nächsten Redner, sich auch etwas mit dem Etat zu beschäftigen. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Levi (Komm.): Solche Briefe wie Ledebour, habe ich auch erhalten und habe sie in den Papierkorb geworfen. Ledebour benutzt aber gerade einen solchen Brief, der ihm Material gegen seine früheren Parteigenossen geben kann. Wenn Herrn Ledebour die kommunistischen Hintermänner bekannt sind, soll er sie doch nennen, aber die ganze kommunistische Mörderzentrale ist ja lediglich sein Phantoseprodukt. Wenn Ledebour behauptet, daß die Mörder Haases Kommunisten waren, so ist das eine elende Verleumdung. (Vorwärtsender Widerspruch Ledebours.) Ich kann dem Abg. Ledebour nur eines sagen: Armer Teufell (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Höfmann (Komm.): In den Reihen der Unabhängigen sitzt niemand, der gern mit Ledebour in demselben Vorstand sitzt. Der Justiz mache ich den Vorwurf, daß sie den gemeldeten Geschäftsführer in keiner Anstalt untergebracht hat, obwohl er gedroht hat, auch Dittmann und mich zu ermorden. Ich habe auch Horizonte von Briefen mit Todesurteilen bekommen, ich habe sie aber nur als Spezialitäten auf. Herr Ledebour braucht eben wieder einmal eine Pole als Märtyrer, um das ramponierte Ansehen seiner Partei wieder etwas aufzurichten.

Damit schließt die Aussprache.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte und persönlichen Vermerkungen der Abg. Schiffer, Dr. Leo, Dittmann und Ledebour wird der Antrag Adenhof (U. Soz.), die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren schleunigst durchzuführen und dem Reichstag den Notenwechsel zwischen Bannen und dem Reich vorzulegen, mit den Stimmen der sozialistischen Parteien gegen die spärlich vertretenen bürgerlichen Parteien angenommen. (Bravo und Heiterkeit links.) Einstimmig angenommen wird der Antrag, einen Gesetzentwurf einzubringen zur Regelung des Fahrahrens beim Volksentscheid sowie der Antrag auf Bestrafung der Schuldfügigen an der Beratung der Abg. Colshorn (Wels) und Schiele (Dtsch.).

Abg. Aneiß (Dem.) begründet dann eine Enthaltung, in der schleunige Maßnahmen gegen alle Kommunalisierungen gefordert werden, die den gewerblichen und kaufmännischen Mittelpunkt bedrohen.

Büropräsident Dr. Bell: Nach dem Beschluß des Reisebürorats soll der Etat des Reichsministeriums des Innern unter allen Umständen noch zu Ende gebracht werden. Es stehen noch 33 Redner auf der Liste. Ich fordere daher die vorgenannten Abgeordneten auf, sich möglichst von der Liste streichen zu lassen, oder sich zumindesten auf möglichst kurze Aussführungen zu beschränken.

Abg. Henze (U. Soz.) polemisiert gegen die Aussführungen des Abg. Aneiß. Bei dem Bestreben der Demokratischen Partei, den Mittelpunkt zu schützen durch Errichten für die Einwohnerwehren, sieht man deutlich den Schmerz über die Abwanderung ihrer Wähler nach rechts. Der Kleinbürger hat eben von jener kleinen politischen Standpunkt gehabt. Doch auch mit dem demokratischen Antrag wird man die ökonomische Entwicklung nicht aufhalten können. Uebrigens hat bei der Behandlung des Reederei-Abschließungsvertrages die Demokratische Partei sich gar nicht so mittelpunktmäßig erweisen, sondern sich nur für das Interesse der großen Reederei eingesetzt. Von dem Erfolge der Kommunalisierung in der Vorriegszeit haben die Vorredner überhaupt nicht gesprochen, weil sie eben grundätzlich Gegner der Kommunalisierung sind. Im Artikel sind von den kommunalisierten Betrieben immer genügende Überprüfung erzielt worden. Die Baugenossenschaften haben oft trockner Arbeit günstiger abgeschlossen als die Unternehmen. Die Kommunalisierung kann man aufzuhalten, aber nicht dauernd verhindern. Wir lehnen den demokratischen Antrag ab.

Die Abg. Hammer (Dtsch.) und Havemann (D. Bp.) stimmen dem Antrag gegen die Kommunalisierung zu und polemieren gegen den Abg. Henze.

Der Antrag wird gegen alle Sozialisten angenommen,

Abg. Wulff (Dtsch.): Trotz der Entstehung der Nationalversammlung geschieht nichts gegen die unethischen Auswüchse bei öffentlichen Schauaufstellungen. Die Aufzüge von Schuberts Reisen auf einem Berliner Theater ist eine Verhandlung des deutschen Geistes und der deutschen Kultur. (Zuruf Malzahn (Kom.): Da gehen doch bloß ihre Kreise hin. Die Arbeiter haben nicht Geld und Zeit dazu! Lebhafte Zustimmung.) Die Autoren der meisten Stücke und die Direktoren der Berliner Theater gehören ja gar nicht zu uns, sondern sie gehören dem „ausgewählten Volke“ an. Es werden überhaupt nur noch Stücke von ausländischen Autoren aufgeführt, z. B. den Deutschenhauser Show, die deutsche Dichtung aber ist zum Aschenbrödel geworden. (Lebhafte Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.): Die von Herrn Wulff befohlene Theateraufführung waren in der Landwirtschaftlichen Woche in der Deutschen Tagesschau angekündigt. Dabei fehlte auch nicht der Hinweis auf die Blöße, die hundert Mark kosten. Wenn Herr Wulff gegen den Schuhlärm läuft, hat er in seinen eigenen Reihen genug zu tun. Schaffen Sie (zur Rechten) uns die Mittel zur Sozialisierung des Theaters und des Films, dann bekommen wir die Möglichkeit, die Dinge der Gesundung anzuführen.

Minister des Innern Koch: Solange Berlin Kunststadt ist und die Polizei bei den Ländern liegt, kann das Reich unmöglich die Verantwortung übernehmen, was in den einzelnen Ländern geschieht. Neue Gelehrte sind jedenfalls nicht erforderlich, um die Übelstände im Theaterwesen zu bekämpfen. Ich werde die Beförderung der Länder auf die Bekämpfung des Schuhlärmes hinweisen, kann aber natürlich einen Erfolg nicht garantieren. Auch ich möchte unseren Kindern die Schuhlärm- und Schuhliteratur fernhalten. Die gesetzliche Regelung ist hier aber noch viel schwerer als beim Kino. Sachverständige werden in der nächsten Zeit den ersten Entwurf bearbeiten. Das beste Mittel gegen Schuh und Schind sind Sport und Spiel.

Eine Entschließung Dr. Schreibers (Zentr.), die eine Denkschrift über die Maßnahmen zur Förderung planmäßiger Besiedlungen fordert, wird angenommen. Ferner werden 200 000 Mark für eine pädagogische Auskunftsstelle bei der Abteilung 3 des Ministeriums bewilligt.

Abg. Dr. Luther (D. Bp.) wendet sich gegen den Versuch, der Schule im allgemeinen den Charakter einer weltlichen Schule unter Ausbildung des Religionsunterrichtes zu geben.

Abg. Frau Mah (D. Bp.) begründet eine Entschließung auf Einführung der Schuljugend in den Verhälter Vertrag. Wir wollen damit nicht etwa Politik in die Schule hineintragen, sondern wollen unsre Jugend nur wissen lassen, um was es sich handelt.

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) begründet einen Antrag, 200 000 Mark für die Schaffung einer pädagogischen Auskunftsstelle einzusezten.

Abg. Dr. Löwenstein (U. Soz.) kritisiert, daß man in den Schulen jede Gelegenheit für eine monarchistische Propaganda benutzt, wie es z. B. wieder am Geburtstag der Königin Luise geschehen ist.

Um 9½ Uhr teilt Vizepräsident Dietrich mit, daß noch 12 Redner zum Wort gemeldet sind. Eingegangen ist ein Antrag des Zentrums, wonach nicht Anmeldung zum Religionsunterricht, sondern Abmeldung vom Religionsunterricht in den Fällen zu erfolgen habe, in denen Eltern die Teilnahme ihrer Kinder am Religionsunterricht nicht wünschen.

Die Abstimmungen werden auf Mittwoch verlegt, da das Haus fast leer ist.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr: Reichswirtschaftsministerium. Schluss nach 11 Uhr.

Sächsischer Landtag.

37. Sitzung.

Dresden, 15. März.

Das Haus nimmt den Entwurf eines Abänderungsgesetzes zum Kostengesetz vom 30. April 1920 in Beratung. Die Gebühren für Amtshandlungen der Verwaltungsbehörden werden entsprechend dem gesunkenen Geldwert weiter wesentlich erhöht. Die Vorlage geht nach kurzen Aussführungen des Abg. Blüger (D. Bp.) an den Haushaltsschluß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über Errichtung eines Rücklagefonds für die Landwirtschaftsbetriebe des Wirtschaftsministeriums.

Wirtschaftsminister Dr. v. Hübel begründet die Vorlage. Der Rücklagefond wurde benötigt zur Besteitung etwaiger Fehlbeträge durch Blechleichen, Miseraten usw.

Abg. Donath (D. Bp.) erklärt sich namens seiner Fraktion im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden.

Abg. Claus (Dem.) tritt für den Betrieb von Beispielswirtschaften durch den Staat ein. Die Vorlage berührt insfern sowohl als die Betriebe auf privatwirtschaftlicher Grundlage gestellt werden sollen.

Abg. Pleisch (Dtsch.) stimmt der Vorlage grundsätzlich zu.

Abg. Schembor (Soz.) hält die Aussichten für die Rentabilität der Beispielswirtschaften nicht für ungünstig. Die Errichtung des Rücklagefonds sei zweckmäßig.

Wirtschaftsminister Busch bittet die Mitglieder des Haushaltsschusses A eine Belehrung der Güter Kalkreuth und Stassa vorzunehmen. Die Güter seien wohl geeignet, eine Rentabilität zu erbringen, auch dadurch, daß die baulichen Anlagen sich noch in gutem Zustand befinden. Die Leitung liege in fachmännischen Händen.

Abg. Weimer (Komm.) vertritt den Standpunkt, daß im kapitalistischen Staat Beispielswirtschaften nicht gedichen können.

Es wird Ausschusserberatung beschlossen. — Die erste Beratung über den Gesetzentwurf über die Trennung des Kirchen- und Schuldienstes der Volksschullehrer wird vom

Kultusminister Flechner mit einer Begründung der Vorlage eingeleitet. Es gäbe eine ganze Menge Lehrerstellen, mit denen Berrichtungen für die Kirche zwangsläufig verbunden seien. Nach der Reichsverf

Abg. Wedel (V. Soz.): Auch wir stimmen der Vorlage zu. Die Bezahlung der Kirchschullehrer ist namentlich in der letzten Zeit eine recht geringe gewesen und wenn es nun zur Trennung eines Kirchen- und Schuldienstes kommt, wird sich wohl kaum noch ein Lehrer dazu hergeben, für ein so geringes Entgelt in der Kirche zu arbeiten. (Herrlichkeit.) Es ist erfreulich, daß der jetzige Minister die Not der Kirchschullehrer so recht begreifen hat und entschlossen ist, diesem unerträglichen Zustande ein Ende zu bereiten. Die Kirche wird nicht mehr so billige und auch nicht mehr gesegnete Kräfte bekommen. Durch die Vorlage wird die wirtschaftliche und auch die politisch-politische Lage der Kirchschullehrer gehoben.

Abg. Weimer (Komm.): Schlicht aus den Ausführungen des Abg. Dr. Hermann, daß der Rechten die Vorlage nicht sehr ungernheim zu sein scheint, und ist dafür, daß den Lehrern verbunden wird, Kirchschule zu verfehren.

Abg. Dr. Schefert (Dem.) empfindet keine Freude an der Vorlage, da er überzeugt ist, daß sich in Kürze die Verhältnisse wieder ändern werden. Die Vorlage hätte sich auf die brennendsten Fragen, der Wohnungs- und der Pensionsfrage der Kirchschullehrer beschränken sollen.

Kultusminister Flechner bemerkte, daß unter Umständen noch eine klarere Fassung des Gesetzes erfolgen wird.

Abg. Hekler (Arz.) polemisierte gegen Weimer und meint, daß die Vorlage keineswegs so eilig sei.

Weitereratung im Rechtsausschuß.

Das Gesetz über die Abänderung des Stempelsteuergesetzes vom 12. Januar 1919 wird gemäß dem Kluschuh-Antrag unverändert nach der Vorlage angenommen.

Zum Schluß werden noch nach kurzer Aussprache die Ausgaben in Tit. 12 des Nachtrags zum außerordentlichen Staatshaushalt in Höhe von 2 Millionen M. als erste Rate bewilligt, außerdem wird die Erlösung gebilligt, die am 16. November 1920 die fachliche Regierung gemeinsam mit den anderen Regierungen, die für

die Süßlinie des Mittellandkanals eingetreten sind, der Reichsregierung gegenüber abgegeben hat. Es wird die Regierung aufgefordert, so bald als möglich mit der Arbeiten am Elster-Saale-Kanal zu beginnen und zur teilweisen Deckung der Kosten Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu verwenden.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Bauarbeiterklaus.

Amtliche Bekanntmachungen.

Aus der Kartoffelreserve der Stadt sollen abermals Kartoffeln abgegeben werden. Die Abgabe erfolgt nur an Kleinhändler gegen Abgabe eines Ausweises und nur je bis zu 20 Zentner. Der Ausweis ist gegen Bezahlung des Kaufpreises im Neuen Rathause, Zimmer 371, werktags in der Zeit von 9-12 Uhr, zu entnehmen. Dabei ist der Handelschein als Kleinhandler vorzulegen.

Die Ausgabe der Kartoffeln geschieht werktäglich zwischen 9-11 Uhr vorm. und 1-3 Uhr nachm. im städtischen Vieh- und Schlachthof, Ultenburger Straße.

Leipzig, 15. 3. 21. Der Rat der Stadt Leipzig.

Aus Anlaß der Garnisonsfesten bleiben die Bibliothek und der Saal der Handelskammer am Freitag, den 18. März, geschlossen.

Leipzig, am 15. März 1921.

Die Handelskammer.

ges. Schmidt ges. Dr. jur. Wendland Vorlesender. Sonnabend.

Taucha. Der Strompreis wird von der im Februar stattgefundenen Abstimmung an auf 220 M. für die Kilowattstunde erhöht.

Donnerstag, vorm. 8-11 Uhr: Waffentausch bei Bunge, Zentner 17 M. Der Stadtrat.

Billige Korsetts

Weil kein Laden, große Auswahl! Anfertigung auch nach Maß, von kleinen oder auch zugegebenen Stoffen. Heinrichs, Leipzig-Schleußig, Konneritzstr. 15.

Der neue Sklarz-Prozeß.

Der Prozeß Connenfeld wurde heute nach einer kurzen Sitzung die Beweisaufnahme geschlossen. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schulze, ging noch mit den Angeklagten die einzelnen Anklagepunkte durch und stellte fest, daß gegen Ernst Sonnenfeld sich die Vorlage richtig auf fortgeschritten, teils einfachen teils schweren Tiefenfall zum Nachteil des Georg Sklarz durch Entwendung der Tatenakte, ferner wird ihm fortgeschrittene Betrug zum Schaden des Reichstags zur Last gelegt. Es handelt sich dabei um die Nachtragsoanklage, die auf Grund der während der Dauer dieses Prozesses von der holländischen Regierung nachgeholtene Genehmigung zur Strafverfolgung erhoben ist. Bei der Auslieferung war ein Beitrag gegen Georg Sklarz angenommen worden, während der Staatsanwalt die Ansicht vertritt, daß nicht Sklarz, sondern der Reichstagsklaus durch Entwendung der 1½ Millionen geschädigt sei. Schließlich wird Ernst Sonnenfeld noch der schweren Urkundenschärfung beschuldigt. Der Angekl. Ernst Sonnenfeld bestreitet jede strafbare Handlung, er sei sich jedenfalls einer solchen nicht bewußt gewesen. Außerdem wendet er sich gegen die in den Zeitungen erhobene Beschuldigung, daß er durch Ueberpreise die Intendantur beschwindelt habe. Er habe nie daran gedacht, einen Schwund zu verbergen. Der Angekl. Hermann Sonnenfeld wird dreier strafbarer Handlungen beschuldigt und zwar der Begünstigung in Verbindung mit Hohlerrei an den eingehaltenen Geldern, dann der versuchten Expressions gegenüber Georg Sklarz und schließlich eines Verstoßes gegen die Devisenordnung. Staatsanwaltschaftsrat Burkhardt bittet, den Angeklagten darauf aufmerksam zu machen, daß seine Verurteilung wegen Begünstigung erfolgen könne, auch als nicht selbständige Handlung, sondern in Verbindung teils mit Expressions, teils mit Hohlerrei.

Dem Angekl. v. Frankenberger wird die Beteiligung an den Ueberpreisen und die Annahme der "Nordstern-Provision" zur Last gelegt. Dem Angeklagten Wutke Begünstigung und Verlust gegen die Devisenordnung. Frau Sonnenfeld soll ihren Sohn begünstigt haben, und zwar ihres Vorteils wegen, indem sie mit ihrem Willen auf ihr Konto untergebracht wurden. In Briefen soll sie Ernst Sonnenfeld nach Holland Reisegegenstände gegeben haben, wie er das gestohlene Geld am sichersten verstecken könne. Frau Sonnenfeld erklärt, daß sie von allem nichts gewußt habe. Arl. Gertrud Schlaak wird der Befreiung zum

Betrug und der vor der Tat zugesicherten Beistandsbegünstigung beschuldigt, Bumann des Verstoßes gegen die Devisenordnung. Nach verschiedenen Erklärungen der Angeklagten wird die Verhandlung auf Montag verlängert.

An unsere Postabonnenten!

Damit im Bezug der Leipziger Volkszeitung keine unlesbare Unterbrechung eintritt, ersuchen wir unsre Postabonnenten, das Abonnement auf die Leipziger Volkszeitung schon jetzt zu erneuern. Unsre Zeitung kostet durch die Post bezogen vierteljährlich 18 M., für einen Monat 6 M. Da in dieser Zeit das Leben eines unabkömmlichen sozialistischen Blattes für lebenstrebenigen Freunden notwendig ist, sind wir davon überzeugt, daß alle unsre Abonnenten unsre Zeitung nicht nur weiterbezahlen, sondern sie auch neue Leser aufzuführen werden.

Der einfachste und billigste Weg ist, bei dem Postamt oder bei dem Briefträger des Wohnortes zu abonnieren. Auf besonderes Verlangen liefert das Postamt die im laufenden Monat erschienenen Nummern gegen eine Gebühr von 30 Pf. nach.

Beim etwaigen Ausbleiben oder dem Fehlen legendener Nummern wollen Sie immer beim Postamt Ihre Wohnortes in Erfahrung bringen. Das Postamt gibt Ihnen Beschwerde weiter und läßt dieselbe amtlich erledigen.

Werbt Abonnenten für die Leipziger Volkszeitung!

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpolitisches Zusammentreffen, die wir direkt an die Expedition erblicken, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben.

Die Expedition.

Versteigerung.

Im freien Auftrage des Eigent. versteig. ich wegen Umgang Sonnabend, den 19. März, vorm. 10 Uhr

L.-Lindenau, Merseburger Straße 98
1. Werk, Tafelfabrik, 1. Kreml, Gehrke, 1. Waschmaschine, ca. 100 Meter Wasserläufe, 1. Sofa, Stühle, altes Leder, ca. 5 Huben Dünger und verschiedene andere Gegenstände. Bernh. Haun, Vi. Ranzlerstraße 15, L. Berleke, und Taxator. Tel. 43278.

In unserm Verlage erschien:

Gerhart Seger

Kunst und Historischer Materialismus

Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung

Preis Mark 2.—

Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen

LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI A.-G.

Abteilung Buchhandlung, Tauchaer Straße 19/21

Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft

von Karl Marchionini. — Preis 2 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Persil

wäscht!
schneeweiss,
ersetzt Rasenbleiche,
schnell und erhält
die Wäsche,

spart Arbeit
Selle u. Kohlen.

Bestes und billigstes
selbsttöniges

Waschmittel

Preis Mk. 4.— das Paket

Henkel & Cie.,
Düsseldorf.

Zahngebisse

Gold- u. Silberwaren

Platin — Bremsstücke

Kupfer, Metall, Blei

Welling, Zinn, Eisen

zum Drehzähnen

Schuster & Heise

Bayerische Straße 55

vor links. Tel. 15492



Raucherdenk!

Das sicherste Mittel, das Rauchen ganzod. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst:

Vers. San. Artik. Gg. Zugl. Reicht.

München R. 16. Kapuzinerstr. 9

Die Einkaufs-Genossenschaft der Milch- und Butterhändler bringt ihre eigene Spezial-Marke

Molkoma

Leinse-Lafel-Müh-Butter-Margarine — das Beste vom Besten — zum Verkauf.

Molkoma

Ist allerfeinst Qualität, bisher unübertroffen, ein Versuch führt zu dauernder Kundenschaft und ist nur in nachstehenden Milch- und Butter-Spezial-Geschäften zu haben.

Leipzig-Gohlis:

Alder, A., Gohliser Straße 55
Berlitz, E., Gohliser Straße 63
Brause, A., Brüderstraße 21
Burkhardt, B., Brüderstraße 97
Dölling, Fr., Neuh. Hallische Str. 7
Gäumlich, E., Brüderstraße 18
Gräßler, B., Eisenacher Str. 39
Härnisch, D., Lindenhalter Str. 51
Hebe, M., Neuh. Hallische Str. 55
Laurits, S., Neuh. Hallische Str. 41
Lüttermann, O., Wahrener Str. 17
Schramm, A., Schleiditzer Straße 4
Schramm, A., Breitenfelder Str. 2

Leipzig-Lindenau:

Albrecht, M., Schillingstraße 10
Daniel, M., Lüdner Straße 4
Jacob, W., Demmerlingstraße 74

Leipzig-Neustadt:

Bulwer, G., Eisenbahnstraße 13

Schiewold, G., Eisenbahnstraße 47

Leipzig-Plagwitz:

Rödermund, Fr., Gießerstraße 30

Leipzig-Reudnitz:

Büsch, M., Nacht-, Dresdenstraße 71

Büsch, M., Gemeindestraße 3

Büsch, M., Hohenholzstraße 11

Leipzig-Südstadt:

Götz, M., Lützner Straße 11a

Götz, M., Stötteritzer Straße 87

Hermann, A., Gemeindestraße 16

Kleinwächter, M., Liebeschitz, 20

Kellner, S., Gäßchenstraße 19

Kohle, A., Gäßchenstraße 3

Dehmel, E., Rathausstraße 40

Probsthahn, Fr., Döckstraße 55

Schmidt, S., Konstantinstraße 3

Stödmann, L., Lübenweg 12

Uhlig, H., Hofer Straße 51

Werner, B., Ritterstraße 11

Werner, B., Ritterstraße 11</

Billige Fleisch- und Wurstwaren

Brüna Schweinefleisch	Wfd. 100g. 13.00
Brüna Röckelschweinefleisch	Wfd. 100g. 11.00
ff. Blut- und Leberwurst	Wfd. 100g. 11.00
ff. Frechfass	Wfd. 100g. 13.00
ff. Jagdwurst	Wfd. 100g. 14.00
ff. Knastwurst	Wfd. 100g. 15.00
ff. geräucherter Speck	Wfd. 100g. 10.00
Gel. Speck Wfd. 10.00	Schwarzwurst Wfd. 12.00
Verkauf: Markthalle, Galerie Stand 65.	

Die Reichseinkommensteuer
von Rudolph Wet. — Preis 1.50 M.
Leipziger Buchdruckerei U. G., Tauchaer Str. 10/21

Gansfouci

Morgen 7 Uhr: Der beliebte
Donnerstags-Ball!

Schuh Ranzen
in Taschen
Nappan Handarbeit 13.50
von Mk. 13. an
Nur eigene solide Fabrikate.
Prima Rindleder. Größte Auswahl.
Billigste Preise.

Karl Blaich Windmühlenstr. 32
Tauchaer Straße 16

Schweineschmalz	Wfd. 11.00
Speck und Schwarzbrot	Wfd. 10.00
Tafelmargarino, Würfel	Wfd. 9.45
	2.75
Maisgrieß, weiß	bei 10 Wfd. 2.60
Vollrohr	2.40
Haferflocken	2.90
Erbse Wfd.	1.90
Milch, ungezuckerter	Dose 6.75
Preisselbeerkompott, jäh.	Wfd. 2.00
Kernseife, Doppelriegel	3.30
Schönfeld, Paul-Heyse-Straße 30	
Sellerhausen, Billowstraße 41	
Rennitz, Kapellenstraße 10	
Kleinzschocher, Wigandstraße 48	

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Tüchtige Rockschneider

sucht
Ernst Apel, Grimmaische Straße 32.

Eisenhobler, Schäpler und
Mash.-Schlosser f. d. Montage
in dauernde Beschäftigung
bei hohem Lohn finden
Lorenz & Klrsten
Möbeln, Schrein, Möbel
Böhlich - Ehrenberg,
Meld. d. d. variit. Arbeitschm.
Werzeug-Dreher
für Sinterdrehbank etc.
sucht

Trübenbach
L. Schönfeld, Dölfelstr. 27.

Tüchtige

Kastenmacher
Karosserie-Sattler

Blechtreiber

verkelt auf Karosserie, wer-
den noch eingestellt

Kruck-Werke, G. m. b. H.

Frankfurt a. M., Galluswarte.

Hausmann sofort gesucht.

Schöne vorge-
räumte Wohnung ist dabeißt

mit zu tauschen. **Zohmisch**,

Schenkendorffstraße 31, part.

Tücht. Verkäuferin

sofort gesucht

Conn., Peauer Str. 22.

Perfekte Zigarettenarbeiterinnen

eventuell handarbeit,

werden sofort angenommen

R. Schilling, Blüherstr. 16.

Anlegerin für Steindruck

sucht halbe Tage) sofort

gesucht **Eisenbahnhstr. 73**.

Junges Mädchen w. s. h. ab 1. in

ff. Dauh. b. g. sofort gesucht.

Stöß., Breitestraße 33, II.

Kräfftiges **Ütermädchen**

aufz. vorge-
räumt gesucht. J. m. d. b.

Stöbe, Wd. Steinmeile 7, II.

Boraustr. Donnerstag 12-11.

Kräftiger Schuljunge

gesucht Co., Stöderstr. 31, II.

Lehrstelle Suche für mein.

Sohn eine Stelle

a. J. m. d. Elektromechanik. Oft.

O. Stier, Th. Reichenh. Str. 77.

Verhäuse

Bremer Heulen

Zigarette, 10 Stück nur 8.-

Wiederhol. 10 und Elsterstr. 3.

Engros-Welle

abzubringen. Elsterstr. 17, pt.

GLOBUS

Putz-Extrakt

Der Glanz hält am längsten

Fritz Schnitz Jan. A.-G. Leipzig*

24. D. Schuh (88), hohe, löff.

bill. Kläf., Dieskaustr. 8, II.

Berch. Ans., darunter, S. Anz.

Sportanz. m. Gürtl, 24. D. Anz.

bill. Demmeringstr. 72, II. I.

Händler u. Private

kaufen enorm billig ein *

Gardinen, n. Bälzehaus

Gürtl, Leukid., Hauptstr. 20, I.

Möbel neu und gebraucht, *

grosse Einrichtungen,

auch einzelne billige

nur Gerberstr. 5, I. Oberbügler

aus.

Herren-Garderobe

Großer Gelegenheitskauf

Teilweise weit unter Preis.

Habe einen großen Restposten:

Anzüge, Covercoats, Schlüpfer,

Paleots, Cutaway, Hosen, Juppen

Gummimäntel — beste Qualitäten —

aufgekauft und stelle diese einzeln

auffallend billig zum Verkauf.

J. Kindermann Neumarkt 1

1. Etage, 1. 1.

Hausfrauen

fordert einzig und allein
Jürgens & Prinzens

Cocosa-
Pflanzen-Butter-Margarine

Solo-
Margarine

als besten Ersatz für

Butter

In allen Nahrungsmittelgeschäften und den Verkaufsstellen des Konsumvereins zu haben.

Laufend treffen frische Sendungen ein.

Fabrik-Lager: Eduard Bräde, Leipzig Kontor: Monbijoustr. 4 — Lager: Brandenburger Str. 4 — Fernspr. 2265

Möbel

modern — solid
vereinfacht!

Herrn. Jontius

Leipzig-Gohlis

Außere Hallische Str. 106

Straßenbahnlinie 10

Schlafzimmer, Speisezimmer,
Küche billige gegen bar ver-
kaufen Liebigstraße 8, I. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et. 1.

Schlafzimmer, modern, billige
billige Ecke für 1. Et.

Neues Theater.

Nugentusplatz. (Nachdruck verboten.) gern auf 14 Uhr.
Mittwoch, den 16. März: Vorstellung für den Gesangverein Oden-
berg; Sac und Stimmenmann. Anfang 7 Uhr.
Donnerstag, den 17. März: Vorstellung für das Arbeiterbildung-
institut; Carmen. Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 18. März: 5. Allgemeine Vorstellung (4. Folge, braun);
Königstöchter. Anfang 7 Uhr.

Alles Theater.

Nichard-Wagner-Theater. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1410.
Mittwoch, den 16. März: Vorstellung für den Leipziger Wirt-
schaftsverband; Anna Bolena. Anfang 7 Uhr.
Donnerstag, den 17. März: Vorstellung für den Verband für
weibliche Jugendpflege; Die Männer. Anfang 7 Uhr.
Freitag, den 18. März: Vorstellung für die Gewerkschaft der An-
gehörigen; Die Matanis von Arcid. Anfang 7 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Vossstraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2884.
Mittwoch, den 16. März 1921.
Der lebte Walzer.
Operette in 3 Akten von Julius Hammer und Alfred Grünwald.
Musik von Oskar Straus.
Im Scene gelegt von Joseph Groß. Der Komponist.
Einladung Preise. Einan 7 Uhr, Anfang 7½ Uhr, Ende ungel. 10½ Uhr.
Donnerstag, den 17. März: Der ewige Lieb gewollte Heil. Anfang 7½ Uhr.
Freitag, den 18. März: Vorstellung für den Leipziger Wirtschafts-
verband; Die Frau im Revier. Anfang 7½ Uhr.

Krystall-Palast

Theater. Fernruf 2021.

Täglich abends 18 Uhr:
Das neue, erstklassige Varieté-Programm.

Bollenberg.

Fernruf No. 1370.
Varieté. Anfang 18 Uhr
Gastspiel

Paul Beckers

Der grosse Lachschlinger

Der verlauschte Anton.

Im 2. Akt

Varieté-Spezialitäten.

Vorverk.: Tageskasse u. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Kaufsgeschebe

Fr. Glaser Hanfblätter
Steinweg 46, Fab.
Telephon 1312
Tit. S. u. D. Garderobe
Möbel
Wäsche, Bett., Tepp., Gardin.,
Leihhaus, Gold- u. Silber-
Waren, som. ganze Nachlässe

Raupe Herren-Garderobe
Militär-Sachen
Bett- u. Leibw., Leihhaus,
Klinst., Rauische Gasse 6, dt.
Straßenbahn b. Bollenberg

Raupe Herren- u. Damen-
Garderobe, Leih-
hausscheine, Wäsche aller
Art, Federketten, Schuhe,
ganze Nachlässe, Nummer,
Reichstr. 11, I. L. T. 10527.

Raupe Leihhauscheine
Wäsche, Möbel, Rähmchen,
Rappe, Nürnberger Str. 11.

Bettwäsche weiß u. bl.
neu u. gebraucht
Leibwäsche, Hand- u. Wäsche,
Anlett, Federbett, taus
reißl. Sprei, Brühl 11, III, B.

Gebr. Möbel
taus Bredel, Nürnberger
Straße 16. Tel. 6851.
Guterhaltene Möbel zu taus.
taus Ungerstr. 10. Dietrich

Sofa
auch defekt, taus Nürn-
berger Str. 16, I. Tel. 6851.

Alte Taschenuhren
taus Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Wichterstraße 26.

Bamboneon, 104 tön., 3. taus.
tel. Off. u. D. 23a. Exp. d. Bl.

Nähmasch. auch defekt, taus

Rappe, Nürnberger Str. 11.